Dienstag, den 1.Juni 1943

9[30] Überreichung von Diplomen des Generalgouvernements für hervorragende Leistung an 57 Betriebsführer des Generalgouvernements im Staatskasino.

Nach Vortrag eines Musikstückes durch das Orchester des Staatstheaters und Begrüßungsworten des Hauptabschnittsleiters Stahl gibt der Leiter der Abteilung Sozialpolitik im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. Bereichsleiter Bodo Stahr einen eingehenden Leistungsbericht.

Hierauf nimmt der Herr Generalgouverneur die Überreichung der Diplome vor und hält anschließend folgende Ansprache:

Männer der deutschen Betriebe des Generalgouvernements! Mir ist es eine besondere Freude gewesen, Ihnen heute die Diplome des Generalgouvernements für hervorragende Leistung als Trophäen des Wettkampfes der Leistung überreichen zu können. Diese Auszeichnung entspricht jenen Kriegsdiplomen, die unter wesentlich anderen Bedingungen, aber dem Grundsatz nach für denselben Zweck, nämlich für den Sieg unseres Vaterlandes die Soldaten bekommen. Die Auszeichnung des Betriebes ist auch im gewissen Sinne eine Tapferkeitsbestätigung für den Kampf mit den Erschwernissen der Zeit, der Materialien und der Menschen. Es ist daher die Pflicht der Reichsrepräsentanz in diesem Raum, der Regierung des Generalgouvernements sowohl als auch der Partei, des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP., sich immer wieder daran zu erinnern, daß nicht nur im staatlichen, im Verwaltungssektor und auch nicht nur im engen parteilich-weltanschaulichen Abschnitt unseres deutschen Gemeinschaftslebens, sondern vor allem auch in der Betreuung der Betriebe,

der privaten und Gesellschaftsbetriebe, der staatlichen Betriebe, in der Betreuung der Industrie- oder Handwerksbetriebe, in der Betreuung der kleinen und der großen Betriebe eine der wichtigsten kriegsbestimmenden Aufgaben in diesem Raum liegt.

Ich freue mich, aus der Ansprache des Parteigenossen Stahr entnehmen zu können, daß auch unter den schärfsten Prüfungsbedingungen eine so ansehnliche Zahl deutscher Betriebsführungen im Generalgouvernement am heutigen Tage ausgezeichnet werden konnte. Im Namen des Führers und des Reiches danke ich diesen Betriebsführern und diesen Dienststellenleitern für ihre hervorragende Leistung.

Man muß sich immer an das erinnern, was noch vor wenigen Jahren in diesem Raum war, und man muß sich des weiteren bei einer Rückschau damit beschäftigen, was wir hier übernommen haben. Wir können dann dankbar feststellen, was wir heute daraus gemacht haben, und schließlich mit neuer Entschlossenheit an das herantreten, was wir künftig tun werden.

Noch vor knapp 5 Jahren bestand in diesem Raume eine sogenannte polnische Republik, deren Aufgabe ausschließlich darin bestand, ein pseudostaatliches Gebilde mit klar weltpolitischer Richtung gegen Deutschland durchzuhalten. Diese 2o Jahre lang Interimrepublik konnte keinen legitimen Anspruch auf die Führung dieses Raumes erwerben, da sie an sich aufgebaut auf einer Fehlkonstruktion zwischen den zwei Weltmächten Deutschland und Rußland, aufgerichtet auf Verrat und Niedertracht, durchsetzt von Korruption und Minderwertigkeit keinerlei Rang in der Staatengemeinschaft erlangen konnte. Diese Interimrepublik Polen mußte daher auch verblassen vor dem Anspruch auf diesen Raum, den das deutsche Volk durch diese Jahrhunderte

alte künstlerischer und organisatorischer Führungsleistung in diesem Gebiet sich erworben hat. Wenn man die stolzen Zeugen der kunstvollen Leistungskraft der früheren deutschen Geschlechter in allen Städten dieses Raumes sieht, die Bauten und Brücken, die Werke der literarischen und künstlerischen Produktion, so kann man sagen, daß gerade in der Hauptstadt des Generalgouvernements, die einmal deutsche Hansestadt war, aus den vergangenen Jahrhunderten ein stärkerer Anspruch für Deutschland auf diesen Raum liegt als für irgendeine pseudostaatliche polnische Führung. Nicht wir sind die Fremden in diesem Raum, sondern anmaßend ist es, hier einen polnischen Staat aufrichten zu wollen. Daher ging auch im Jahre 1939 dieses merkwürdige Gebilde, das nur Unruhe brachte, dahin.

Was wir 1939 übernehmen, war Chaos, Schmutz, Zerstörung, Armseligkeit und Hoffnungslosigkeit. In den Betrieben, die Sie oder Ihre unmittelbaren Vorgänger hier übernommen haben, haben Sie Dreck, Seuchenkolonien, unmögliche Arbeitsbedingungen, ungeheuer verrottete Maschinenanlagen vorgefunden und nur die kleine Zahl von ihnen machte eine Ausnahme, die die Polen mit fremdem Geld nach amerikanischen oder sonstigen Patenten aufgerichtet hatten, vor allem auch jene, die schon nach deutschen Erfahrungen errichtet waren. Polnisch an ihnen war nur der Saustall, das technisch Verwertbare war in jedem Falle nichtpolnisch.

Diese ungeheuren Schwierigkeiten konnten nur von einer echten Kriegsgeneration des Wirtschaftsführerestums gemeistert werden, das unter nationalsozialistischer weltanschaulicher Ausprägung in Deutschland herangebildet worden war. Sie, meine Wirtschaftsführer, sind berufen, sich echteste Pioniere der deutschen Führung in diesem Raum zu nennen. Sie haben aus dem Übernommenen Musterbetriebe gemacht, - das ist eine beispiellose Leistung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Unter Bedingungen, die man sich in der

1.6.1943

Heimat kaum vorzustellen vermag und in einer Situation politischer, sozialer, technischer Art, die schlechterdings weniger als nichts darstellte, ist es der deutschen Führung gelungen, daraus - wie wir heute hören konnten - Musterbetriebe aufzubauen.

Mit dem Dank an die Wirtschaftsführer verbinde ich den Dank an alle deutschen Arbeiter, die dem ersten Ruf in diesen Raum gefolgt sind und die unter selbstlosem Einsatz mitgeholfen haben, diese Betriebe wieder in Gang zu bringen und ihre Leistungen so zu steigern, daß sie hierin keinem vergleichbaren Reichsbetrieb hintanstehen.

Ich möchte aber auch derer gedenken, die als Angehörigen des von uns zu führenden und auch zu betreuenden fremden Volkstums in diesen Betrieben mustergültig gearbeitet haben. Die gerade, klare, disziplinierte saubere deutsche Führung war hier auch ein kultureller Werbungsfaktor, der für die deutsche Herrschaft in diesem Raum Propaganda machte. Das Verhältnis zwischen den deutschen Wirtschaftsführern und dieser fremdvölkischen Gefolgschaft hat sich mittlerweile ausgezeichnet entwickelt und die Regierung des Generalgouvernements hat auf Grund dieser Entwicklung loyaler Gemeinschaftsarbeit nunmehr folgendes beschlossen:

> Mit Wirkung ab 1. September dieses Jahres wird der nichtdeutschen Bevölkerung dieses Raumes jener Lebensmittelstandard amtlich garantiert werden, der zur Aufrechterhaltung der Lebenskraft dieser Volksschichten notwendig ist. Es werden ab 1.Sept. generell für die fremdvölkische Bevölkerung Lebensmittelsätze ausgegeben, die im allgemeinen 8o % der normalen Lebensmittelzuteilung im Deutschen Reich ausmachen werden. Durch diese Regelung will die Regierung des Generalgouvernements ihren Dank an die loyale Bevölkerung für die Mitarbeit an diesem Gemeinschaftwerk zum Ausdruck bringen. (Beifall)

Ich verspreche mir von dieser Regelung eine entscheidende Steigerung der Leistung der fremdvölkischen Arbeiterschaft im Dienste des Führers und des Reiches und unseres Endsieges.

Es obliegt mir neben diesem Danksagen auch des Umstandes der Geistesgeschichte zu gedenken, auf dem schließlich die Gesamtentwicklung dieser Zeit beruht. Nehmen Sie an, es wäre durch irgendeinen märchenhaften Umstand dieser Raum in den Führungsbesitz jenen Deutschen Reiches mit seinen 47 Parteien und Parteichen, mit seiner inneren Zerrissenheit gekommen, das Adolf Hitler abgelöst hat! Dieses Gebiet würde niemals anders deutsch geworden sein als durch den Nationalsozialismus. Die anfeuernde, weltanschaulich klare, im Siegglauben an den Führer und das Reich stahlharte Bewegung Adolf Hitlers allein ist das geistige, moralische, charakterliche und auch energetische Rückgrat des Gesamtwirkens in diesem Raum. (Beifall) Ohne diesen Nationalsozialismus und dieses Vorbild Adolf Hitler wären wir hier nichts und hätten wir nichts schaffen können. Ein starkes Reich schützt unsere Arbeit, deckt unsere Arbeit, fördert unsere Arbeit und gibt uns damit den Rückhalt, den jene deutschen Geschlechter nicht hatten, die in früheren Jahrhunderten hier ihre deutsche Führungssendung vollführten.

Ihnen, Parteigenosse Bodo Stahr, danke ich ganz besonders aus kameradschaftlichem Herzen. Sie haben hier vor wenigen Jahren die Abteilung Sozialpolitik im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. übernommen und Sie haben vorbildlich unter tapferem Einsatz Ihrer Person das alles geschaffen, was wir Leistungskampf der Betriebe nennen und was diesen Rückhalt und diese dauernde Verbindung zwischen Wirtschaftsführung und Bewegung Adolf Hitlers in diesem Raum ermöglicht.

1.6.1943

Ich glaube, daß diese Feierstunde für Euch alle, Männer der deutschen Betriebe im Generalgouvernement ein Ansporn sein wird, im kommenden Jahr sich erneut in diesen Leistungskampf einzureihen. Ich rufe Euch zu diesem Leistungskampf im Jahre 1943/44 hiermit auf. Geht ans Werk, bleibt am Werk, siegt mit Eurem Werk!

(Langanhaltender Beifall)

Mit der Führungehrung findet die Feierstunde ihren Abschluß.

10^{40} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

11^{35} Bankdirigent Dr. Paersch übergibt dem Herrn Generalgouverneur die Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse der Emissionsbank für die Jahre 1940/41/42.

Der Herr Generalgouverneur spricht bei dieser Gelegenheit dem Bankdirigenten Dr. Paersch und allen seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die hervorragende Leistung aus.

11^{50} Besprechung mit Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Dr. Heuber teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am 22. und 23. Juni 1943 eine Tagung der Internationalen Rechtskammer in der Slowakei stattfindet.

12^{10} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit des Präsidenten Wille und des Vizegouverneurs Dr. Eisenlohr dem Regierungsrat Schröder zum 50-jährigen Dienstjubiläum im Namen des Führers und Reiches sein Bild mit persönlicher Widmung.

12^{55} Besprechung mit Pressechef Gassner.

13^{00} M i t t a g e s s e n

Dienstag, den 1.Juni 1943

9[30] Überreichung von Diplomen des Generalgouvernements für hervorragende Leistung an 57 Betriebsführer des Generalgouvernements im Staatskasino.

Nach Vortrag eines Musikstückes durch das Orchester des Staatstheaters und Begrüßungsworten des Hauptabschnittsleiters Stahl gibt der Leiter der Abteilung Sozialpolitik im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. Bereichsleiter Bodo Stahr einen eingehenden Leistungsbericht.

Hierauf nimmt der Herr Generalgouverneur die Überreichung der Diplome vor und hält anschließend folgende Ansprache:

Männer der deutschen Betriebe des Generalgouvernements! Mir ist es eine besondere Freude gewesen, Ihnen heute die Diplome des Generalgouvernements für hervorragende Leistung als Trophäen des Wettkampfes der Leistung überreichen zu können. Diese Auszeichnung entspricht jenen Kriegsdiplomen, die unter wesentlich anderen Bedingungen, aber dem Grundsatz nach für denselben Zweck, nämlich für den Sieg unseres Vaterlandes die Soldaten bekommen. Die Auszeichnung des Betriebes ist auch im gewissen Sinne eine Tapferkeitsbestätigung für den Kampf mit den Erschwernissen der Zeit, der Materialien und der Menschen. Es ist daher die Pflicht der Reichsrepräsentanz in diesem Raum, der Regierung des Generalgouvernements sowohl als auch der Partei, des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP., sich immer wieder daran zu erinnern, daß nicht nur im staatlichen, im Verwaltungssektor und auch nicht nur im engen parteilich-weltanschaulichen Abschnitt unseres deutschen Gemeinschaftslebens, sondern vor allem auch in der Betreuung der Betriebe,

der privaten und Gesellschaftsbetriebe, der staatlichen Betriebe, in der Betreuung der Industrie- oder Handwerksbetriebe, in der Betreuung der kleinen und der großen Betriebe eine der wichtigsten kriegsbestimmenden Aufgaben in diesem Raum liegt.

Ich freue mich, aus der Ansprache des Parteigenossen Stahr entnehmen zu können, daß auch unter den schärfsten Prüfungsbedingungen eine so ansehnliche Zahl deutscher Betriebsführungen im Generalgouvernement am heutigen Tage ausgezeichnet werden konnte. Im Namen des Führers und des Reiches danke ich diesen Betriebsführern und diesen Dienststellenleitern für ihre hervorragende Leistung.

Man muß sich immer an das erinnern, was noch vor wenigen Jahren in diesem Raum war, und man muß sich des weiteren bei einer Rückschau damit beschäftigen, was wir hier übernommen haben. Wir können dann dankbar feststellen, was wir heute daraus gemacht haben, und schließlich mit neuer Entschlossenheit an das herantreten, was wir künftig tun werden.

Noch vor knapp 5 Jahren bestand in diesem Raume eine sogenannte polnische Republik, deren Aufgabe ausschließlich darin bestand, ein pseudostaatliches Gebilde mit klar weltpolitischer Richtung gegen Deutschland durchzuhalten. Diese 2o Jahre lang Interimrepublik konnte keinen legitimen Anspruch auf die Führung dieses Raumes erwerben, da sie an sich aufgebaut auf einer Fehlkonstruktion zwischen den zwei Weltmächten Deutschland und Rußland, aufgerichtet auf Verrat und Niedertracht, durchsetzt von Korruption und Minderwertigkeit keinerlei Rang in der Staatengemeinschaft erlangen konnte. Diese Interimrepublik Polen mußte daher auch verblassen vor dem Anspruch auf diesen Raum, den das deutsche Volk durch diese Jahrhunderte

alte künstlerischer und organisatorischer Führungsleistung in diesem Gebiet sich erworben hat. Wenn man die stolzen Zeugen der kunstvollen Leistungskraft der früheren deutschen Geschlechter in allen Städten dieses Raumes sieht, die Bauten und Brücken, die Werke der literarischen und künstlerischen Produktion, so kann man sagen, daß gerade in der Hauptstadt des Generalgouvernements, die einmal deutsche Hansestadt war, aus den vergangenen Jahrhunderten ein stärkerer Anspruch für Deutschland auf diesen Raum liegt als für irgendeine pseudostaatliche polnische Führung. Nicht wir sind die Fremden in diesem Raum, sondern anmaßend ist es, hier einen polnischen Staat aufrichten zu wollen. Daher ging auch im Jahre 1939 dieses merkwürdige Gebilde, das nur Unruhe brachte, dahin.

Was wir 1939 übernehmen, war Chaos, Schmutz, Zerstörung, Armseligkeit und Hoffnungslosigkeit. In den Betrieben, die Sie oder Ihre unmittelbaren Vorgänger hier übernommen haben, haben Sie Dreck, Seuchenkolonien, unmögliche Arbeitsbedingungen, ungeheuer verrottete Maschinenanlagen vorgefunden und nur die kleine Zahl von ihnen machte eine Ausnahme, die die Polen mit fremdem Geld nach amerikanischen oder sonstigen Patenten aufgerichtet hatten, vor allem auch jene, die schon nach deutschen Erfahrungen errichtet waren. Polnisch an ihnen war nur der Saustall, das technisch Verwertbare war in jedem Falle nichtpolnisch.

Diese ungeheuren Schwierigkeiten konnten nur von einer echten Kriegsgeneration des Wirtschaftsführertums gemeistert werden, das unter nationalsozialistischer weltanschaulicher Ausprägung in Deutschland herangebildet worden war. Sie, meine Wirtschaftsführer, sind berufen, sich echteste Pioniere der deutschen Führung in diesem Raum zu nennen. Sie haben aus dem Übernommenen Musterbetriebe gemacht, - das ist eine beispiellose Leistung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Unter Bedingungen, die man sich in der

1.6.1943

Heimat kaum vorzustellen vermag und in einer Situation politischer, sozialer, technischer Art, die schlechterdings weniger als nichts darstellte, ist es der deutschen Führung gelungen, daraus - wie wir heute hören konnten - Musterbetriebe aufzubauen.

Mit dem Dank an die Wirtschaftsführer verbinde ich den Dank an alle deutschen Arbeiter, die dem ersten Ruf in diesen Raum gefolgt sind und die unter selbstlosem Einsatz mitgeholfen haben, diese Betriebe wieder in Gang zu bringen und ihre Leistungen so zu steigern, daß sie hierin keinem vergleichbaren Reichsbetrieb hintanstehen.

Ich möchte aber auch derer gedenken, die als Angehörigen des von uns zu führenden und auch zu betreuenden fremden Volkstums in diesen Betrieben mustergültig gearbeitet haben. Die gerade, klare, disziplinierte saubere deutsche Führung war hier auch ein kultureller Werbungsfaktor, der für die deutsche Herrschaft in diesem Raum Propaganda machte. Das Verhältnis zwischen den deutschen Wirtschaftsführern und dieser fremdvölkischen Gefolgschaft hat sich mittlerweile ausgezeichnet entwickelt und die Regierung des Generalgouvernements hat auf Grund dieser Entwicklung loyaler Gemeinschaftsarbeit nunmehr folgendes beschlossen:

Mit Wirkung ab 1. September dieses Jahres wird der nichtdeutschen Bevölkerung dieses Raumes jener Lebensmittelstandard amtlich garantiert werden, der zur Aufrechterhaltung der Lebenskraft dieser Volksschichten notwendig ist. Es werden ab 1.Sept. generell für die fremdvölkische Bevölkerung Lebensmittelsätze ausgegeben, die im allgemeinen 80 % der normalen Lebensmittelzuteilung im Deutschen Reich ausmachen werden. Durch diese Regelung will die Regierung des Generalgouvernements ihren Dank an die loyale Bevölkerung für die Mitarbeit an diesem Gemeinschaftwerk zum Ausdruck bringen. (Beifall)

1.6.1943

Ich verspreche mir von dieser Regelung eine entscheidende Steigerung der Leistung der fremdvölkischen Arbeiterschaft im Dienste des Führers und des Reiches und unseres Endsieges.

Es obliegt mir neben diesem Danksagen auch des Umstandes der Geistesgeschichte zu gedenken, auf dem schließlich die Gesamtentwicklung dieser Zeit beruht. Nehmen Sie an, es wäre durch irgendeinen märchenhaften Umstand dieser Raum in den Führungsbesitz jenen Deutschen Reiches mit seinen 47 Parteien und Parteichen, mit seiner inneren Zerrissenheit gekommen, das Adolf Hitler abgelöst hat! Dieses Gebiet würde niemals anders deutsch geworden sein als durch den Nationalsozialismus. Die anfeuernde, weltanschaulich klare, im Siegglauben an den Führer und das Reich stahlharte Bewegung Adolf Hitlers allein ist das geistige, moralische, charakterliche und auch energetische Rückgrat des Gesamtwirkens in diesem Raum. (Beifall) Ohne diesen Nationalsozialismus und dieses Vorbild Adolf Hitler wären wir hier nichts und hätten wir nichts schaffen können. Ein starkes Reich schützt unsere Arbeit, deckt unsere Arbeit, fördert unsere Arbeit und gibt uns damit den Rückhalt, den jene deutschen Geschlechter nicht hatten, die in früheren Jahrhunderten hier ihre deutsche Führungssendung vollführten.

Ihnen, Parteigenosse Bodo Stahr, danke ich ganz besonders aus kameradschaftlichem Herzen. Sie haben hier vor wenigen Jahren die Abteilung Sozialpolitik im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. übernommen und Sie haben vorbildlich unter tapferem Einsatz Ihrer Person das alles geschaffen, was wir Leistungskampf der Betriebe nennen und was diesen Rückhalt und diese dauernde Verbindung zwischen Wirtschaftsführung und Bewegung Adolf Hitlers in diesem Raum ermöglicht.

1.6.1943

Ich glaube, daß diese Feierstunde für Euch alle, Männer der deutschen Betriebe im Generalgouvernement ein Ansporn sein wird, im kommenden Jahr sich erneut in diesen Leistungskampf einzureihen. Ich rufe Euch zu diesem Leistungskampf im Jahre 1943/44 hiermit auf. Geht ans Werk, bleibt am Werk, siegt mit Eurem Werk!

(Langanhaltender Beifall)

Mit der Führungehrung findet die Feierstunde ihren Abschluß.

10^{40} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

11^{35} Bankdirigent Dr. Paersch übergibt dem Herrn Generalgouverneur die Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse der Emissionsbank für die Jahre 1940/41/42.

Der Herr Generalgouverneur spricht bei dieser Gelegenheit dem Bankdirigenten Dr. Paersch und allen seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die hervorragende Leistung aus.

11^{50} Besprechung mit Bevollmächtigten Dr. Neuber.

Dr. Heuber teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am 22. und 23. Juni 1943 eine Tagung der Internationalen Rechtskammer in der Slowakei stattfindet.

12^{10} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit des Präsidenten Wille und des Vizegouverneurs Dr. Eisenlohr dem Regierungsrat Schröder zum 50-jährigen Dienstjubiläum im Namen des Führers und Reiches sein Bild mit persönlicher Widmung.

12^{55} Besprechung mit Pressechef Gaßner.
13^{00} M i t t a g e s s e n

Kellr. Lt. Pj. Stahl z. Kenntnis! 448a

Rampfplatz 25.5.43.

Leistungsbericht

des Leiters des Hauptarbeitsgebietes "Arbeits-u.Sozialpolitik",

Bereichsleiter Bodo S t a h r

anlässlich der Auszeichnung der Betriebe mit dem Diplom des Generalgouvernements für hervorragende Leistungen

am 1. Juni 1943 auf der Burg zu Krakau.

Die heutige Zeit stellt an unser ganzes deutsches Volk die grössten Anforderungen, die jemals in der Form überhaupt denkbar waren. Arbeitserfolge können sich immer nur dann einstellen, wenn die ganze Kraft des deutschen Lebens in diesem Raum unter totaler Auswertung ihrer Veranlagungen und Fähigkeiten zum konzentrierten Einsatz kommen und durch die politische Führung dafür Sorge getragen ist, dass die durch den verstärkten kriegsbedingten Einsatz auf die Dauer hochbeanspruchte deutsche Arbeitskraft nicht unnötig an Leistungswert verliert.

Ich stelle diese Erkenntnis an den Anfang meiner Ausführungen, da es notwendig ist, in diesem totalen Kriegsgeschehen immer wieder aufzuzeigen, welch entscheidende Bedeutung einer richtigen Menschenführung und Merschenbetreuung zukommt. Der deutsche Mensch muss schlechthin in diesem Raum nicht nur Höchstleistungen vollbringen, sondern Führungsaufgaben durchführen, will er die von dem Herrn Generalgouverneur aufgezeigten Ziele, die eine endgültige Zukunftssicherung bedeuten, erreichen.

./.

Die wirksamste Gestaltungskraft im Arbeitsleben ist die Selbstverantwortung in allen Dingen des täglichen Lebens der Menschen. Wenn wir eine gesunde betriebliche Weiterentwicklung wollen und den Einsatz aller schaffenden Energien anstreben, dann müssen wir dem Pflichtbewusstsein, dem Vorwärtsstreben, der Verantwortungsfreudigkeit, ob Betriebsführer oder Gefolgschaft, die Möglichkeit zur Entwicklung geben. Die Führung, die glaubt, das Arbeitsleben in allen seinen Einzelheiten reglementieren zu müssen, die für alles und jedes Anordnungen, Befehle und Vorschriften erlässt, wird selbst zum Hindernis der Leistungsentfaltung. Man darf eben nur das Grundsätzliche verordnen. Man muss dem Arbeits- und Betriebsleben eine Rahmenordnung und einen Marschbefehl mit klar aufgezeichneter Marschrichtung geben, man muss darüber wachen, dass die befohlene Ordnung und die Marschrichtung eingehalten wird und im Übrigen mit allen Mitteln dafür sorgen, dass alle Ordnungs- und Leistungskräfte im Interesse einer sofortigen Erreichung des gesteckten Arbeitszieles zum wirksamsten Einsatz kommen. Wenn wir die Betriebe der deutschen Wirtschaft uns anschauen und das heutige Gesicht erkennen, so wissen wir, dass nicht allein durch die ergangenen Gesetze und Verordnungen diese Leistung vollbracht werden konnte. Es wurde viel mehr geschaffen, weil wir die motorischen Kräfte der Selbstverantwortung zum Einsatz brachten, weil wir die Verwirklichung unseres betriebsordnenden, sozialwirtschaftlichen Programms zur Marschrichtung und zum Ziele des

./.

in seiner Art einmaligen, die Selbst- und Mitverantwortung mobilisierenden

"Leistungskampfes der deutschen Betriebe"

machten. Der Leistungskampf der Betriebe, der jetzt im Reichsgebiet und auch im Generalgouvernement als Kriegsleistungskampf durchgeführt wird, hat den Beweis erbracht, dass wahre Höchstleistungen auf allen Gebieten des totalen Krieges nur das Resultat menschlicher Haltung, Einsatzfreudigkeit und Verantwortungsbewusstsein sein können. Diese politische Idee des Kriegsleistungskampfes ist deshalb in letzter Entscheidung für den totalen Krieg kriegswichtig und kriegsnotwendig. Wenn die Menschen mit ganzem Herzen bei der Sache sind, wachsen sie, wenn es sein muss, sogar über sich selbst hinaus, dann werden Leistungen, die bis dahin als unmöglich scheinen, zur Selbstverständlichkeit. Selbstverantwortung, persönliches Verpflichtetsein dem kämpfenden Kameraden an der Front gegenüber sind es, die in einer Reihe von Rüstungsbetrieben bei der Durchführung entscheidender Sonderprogramme bisher ungeheure Leistungen brachten. Die Parteiund die Dynamik der nationalsozialistischen Weltanschauung muss immer wieder alle schaffenden und in Führer- oder Unterführerfunktionen eingesetzten deutschen Menschen zu diesem Leistungswillen und zu diesem fanatischen Einsatz begeistern und hinführen. Hier im Generalgouvernement ist die Verpflichtung zum Mehrleisten und Mehrschaffen noch von viel grösserer Bedeutung. Wenn hier deutsche Unternehmer oder Verwaltungsführer eingesetzt sind, die zum Teil mit ganz wenigen

./.

deutschen Führungskräften und vielen fremdvölkischen Arbeitskräften die Arbeit zu meistern haben, so ist die ständige politische Ausrichtung der deutschen Menschen eine der grössten politischen Erziehungsaufgaben, die die Partei in diesem Raum zu vollbringen hat. Denn wenn erst der deutsche Führungsmensch hier sich seiner Verpflichtung gegenüber dem Kriegsgeschehen stündlich und täglich bewusst ist, allen Fremdvölkischen in der Leistung und in der Haltung ein grundliches deutsches Vorbild ist, müssen wir erwarten, dass auch die letzten fremdvölkischen Arbeitskräfte zum richtigen Einsatz, d.h. zum totalen Einsatz gebracht werden können. Der deutsche Betriebsführer hat gerade hier im Generalgouvernement eine einmalige Position bezogen. Er übt nicht nur eine wirtschaftliche oder verwaltungsmässige Position aus, sondern er ist in erster Linie Pionier für das Deutschtum, Garant für die Durchführung der deutschen Führungsaufgaben in diesem Raum, also eine Persönlichkeit, die politisch und fachlich den Höchstanforderungen gerecht werden muss.

Ein grosser Teil der in diesem Jahr zur Auszeichnung gelangenden Betriebe hatte durch Kriegsverhältnisse schwer gelitten, weit über die Hälfte dieser Betriebe wurde zerstört und unter schwierigsten Verhältnissen neu aufgebaut. Zu beachten ist ferner die vollkommene innerbetriebliche Neugestaltung und in allen Betrieben hervorragende Rationalisierungsarbeit, da ja polnische Techniker und Kaufleute auf diesem Sektor niemals Mustergültiges geleistet haben. Bei Betrieben, die nicht zerstört wurden, musste die Umgestaltung der Arbeitsvorgänge, bzw. die

./.

Neuordnung des gesamten Betriebes während des fortlaufenden Arbeitsprozesses durchgeführt werden. Dies bedingte einen ungeheuren Arbeitseinsatz. Jene Betriebe, die teilweise oder meistens vollkommen zerstört wurden, mussten nicht nur mit mangelhaft ausgebildeten polnischen Arbeitskräften aufbauen, sondern sie mussten auch diese Arbeit in kürzester Zeit erledigen, und die schwierige Frage der Neuanlernung einzelner Berufsarten bzw. Berufsgruppen innerhalb des Betriebes durchführen, da ja in keinem Betrieb, durch die Kriegsverhältnisse bedingt, auf einen vorhandenen, ausgebildeten, den neuzeitlichen Arbeitsbedingungen entsprechenden Arbeiterstamm zurückgegriffen werden konnte. Diese Leistungen im oben erwähnten Sinne sind einmalig und dürften beispielhaft für den Aufbau in diesem Raum sein. Neben dieser Betriebsgestaltungsarbeit lief weiter parallel das grosse Problem der Ernährung.

Grossbetriebe betreuen heute nicht nur die Belegschaft, sondern auch Familienmitglieder und Angehörige der Arbeitskraft. So hat sich ein Grossteil der Betriebe durch Kriegsverhältnisse bedingt zu einem kleinen Staat innerhalb des Staates entwickelt, der angefangen von der Erzeugung bzw. Produktion sämtlicher wirtschaftlicher Produkte über den Veredlungs- und Bearbeitungsweg hinaus bis zum verbrauchsfertigen Zustand alles selbst leistet. Schweinemast, Kaninchenzucht, Hühnerfarm, eigene Fleischerei, Bäckerei, ein Grossbetrieb mit eigener Kartoffelflockenherstellungsanlage, die übrigens die erste dieser Art im gesamten Generalgouvernement ist, sind heute für die Betriebe Selbstverständlichkeiten geworden. Auch die Versorgung mit anderen lebensnotwendigen Konsumgütern des allgemeinen Bedarfs wird durch den Betrieb selbst gelöst und gemeistert; so hat ein

./.

grosser Teil der Betriebe in eigener Regie Werkskonsume errichtet, die die Belieferung der Gefolgschafts- und Belegschaftsmitglieder in loo/iger Weise durchführt. Diese Probleme, die von den Betrieben gelöst werden müssen, sind wohl in keiner Weise mit den innerhalb des Reichsgebietes bestehenden zu vergleichen und es bedingt daher diese enorme Leistung ganz besondere Anerkennung. Wie auch die soziale Struktur innerhalb dieses Wirtschaftsgebietes eine vollkommen andere und verschiedene von der des Reiches ist, wird allein dadurch festgelegt, dass auch die Arbeit deutscher und fremdvölkischer Menschen in diesem Raum untergganz anderen Gesichtspunkten zu bewerten ist. Deutsche Gefolgschaftsmitglieder arbeiten im Reich mit einer höheren Gefolgschaftszahl im Verhältnis zu Fremdvölkischen wie in diesem Raum. Hier arbeiten die Betriebe im Durchschnitt mit einer Decke von 1 - 3 % deutscher Arbeiter. Die Leistungen, die trotz dieser geringen Zahl leitender bzw. Aufsicht ausübender Deutscher vollbracht werden, stehen jedoch in keinem Fall den Leistungen im Reich nach.

Meine nachfolgenden Ausführungen sind von dem Zweck und Inhalt getragen, Ihnen auf den einzelnen Sektoren sozialpolitischer Betriebsarbeit der von mir überprüften Unterlagen und nach Überprüfung der Betriebe selbst ein Gesamtbild der einzelnen Sektoren zu geben. Die einzelnen Sektoren gliedern sich in

Wohnungswesen
Gesundheitsführung,
Betriebliche Ernährungssicherung
Freizeitgestaltung
Berufserziehungsmassnahmen
Werksverpflegung, Werkskonsum

./.

Gestaltung der Gemeinschafterräume
Sportliche Ertüchtigung
Allgemeine Sozialleistungen innerhalb der Betriebe.

Auf dem Sektor des Wohnungs- und Siedlungswesens wurde von einem grossen Teil wirklich Hervorragendes und Einmaliges geleistet. Besonders durch das sprunghafte Anwachsen der Rüstungswirtschaft in diesem Raum und der damit verbundenen Mehraufnahme von Belegschafts- bzw. Gefolgschaftsmitgliedern in den einzelnen Betrieben, stellt dieses Problem ein Grundproblem zur Sicherung der betrieblichen Arbeitsweise dar. Es musste vor allem vermieden werden, dass lange Anmarschwege der Belegschaftsmitglieder entstehen und so haben sich viele Betriebe verpflichtet gefühlt, die Wohngelegenheiten für deutsche und fremdvölkische Arbeitskräfte in unmittelbare Nähe des Betriebes zu verlegen. In sehr wenigen Fällen konnte auf vorhandene Gefolgschaftshäuser bzw. Unterkünfte zurückgegriffen werden. Es ist Selbstverständlichkeit für jeden Betrieb in diesem Raum, der Gefolgschaft ohne Kosten Möbel und andere Wohnungseinrichtungsgegenstände zur Verfügung zu stellen. Führend ist wieder die Eisen verarbeitende bzw. Eisen schaffende Industrie. Nette, helle Wohnräume, deren Möbel in den meisten Fällen in betriebseigener Regie und auch sehr oft in betrieblicher Gemeinschaftsarbeit gestaltet, d.h. entworfen, gestaltet und erstellt werden, kennzeichnen den Sinn und das Bestreben in diesem Raum, fern der Heimat, echte deutsche Wohnkultur zu pflegen. Grossbetriebe der Eisen- und Metallindustrie haben vorbildliche Gefolgschaftshäuser, sowie zum Teil Familienhäuser geschaffen. Jugendwohnheime, Junggesellenheime und Mädchenheime sind in vielen der ausgezeichneten Betriebe vorhanden.

./.

In einem Grossteil der Betriebe wird für diese Einrichtungen, sowie für das Zurverfügungstellen von ganzen Wohnungen keine Bezahlung bzw. Berechnung durchgeführt, sondern diese stellen zusätzliche Sozialleistungen für diese Betriebe dar. Neben diesem Wohnungswesen wurde der betrieblichen Gesundheitsführung ein besonderes Augenmerk zugewandt; Anregungen wurden gern entgegengenommen und gerade auf diesem Sektor kann berichtet werden, dass durch die intensive Arbeit der Gesundheitszustand in den Betrieben verbessert, durch entsprechende Einrichtungen und Kontrollmassnahmen Bummelschichten reduziert wurden, und dass wir heute Betriebe haben, in denen der Krankheitsdurchschnitt 1/4, 1/5 bis 1/6 unter dem Reichsdurchschnitt liegt. Werksarzt, in grösseren Betrieben Werksärzte unter deutscher Leitung sind in den meisten Rüstungsbetrieben Selbstverständlichkeit geworden. Vorbildlich eingerichtete Ambulatorien, teilweise sogar mit angebauten Sanitätsstuben und Krankenstuben, in 2 grösseren Betrieben dieses Wirtschaftsgebietes sogar vorbildliche Krankenhäuser kennzeichnen das Verständnis von Betriebsführung und Gefolgschaft, sich und die Arbeitskraft der Schaffenden der Heimatfront zu erhalten. Bäder in vorbildlichstem Zustand in jedem Betrieb, Brauseanlagen, sowie Kleiderablagen und Kleiderräume innerhalb der einzelnen Betriebsabteilungen, neuzeitlich angelegte sanitäre Anlagen, Seuchenlazarette, Entlausungsanstalten für die fremdvölkische Belegschaft sind Einrichtungen, die durch Ärzte betreut, überprüft und auf den neuesten Stand gebracht werden.

./.

Neben dieser Gesundheitsführung läuft die betriebliche Ernährungssicherung. Jeder der grossen Betriebe bestellt bisher ungenützte Flächen mit Gemüse und hat eigene Gemüse-Gärtnereien, sogar Schweine- und auch Pferdezucht, manche Betriebe haben Güter bis zu 600 ha und darüber und sichern damit die Ernährungsgrundlage und liefern die Rohprodukte für die Verpflegung der deutschen Gefolgschaft und fremdvölkischen Belegschaften. Rüstungsbetriebe in diesem Raum haben in betrieblicher Gemeinschaftsarbeit darüber hinaus eigene Fleischereien, Kühlhäuser, Lagerhäuser und des weiteren Friseur-, Näh- und Flickstuben eingerichtet, wo für billiges Geld für die Instandhaltung der Kleidung gesorgt wird. Vorbildlich eingerichtete Werksküchen, die einen enormen Umsatz an Essensportionen täglich aufweisen, werden durch Gärtnereien und Güter beliefert. Die Verpflegung ist in allen Fällen gut und durch eigene Teeküchen und Kaffeeversorgungsstellen wird der Typhusgefahr vorgebeugt. Kantinen innerhalb eines Betriebes bieten der fremdvölkischen Belegschaft die Möglichkeit, zusätzlich zu billigen Preisen, die meistens unter dem Selbstkostenpreis der Betriebe liegen, Lebensmittel zu erstehen. Ein ausgebautes System von Werkskonsumverpflegung auch der Angehörigen der fremdvölkischen Belegschaft bietet die Möglichkeit, unnütze Zeitvergeudung auf Einkaufswegen zu verhüten und ausserdem die Gewähr, die fremdvölkischen Arbeitskräfte durch Fernbleiben von der Arbeitsstelle nicht im Leistungseinsatz zu verlieren. Vorbildliche Kantinen, Speiseräume, Kameradschaftsräume und Gefolgschaftsheime bieten Anlass und Gewähr, dass die innerbetriebliche Kameradschaft gefördert und das betriebliche Zusammengehörigkeitsgefühl noch mehr gestärkt und

./.

gepflegt wird. Ein grosser Teil der Betriebe hat in Gemeinschaftsarbeit und in Form der Freizeitgestaltung mit betrieblichen Mitteln und in betrieblicher Regie hervorragende Gemeinschaftsräume erstellt.

Im Rahmen der Freizeitgestaltung wurden eigene Sportplätze, Schwimmbäder, teilweise Tennisplätze, ja Bäder und in einem Falle sogar ein Hallenbad erstellt. Dann wieder gepflegte Parkanlagen und Kinderspielplätze sind diesen Menschen zum Bedürfnis geworden und werden in Gemeinschaftsarbeit gepflegt, wobei der Betrieb in allen Fällen eine finanzielle Hilfe und Unterstützung gewährt. Auf Sportplätzen erfolgt die sportliche Ertüchtigung, die gemeinsame Erwerbung des SA-Wehrabzeichens wird in vielen Fällen gemeinsam durchgeführt. Erholungsheime, wo Gefolgschaftsmitglieder Entspannung und Ruhe finden, ja in einigen Fällen sogar nach Belieben schalten und walten können, kennzeichnen das Bestreben der Betriebe, die Schaffenskraft so weit nur irgend denkbar zu erhalten und für harte anstrengende Arbeit der Gefolgschaft Entspannung zu bieten. Sportgruppen unter Anleitung von Fachkräften, die sämtliche Arten von Sport betreiben, Meisterschaftsspiele bis zum Aufrücken in die Meisterschaftsrunde der Generalgouvernementsmeisterschaften, Siege von Betriebsgemeinschaften innerhalb von Sportveranstaltungen, lassen auch das Bestreben der Gefolgschaft erkennen, durch Ausgleichsport, teilweise auch reinem Leistungssport, die Erhaltung der Arbeitskraft zu erwirken. Die Abend- und Freizeitgestaltung wird auch durch Schachgemeinschaften, Tischtennisgemeinschaften und die zur Verfügung stehenden Werksbüchereien gepflegt.

./.

Eigene Werksorchester, Gesangvereine, Sammlergemeinschaften, bieten allen Interessenrichtungen in Bezug auf die Weiterentwicklung der einzelnen Gefolgschaftsmitglieder die Möglichkeit, eine individuelle Einstellung an den Tag zu legen. Vorträge ernster und heiterer Natur bieten Entspannung und auch Förderung des Wissens, wobei in vielen Fällen Betriebsführung und Gefolgschaft aktiv dazu beitragen. Theatervorstellungen, als Darsteller Gefolgschaftsmitglieder, Kabarettvorführungen, lassen richtiges Gemeinschaftsdenken und Fröhlichkeit erkennen. Neben diesen der Gesamtheit der Betriebsgemeinschaft zugute kommenden Veranstaltungen wird auch dem leistungsmässigen Sektor der Berufserziehung, Begabtenförderung, von allen Betrieben das nötige Augenmerk geschenkt. Lehrwerkstätten in den Betrieben der Eisen- und Metall-, der Textil- und Glasindustrie, kurzum auf sämtlichen Sektoren, lassen das Verständnis der Betriebsführungen erkennen, durch eigene Heranbildung von Arbeitskräften Zukunftssorgen auf dem Gebiet des Facharbeiternachwuchses zu lösen. Grosse Betriebe haben teilweise Werksschulen eingerichtet, in welchen unter Leitung von geschulten Kräften die fachliche Ausrichtung von volksdeutschen Jungens durchgeführt wird. Auch polnische Jugendliche werden unter deutscher Leitung zu tüchtigen Fachkräften herangebildet. Neben dem rein fachlichen beruflichen Können ist in einigen Fällen durch die Unterbringung volksdeutscher Jugendlicher in Internaten, die zu den Werkschulen gehören, auch die Möglichkeit der politischen Einwirkung und Erziehung gegeben. Auch bei fraulichen Berufen, z.B. der Ausbildung zu Laborantinnen, hat man bereits Erfolge erzielt, die für die künftige Ausbildung der Jugend richtunggebend sein werden.

./

Neben den bisher dargelegten Sozialleistungsmassnahmen haben viele Betriebe werkseigene Kindergärten eingerichtet. Die Betreuung der im Felde stehenden Soldaten, sowie Arbeiten der Frauengruppen innerhalb der Betriebe, welche Flick- und Ausbesserungsarbeiten an Soldatenwäsche in ihrer Freizeit vornehmen, ist das Verständnis und der Wille zur Zusammengehörigkeit auch bei Einberufung eines Gefolgschaftsmitgliedes zu erkennen.

Abgabe von Deputaten in Form von Kohlen, Holz oder anderen betrieblichen Veredlungsprodukten erleichtert der fremdvölkischen Belegschaft die Lebensführung.

Ehrung von Arbeitskameraden und Arbeitsjubilaren, Auszeichnungen mit Kriegsverdienstkreuzen und anderen Ehrenzeichen sind bereits bisher erfolgte Anerkennungen von Leistungen der Gefolgschaftsmitglieder und damit verbunden der Betriebsgemeinschaft. Kinderbeihilfen bei Geburt, Heiratsbeihilfen bei Heirat und Sozialleistungen im Alter - in grossen Betrieben eine eigene Sozialkasse - sind Zeugnis wirklich gemeinsamen Denkens und Empfindens. Neben diesen Sozialleistungen des Betriebes ist die Form der sogenannten Prämien-Entlohnung oder Zuteilung in den meisten Betrieben als positives und erzieherisches Mittel gegenüber der fremdvölkischen Belegschaft angewandt worden.

Der Grundsatz, dass die beste Sozialpolitik auch die beste Wirtschaftspolitik ist, und umgekehrt, hat sich auch in dem Leistungskampfjahr 1942/43 als richtig erwiesen. Durch die politische Aktivierung des Kriegsleistungskampfes sind bei den einzelnen Wirtschaftsgruppen Leistungssteigerungen eingetreten.

./.

die man vorher nie geahnt hat. Ein Textilbetrieb hat eine 110%ige Leistungssteigerung von 1941 auf 1942 erzielt. Betriebe der Generaldirektion der Monopole erzielten Leistungssteigerungen um 30% von 1940 auf 1941, sowie Förderungssteigerungen von ca. 15%. Kriegswichtige Betriebe haben in einer Form die Leistungen steigern können und stehen in keiner Weise den Betrieben des Reiches nach.

Darüber hinaus ist durch den Leistungskampf im Generalgouvernement ein Vertrauensverhältnis zwischen Betriebsgemeinschaft und Partei herausgebildet worden, welches für die weiteren Kriegsanstrengungen von ganz besonderer Bedeutung sein dürfte. Allein schon die Tatsache, dass sich hier unter den schwierigsten Bedingungen in diesem Raum 700 Betriebe zum Leistungskampf angemeldet haben und damit den Wettkampfgedanken grundsätzlich bejahen, ist ersichtlich, dass längst noch nicht die Leistungen erschöpft sind, sondern durch ein ständiges Erziehen, Ausrichten und vernünftiges Planen noch weitere Leistungen vollbracht werden können.

Die von mir durchgeführten Überprüfungen im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen, sind nach strengem Massstab vorgenommen worden und wenn von 700 Betrieben 5 zur Auszeichnung kommen, sieht man wiederum, dass diese Betriebe auch als wirklich vorbildliche Betriebe im Generalgouvernement anzusprechen sind.

Auf meinen Vorschlag hat der Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP., Generalgouverneur Dr. F r a n k folgende Betriebe mit dem

<u>Diplom des Generalgouvernements für hervorragende Leistungen</u>

ausgezeichnet und zwar :

1. Stahlwerke Braunschweig GmbH
   Werk Stalowa Wola

2. Flugmotorenwerke Reichshof GmbH.,

3. Flugzeugwerke Mielec

4. Stahlwerke Braunschweig GmbH., Berg- u. Hüttenwerke Starachowice im Montanblock der Hermann Göring-Werke

5. Steyr, Daimler, Puch AG. Werk Radom

6. Steyr, Daimler, Puch AG. Werk Warschau

7. Hugo Schneider AG. Werk Granat, Kielce

8. Bruhnwerke Warschau GmbH.

9. Frontreparaturbetrieb Helmut Nestler, Warschau-Okecie

10. Frontreparaturbetrieb G.L. Junkers Warschau-Okecie

11. Neue Kühler- und Flugzeugteilefabrik Kurt Hodermann, Werk Krakau

12. Pulver- und Sprengstoffabrik Pionki

13. Karpathen-Öl AG., Lemberg

14. Werke des Generalgouvernements AG. Stickstoffwerk Moscice

15. Heinrich Köhler, Strassen- u. Tiefbauunternehmung, KG. Hauptbüro Osten, Lemberg

16. Heinrich Köhler, Strassen- u. Tiefbauunternehmung, Niederlassung Radom

17. Salzwerk Wieliczka der Generaldirektion der Monopole

18. Salzwerk Bochnia der Generaldirektion der Monopole

19. Industrie- u. Handelsgesellschaft Emil Haebler, Glashütten "Kara" und "Hortensia" Petrikau

20. Trinkbranntwein- und Branntweinreinigungswerk Warschau d. Generaldirektion der Monopole

21. Tabakwerk Radom der Generaldirektion der Monopole

22. Staatliche Getreide- und Industriewerke Krakau-Lemberg

23. Brauerei Okocim und Industriewerke GmbH. Krakau

24. Tuchfabrik Hugo Mathis & Co., Tomaschow-Maz

25. "Warta", Jute- und Leinenspinnerei, Tschenstochau

26. Tschenstochauer Textilwerke "Stradom", Tschenstochau

27. Zyrardower Manufakturwaren AG. Zyrardow

28. Behring - Institut Lemberg

29. F. Undnetsch & Co., Niederlassung Brzezany

30. Papierwarenhandlung Alexandrowitsch, Krakau

31. Reichsdeutsche Fleischerei Zakopane

32. Deutsche Uniformierungsstätte Krakau

33. Stadthauptmannschaft Tschenstochau

34. Ostbahnausbesserungswerk Stanislau

35. Ostbahnausbesserungswerk Stryj

36. Ostbahnausbesserungswerk Neu-Sandez

37. Ostbahnausbesserungswerk Tarnow

38. Ostbahnausbesserungswerk Warschau-Praga

39. Ostbahnausbesserungswerk Pruszkow b. Warschau

40. Ostbahn Bahnbetriebswerk Krakau-Hauptbahnhof

41. Ostbahn Bahnbetriebswerk Krakau-Plaschow

42. Schmalspurbahnamt Jedrzejow

43. Bahnhof Skarzysko Kamienna

44. Eisenbahnerheim Radom des Kameradschaftswerks der deutschen Eisenbahner der Ostbahn

45. Der Gouverneur des Distrikts Radom Abtlg. Ernährung und Landwirtschaft

./.

46. Deutsche Post Osten, Rundfunksender Krakau
47. Deutsche Post Osten, Telegraphenbauamt Krakau
48. Deutsche Post Osten, Zweigpostamt Krakau 2o
49. Deutsche Post Osten, Telegraphenbauabtlg. Tarnow
5o. Deutsche Post Osten, Postamt Limanowa
51. Deutsche Post Osten, Postamt Zamosc
52. Deutsche Post Osten, Postamt Tschenstochau
53. Deutsche Post Osten, Postamt C 2 Warschau
54. Deutsche Post Osten, Telegraphenbauamt Lublin
55. Deutsche Post Osten, Fernsprechamt Lublin
56. A. Müller, Tomaschower Teppich-, Läufer- und Kokoswarenfabrik AG. Tomaschow-Maz
57. Allart Rousseau AG., vorm. Piesch, Tomaschow-Maz
58. Deutsche Post Osten, Postamt Drohrbycz

Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, die Verleihung der Diplome vornehmen zu wollen, das neue Leistungskampfjahr 1943/44 zu eröffnen und anschliessend zu uns zu sprechen.

-.-.-.-

1.6.1943

14^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

15^{00} W i r t s c h a f t s t a g u n g im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

Schlußworte des Herrn Generalgouverneurs:

Ich wollte heute vor Ihnen eigentlich Grundsätzliches der wirtschaftlichen Arbeit des Generalgouvernements darlegen. Das kann man aber nur, wenn in einem Gremium Probleme grundsätzlichster Bedeutung als restlos gelöst oder lösbar bezeichnet werden. Ich habe mich mit Absicht nicht auf die Referate, die im Programm vorgesehen waren, beschränkt, sondern habe mir aus Ihrem Kreis die Wortführer der Wirklichkeit geholt. Ich gestehe, daß ich mich auf Grund des Ergebnisses der heutigen Sitzung in diesem Augenblick ausserstande sehe, Ihnen irgendwie Abschliessendes zu sagen; denn ich bin nicht gewohnt, über Regierungsvorgänge oder Regierungsplanungen zu sprechen, wenn mir diese Planungen nicht restlos klar vor Augen liegen. Ich ende daher die heutige Sitzung nicht - wie zu erwarten war - sondern ich vertage sie. Ich werde Sie voraussichtlich in etwa 4 bis 6 Wochen wieder zusammenberufen und werde dann sprechen. Bis dahin wird folgender Auftrag erfüllt sein, den ich Ihnen, Herr Staatssekretär, hiermit bekanntgebe:

Ich bilde hiermit einen unter meinem Vorsitz stehenden Ausschuß für die Versorgung der nichtdeutschen arbeitenden Bevölkerung des Generalgouvernements. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, mir von heute an gerechnet in fünf Wochen einen völlig ausgearbeiteten und absolut der Verwirklichung zuzuführenden Plan vorzulegen, auf Grund dessen die Versorgung der fremdvölkischen arbeitenden

1.6.1943

Bevölkerung in allen Lebensbereichen regierungsamtlich sichergestellt ist. Ich übernehme den Vorsitz in diesem Ausschuß selbst und berufe Sie, Herr Staatssekretär, den Herren Präsidenten Dr. Emmerich, den Herrn General Schindler, Generaldirektor Hoffmann, Dr. Weber, Dr. Burghardt, Dr. Hartung, Dr. Föhl und Pg. Bodo Stahr hinein.

Ich werde an den Beratungen dieses Ausschusses persönlich teilnehmen und die maßgeblichen Präsidenten der Regierung jeweils zu den einzelnen Faktoren hören.

Meine Herren! Sie wollen daraus erkennen, daß sich zu dieser heutigen Sitzung aller Anlaß aufgestapelt hatte. Ich bin Ihnen für den offenen Einblick in die gegenwärtige Lage dankbar, den Sie mir gegeben haben. Mögen Sie die Bedeutung meiner jetzigen Ausführungen dahingehend aufnehmen, daß es in der Geschichte des Generalgouvernements das erste Mal ist, daß ich zu einer solchen Maßnahme greife. Wir werden uns von der Wirklichkeit in diesem Raum nicht unterkriegen lassen.

17^{45} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

18^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach M ü n c h e n .

Mittwoch, den 2.Juni 1943

bis

Mittwoch, den 9.Juni 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Donnerstag, den 10.Juni 1943

7^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

8^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Krakau.

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{30} F r ü h s t ü c k mit dem Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiter Sauckel.

9^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Kino Skala.

10^{00} Veranstaltung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements in der Skala mit einer Rede des Gauleiters Sauckel.

12^{00} Besprechung mit Gauleiter Sauckel.

13^{00} M i t t a g e s s e n .

14^{45} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

15^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an einer A r b e i t s s i t z u n g des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. im Hause der Partei.

Nach Referaten der Leiter der einzelnen Sachgebiete und der Distriktsstandortführer hält der Herr Generalgouverneur zum Schluß folgende Rede:

10.6.1943

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Ich glaube, daß uns die heutige Arbeitssitzung vor allem den Eindruck vermittelt hat, daß in allen Sektoren der Leitung des Arbeitsbereiches sowie in allen Distriktsstandortführungen aufs regste und trotz aller Schwierigkeiten der Zeit vorwärts-schreitend gearbeitet wird. Ich möchte mich heute kurz fassen.

Wir stehen vor allem vor der großen Frage, die ich mit ja beantwortet wissen möchte, ob wir heuer wieder einen "Tag der NSDAP" veranstalten wollen. Ich bin entschlossen, diesen Tag möglichst eindrucksvoll aufzuziehen, weil die Erfahrung zeigt, daß ein solcher dokumentarischer Lebensbeweis für das Deutschtum des Generalgouvernements und auch rückstrahlend für die Gesamtbewegung notwendig ist.

Daß die Bewegung hier in den unsagbaren Schwierigkeiten dieser Zeit menschlicher, sozialer, stimmungsmäßiger, allgemein politischer und sonstiger Art den Mut behalten hat und die Kraft in sich trägt, vorwärtsstürmend zu arbeiten, ist ein Ausdruck dafür, welchen Segen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Rahmen der weltgeschichtlichen Vorgänge von so einzigartigem Ausmaß in sich trägt. Es gab und gibt im Deutschen Reich heute ganz zweifellos Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, die stimmungsmäßig bedingt sind; und die Ereignisse der reinen Kriegsgeschichte des letzten Jahres bergen leider eine Fülle von Tatsachen in sich, die uns stimmungsmäßig auf das Schwerste bedrücken. Der Führer sowohl als auch die maßgeblichen Männer der Reichsführung haben aber diesen Umstand dem deutschen Volk unumwunden vorgetragen. Es ist noch gar nicht lange her, daß wir den furchtbaren Schlag in Stalingrad erlitten, und es ist noch weniger Zeit verstrichen, seit wir Tunis räumen mußten. Ich

frage Sie: ist es nicht im Zusammenhang mit den täglichen Bombardierungen im Westen, bei denen ganze Städte auf das Furchtbarste gequält und zerstört werden, eines der grandiosesten und weltgeschichtlich einmaligsten Ereignisse, daß ein Volk so etwas ohne jeden Ansatz eines machtvoll sich erhebenden, erkennenden Zweifels am Siege erträgt? Das hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Nicht aus den Siegen erwächst die wirkliche Kraft, sondern aus dem Stehen bei Rückschlägen. Das haben wir so und so oft in der Kampfzeit der Bewegung erlebt und das erlebt nun das ganze deutsche Volk.

X Es ist alles Quatsch, wenn man sagt, daß unsere Revolution der Ausgangspunkt des Krieges gewesen ist. Nein, - es war der Jude. Wenn Sie mich heute fragen, welche Parole ich Ihnen mitgeben soll, dann antworte ich, den Juden.X Es ist kein Zweifel, daß unsere Bewegung das deutsche Volk gerettet hat. Nicht so ist das Problem, daß,weil der Nationalsozialismus kam, wir den Krieg haben, sondern weil wir den Nationalsozialismus haben, werden wir den Krieg, der unbedingt gekommen wäre, siegreich bestehen. XEs ist nicht ein leeres Propagandawort, wenn ich Ihnen heute wieder den Juden nahe-bringe und die Gefahren, die mit ihm verbunden sind. Ich muß hier nicht rein mechanisch eines unserer alten Propagandarequisiten aus dem Kasten holen; Tatsache ist, daß der Jude die größte Gefahr darstellt.X

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Heute ist eine geistige Weltfront im vollen Vorwärtsstürmen, die unter der eindeutigen Führung Adolf Hitlers steht. Der Antisemitismus in England und in Amerika ist heute schon eine sehr beachtliche Tatsache. Ich bin weit

frage Sie: ist es nicht im Zusammenhang mit den täglichen Bombardierungen im Westen, bei denen ganze Städte auf das Furchtbarste gequält und zerstört werden, eines der grandiosesten und weltgeschichtlich einmaligsten Ereignisse, daß ein Volk so etwas ohne jeden Ansatz eines machtvoll sich erhebenden, erkennenden Zweifels am Siege erträgt? Das hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Nicht aus den Siegen erwächst die wirkliche Kraft, sondern aus dem Stehen bei Rückschlägen. Das haben wir so und so oft in der Kampfzeit der Bewegung erlebt und das erlebt nun das ganze deutsche Volk.

X Es ist alles Quatsch, wenn man sagt, daß unsere Revolution der Ausgangspunkt des Krieges gewesen ist. Nein, - es war der Jude. Wenn Sie mich heute fragen, welche Parole ich Ihnen mitgeben soll, dann antworte ich, den Juden.X Es ist kein Zweifel, daß unsere Bewegung das deutsche Volk gerettet hat. Nicht so ist das Problem, daß,weil der Nationalsozialismus kam, wir den Krieg haben, sondern weil wir den Nationalsozialismus haben, werden wir den Krieg, der unbedingt gekommen wäre, siegreich bestehen. XEs ist nicht ein leeres Propagandawort, wenn ich Ihnen heute wieder den Juden nahe-bringe und die Gefahren, die mit ihm verbunden sind. Ich muß hier nicht rein mechanisch eines unserer alten Propagandarequisiten aus dem Kasten holen; Tatsache ist, daß der Jude die größte Gefahr darstellt.X

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Heute ist eine geistige Weltfront im vollen Vorwärtsstürmen, die unter der eindeutigen Führung Adolf Hitlers steht. Der Antisemitismus in England und in Amerika ist heute schon eine sehr beachtliche Tatsache. Ich bin weit

davon entfernt, bei den Bewegungen in diesen Ländern heute schon irgendwelche politischen oder gar kriegstechnischen Auswirkungen vorauszusehen. Entscheidend aber ist, daß wir am Wendpunkt der geistesgeschichtlichen Einstellung zum Rasseproblem stehen. Einmal hatten wir die Formulierung gewählt, daß dieser Kampf gegen den Juden kein innerer Reichskampf ist, sondern der Kampf gegen den Juden ist eine naturgesetzliche, übernationale Angelegenheit. Wenn es heute so weit kommt, daß in Fabriken Großbritaniens schon Aufschriften amtlich beseitigt werden müssen, die die Frage an den Arbeiter richten, "Weist Du, warum Du im Kriege bist" - wegen der Juden. Wenn in Nordamerika Zeitungen verboten werden, wie etwa die "Times Angeles", weil sie Sondernummern herausbringen und darin beweisen, daß 8o % des Vermögens der Vereinigten Staaten in den Händen der Juden sind, so sind das klare Vorzeichen.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Überall, auch in den kleinsten Kreisen draußen, kann man jetzt so eine Art witziger oder kritisch skeptischer Bemerkungen hören, die starke Zweifel am deutschen Sieg erkennen lassen. In Anbetracht der Gesamthaltung unseres großen deutschen Volkes muß die Partei die Führung dieser Entwicklung im Sinne einer Klarlegung der Voraussetzungen des Krieges und des Endsieges in absolut populärer Weise übernehmen. Das gilt gerade bei uns im Generalgouvernement. Es wurde heute viel von der Haltung der Deutschen im Generalgouvernement, von der Haltung der führenden Männer und ihrem Vorbild gesprochen. Das ist eine der wichtigsten Fragen.
Ich möchte Sie, Pg. Stahl, bitten, in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretär der Regierung, dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen und anderen führenden Persönlichkeiten dafür zu sorgen, daß ein Sonderkomitee

zusammengestellt wird, das die Aufgabe hat, alle die Fragen, wie Haltung und Lebensführung der führenden Persönlichkeiten des Generalgouvernements, grundsätzlich ins Reine zu bringen. Weiter ist mir aus den verschiedenen Referaten die Hervorhebung der Tatsache wichtig gewesen, daß wir, wollen wir diesen Kampf bestehen, den Deutschen hier im Lande den Mut und die Erkenntnis eintrichtern müssen, daß sie Vorboten des kommenden großen Deutschen Reiches sind. Ich muß oft voll Schmerz die Feststellung machen, daß im Generalgouvernement Massenverdiener leben, die ihr Geld nicht im Generalgouvernement lassen, sondern in die Heimat transportieren. Wenn auch das die kleinen Leute im Lande täten, würden wir bald am Ende sein. Die Partei hat daher allen Anlaß - und das ist die zweite Parole - neben diesem Kampf um den Siegglauben des deutschen Volkes und der Erreichung einer harten Entschlossenheit und einheitlichen Führung, neben dem Kampf gegen den Juden, für die Reinhaltung des deutschen Lebens in diesem Lande zu sorgen. Hier muß ich alle Kritik zurückweisen, die dahin lautet, daß unsere Parteigerichtsbarkeit kleinlich vorgehen würde. Es wird auf alle Schwierigkeiten Rücksicht genommen, aber die Grundlage muß sein, daß von hier nicht die Meinung ins Reich hineinstrahlt, ~~jeder~~ daß das Generalgouvernement ein korruptesten Vorgängen sich jeder Zeit öffnendes Gebilde ist, sondern daß sich das Generalgouvernement in schärfster Weise derartigen Regungen entgegenstellt. Der Schwarzhandel blüht überall. Im Reich nicht weniger als in Holland, Belgien oder in Norwegen. Es blüht überall das vierte Kriegsjahr mit seinen Nerven und Charakter lähmenden Auswirkungen. Um so wichtiger ist es, daß die Partei das gesündeste bleibt, was das deutsche Volk hat.

Vergessen wir dabei eines nicht: wir sprechen immer vom Soldaten und von der Wehrmacht und weiß Gott von welchen bewaffneten Organen; dabei übersehen wir aber, daß heute einer in Soldatenuniform herumlaufen kann, der in seiner inneren Grundhaltung alles andere ist, als einSoldat, wie wir ihn uns vorstellen. Das hängt von der Massierung von Millionen von Menschen zusammen, die man in ihrer Grundhaltung gar nicht mehr ausrichten kann. Sie werden einfach eingezogen, weil man eine Lücke im soldatischen Bereich schließen muß. Die Folge davon ist, daß durch das Hineinfluten von Millionen von unkontrollierbaren Einzelwesen in die Wehrmacht eine spürbare Verschlechterung des Ansehens des Soldatentums eintreten muß. Sie wissen, daß gerade wir im Generalgouvernement unter diesen Erscheinungen sicherheitsmäßig zu leiden haben, wenn es immer und immer wieder vorkommt, daß Urlauber Hauptmitträger des Schleichhandels sind, als Hauptverkäufer der Waffen auftreten usw. Alle diese Erscheinungen hängen mit der Tatsache zusammen, daß da und dort das Soldatische nicht mehr qualifizierbar ist. Das muß bei der Partei völlig anders sein. Wir müssen als Parteimänner die Elite des Führertums bilden und wir müssen dafür sorgen, daß die Partei die Aktivität der besten Grundhaltung des deutschen Wesens darstellt. Hier kommt es nicht auf die Zahl an und nicht auf die Massierung von Massen, die wir bekennen lassen; hier kommt es nur darauf an, daß da, wo die Partei in persona oder Sache erscheint, immer noch der größte Maßstab angelegt werden kann im Vergleich zu den notwendigerweise sich schwächenden Maßstäben, die man auf andere Erscheinungen anlegen muß. Wenn wir trotz aller Schwierigkeiten diesen Gesichtspunkt allmählich in Anwendung bringen könnten, dann wäre ich stolz und glücklich.

Ich möchte dabei immer wieder zu bedenken geben, daß selbstverständlich, so unendlich wichtig auch die Parteiarbeit hier im Raume ist, das Generalgouvernement als Staat vor noch ganz anderen Aufgaben steht. Bei aller hervorragenden Bedeutung der Partei für die Deutschen im Raume darf nie vergessen werden, daß der Urteilsmaßstab, der dem Generalgouvernement gegenüber angelegt werden muß, nicht aus einer Parallele des Reiches genommen werden kann. Wir sind kein Reichsgau oder irgendeien Reichsprovinz, sondern wir sind ein absolut fremdvölkisches Gebiet, geführt von einer Nußschale von Deutschen. Ich muß mich immer wieder wundern, daß von den Reichszentralen gerade dieser Gesichtspunkt, der der wichtigste ist, am wenigsten berücksichtigt wird, daß es geradezu einer Belehrung bedarf, um dieses Bild täglich in Erscheinung zu bringen. Ich möchte an Hand der letzten Volkszählung mitteilen, daß das Generalgouvernement insgesamt eine Einwohnerzahl von 14,9 Millionen hat und daß sich davon für die Volks- und Reichsdeutschen, Polizei- und SS-Angehörigen die Zahl von annähernd 18o ooo ergibt. Es sind also 1,4 % der Gesamtbevölkerung dieses Raumes Deutsche. Wenn Sie demnach die Arbeit der Bewegung hier im Lande nur nach der Zahl der Bevölkerung einschätzen, so beschränkt sie sich praktisch auf 1,4 % der Bevölkerung, und 98,6 % würden vom Staat Generalgouvernement zu betreuen sein.

Vergessen Sie nie, daß die Unruh-Kommission in den letzten Monaten uns viele Tausende gerade der aktivsten Männer zum Wehrdienst weggeholt hat. Ich werte diese Vorgänge nicht, ich möchte nur von meinem Standpunkt aus sagen, daß der Weggang dieser Tausende der letzten Monate eine derartige Verschlechterung der Führungssituation hier im Lande bedeutet, daß sich die Auswirkungen noch gar nicht über-sehen lassen.

10.6.1943

Daß das Generalgouvernement das erste neuartige Gebilde dieser Art im Machtgefüge des Deutschen Reiches ist, hat sich nun wenigstens in unseren Kreisen als eine feststehende Tatsache herausgebildet. Wir haben im letzten Jahr eine der schwersten Krisen unserer Struktur erlebt; das war auch meine eigene persönliche Krise. Sie wissen, daß e ich eine ganz bestimmte Anschauung von der Verwirklichung des Parteiprogramms vertrete; ich stütze mich vor allem auf Punkt 19 des Parteiprogramms. Sie wissen, daß ich in vier großen Reden im vorigen Jahr meine scharfen Bedenken - offen wie es meine Art ist - zum Ausdruck brachte, daß ich erklärte, daß mich in der Entwicklung der inneren Ordnung unseres Reiches gewisse Erscheinungen befremden, die ich als Nationalsozialist nicht akzeptiere. Es ist meine Meinung, daß niemand verhaftet werden soll oder in Haft gehalten werden darf, es sei denn mit richterlicher Bestätigung. Meiner Meinung und meiner ganzen Vorstellung nach ist eben ein Staat ohne die höchste Gerichtsbarkeitsübung nicht denkbar. Sie wissen, daß ich im Einsatz dieses Kampfes sehr viel Auseinandersetzungen hatte; Sie wissen auch, daß ich damals offen davon gesprochen habe, daß ich mir das Deutsche Reich in jeder Form denken kann, nur nicht in der Form des Polizeistaates. Der Kampf hat lange gedauert und ich wußte das; die Verfolgungen persönlicher und sonstiger Art nahmen ein Ausmaß an, die den stärksten Mann umwerfen konnten, mich aber nicht; da ich wußte, daß ich alles im Dienste des Führers tat. Die Entwicklung hat nun dazu geführt, daß im Laufe der letzten Monate eine eingehende Aussprache zwischem dem Führer und mir stattfand, in der diese Fragen restlos bereinigt wurden. Ich darf Ihnen mitteilen, daß mir

der Führer in vollem Umfange sein Vertrauen bestätigt hat und zum äußeren Ausdruck wurde ich vom Führer als Präsident der Internationalen Rechtskammer bestätigt und ich habe damit die oberste Führung des europäischen Rechtslebens in Händen. Das bedeutet für uns den Abschluß dieser Entwicklung.

Wir haben aber auch über das Persönliche hinaus eine Krisis unserer staatlichen Struktur durchzumachen gehabt. Wenn Sie sich daran erinnern, daß man uns hier - und wir waren immer dieselbe Handvoll Männer - auferlegt hat, ohne jede Vorprüfung allein 72o ooo to Getreide für das Reich herauszuwirtschaften, wird Ihnen das klar sein. Es hat kein Widerspruch geholfen und ich habe ihn zurückgezogen, weil ich mir sagte, die beste Widerlegung ist der Erfüllungsversuch. Wir haben es versucht und die Folgen sehen Sie heute; die Situation ist folgende: wenn wir nicht in ganz kurzer Zeit die Ernährungssituation der polnischen Bevölkerung in Ordnung bringen, wird die Aufrechterhaltung der Sicherheit in diesem Lande genau so unmöglich sein, wie man von einem Pferd eine Leistung verlangen kann, das nicht gefüttert wird. Vom ersten September ab werde ich die Ernährung der Fremdvölkischen so durchführen, wie ich sie in di-esem Raum für notwendig halte. Ich habe dazu die Anweisungen bereits gegeben. Da kann man dann schreiben und schreien, wir sind polenfreundlich. Das ist mir gleichgültig, denn wir tragen die Verantwortung im Lande. Diese absolute Einbeziehung des Generalgouvernements in diese Leistung hat natürlich ungeheure Anforderungen an uns gestellt; wir haben aber das Wunder vollführt und ich will Ihnen darüber eine stolze Zahl nennen: Die Leistung des Generalgouvernements beträgt 68 % der Gesamtleistung dessen, was im gesamten übrigen Osten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aufgebracht wurde. Dabei ist unser

Gebiet nur ein Zwanzigstel des Gebietes des Ostens. X Ich will noch eine weitere Zahl nennen: dem Generalgouvernement wurde die Gestellung einer ungeheuren Zahl von Arbeitskräften aufgebürdet. Wir haben auch hier das Äußerste getan und Sie wissen, wieviel deutsche Männer gefallen sind, weil wir diesen gewaltigen Arbeitseinsatz herbeiführen mußten. Wir haben bis jetzt 1 o42 ooo Arbeitskräfte ins Reich abgestellt. Wir werden in diesem Jahre gerade noch 5o ooo für den Bergbau einsatzfähige Fremdvölkische erfassen können und werden dann vielleicht noch loo ooo Kräfte haben, von denen man sagen kann, sie bilden eine Art Arbeiterreserve. Dann ist aber Schluß! Diese Zahl beträgt fast 7o % dessen, was alle anderen Bereiche gestellt haben, wenn Sie bedenken, daß aus dem gesamten übrigen Osten 1 7oo ooo gefordert wurden. Ich nenne diese Zahlen, Parteigenossinnen und Parteigenossen, denn Sie sind daran alle beteiligt. Ich erwähne diese Zahlen zum Beweis dafür, daß die schamlose Verleumdungskampagne gegen uns Deutsche in diesem Raum auf Grund unserer Erfolge zerschlagen wird. Ich hebe den Schild hoch über diese Handvoll deutscher Menschen in diesem Raum, die das Unermeßlichste geleistet haben. Wir wollen uns daher stark zeigen.

Ich entnahm aus den verschiedenen Referaten mit Freude, daß gerade die Bewegung hier in voller Fahrt ist; sie ist auf dem richtigen Weg. Ich begrüße ganz besonders die kleinen Versammlungen, die sie jetzt halten wollen und ich würde bitten, daß sich jeder von Ihnen als Redner betätigt. Man soll nicht warten, bei ein Reichsredner kommt; es genügt wirklich eine Versammlung von 2o Menschen und sie kann wirkungsvoller sein, als eine andere, an der loo und mehr Besucher teilnehmen. Ich muß immer wieder sagen, auch die Partei hat gerade hier den deutschen Mut aufgerichtet. Es ist mir eine erschütternde Erinnerung, wenn

ich daran denke, wie ich vor wenigen Tagen in Konskie war und wie dort in einem von Banditen verseuchten Gebiet, abseits vom Orte und schon fast im Walde, mich die 6o Kinder einer deutschen Heimschule begrüßten Es wirken dort ein paar Lehrkräfte und keine Wache, kein Schutzmann ist in der Nähe. Ich habe mich vor diesen Kindern fast geschämt, wenn ich auf die mit Waffen und Pistolen aller Art ausgerüsteten Leute sah, die sich um meinen persönlichen Schutz bemühten, und wenn ich an diese Kinder dachte, die einfach auf ihr deutsches Schicksal vertrauen. Auf meine Frage nach der Sicherheit sagte mir der Leiter: wir haben schon oft Waffen angefordert, aber es ist niemand da, der sich darum kümmert; Gott wird uns schon helfen. Keine Rede davon, daß man diese Schule aufgibt; diese Schule verursachte eine große Aufregung unter der SS und Polizei; man müßte den ganzen Ort räumen lassen - . Ist dieser Geist nicht herrlich? Und solche Beispiele könnte man verhundertfachen.

X Es ist Tatsache, daß die Sicherheit im Lande bedroht ist, daß die Mühlen und Molkereien brennen, daß Gehöfte überfallen und Deutsche getötet werden. Aber wie steht es um die Sicherheit der Einwohner von Dortmund oder Essen, wo ist heute ein deutscher Mensch überhaupt in Sicherheit? Sollen die Deutschen im Generalgouvernement eine andere Regelung beanspruchen können? X Dafür haben wir hier weniger Bomben, die vom Himmel herab auf uns niederprasseln. Vorläufig noch! Denkt doch einmal an die Unsicherheit im Rheinland! Ist sie nicht noch größer. Also damit soll man uns jetzt nicht kommen. Im übrigen möchte ich sagen, daß von staatlicher und von Reichsseite alles geschehen ist, um die Sicherheit wieder in Gang zu setzen; auch die Wehrmacht wird sich einschalten. Wir müssen und werden

ich daran denke, wie ich vor wenigen Tagen in Konskie war und wie dort in einem von Banditen verseuchten Gebiet, abseits vom Orte und schon fast im Walde, mich die 6o Kinder einer deutschen Heimschule begrüßten Es wirken dort ein paar Lehrkräfte und keine Wache, kein Schutzmann ist in der Nähe. Ich habe mich vor diesen Kindern fast geschämt, wenn ich auf die mit Waffen und Pistolen aller Art ausgerüsteten Leute sah, die sich um meinen persönlichen Schutz bemühten, und wenn ich an diese Kinder dachte, die einfach auf ihr deutsches Schicksal vertrauen. Auf meine Frage nach der Sicherheit sagte mir der Leiter: wir haben schon oft Waffen angefordert, aber es ist niemand da, der sich darum kümmert; Gott wird uns schon helfen. Keine Rede davon, daß man diese Schule aufgibt; diese Schule verursachte eine große Aufregung unter der SS und Polizei; man müßte den ganzen Ort räumen lassen - . Ist dieser Geist nicht herrlich? Und solche Beispiele könnte man verhundertfachen.

× Es ist Tatsache, daß die Sicherheit im Lande bedroht ist, daß die Mühlen und Molkereien brennen, daß Gehöfte überfallen und Deutsche getötet werden. Aber wie steht es um die Sicherheit der Einwohner von Dortmund oder Essen, wo ist heute ein deutscher Mensch überhaupt in Sicherheit? Sollen die Deutschen im Generalgouvernement eine andere Regelung beanspruchen können? ×Dafür haben wir hier weniger Bomben, die vom Himmel herab auf uns niederprasseln. Vorläufig noch! Denkt doch einmal an die Unsicherheit im Rheinland! Ist sie nicht noch größer. Also damit soll man uns jetzt nicht kommen. Im übrigen möchte ich sagen, daß von staatlicher und von Reichsseite alles geschehen ist, um die Sicherheit wieder in Gang zu setzen; auch die Wehrmacht wird sich einschalten. Wir müssen und werden

die Autorität des Reiches in diesem Raume herstellen; aber kein Wort von Räumung oder Zurückziehen. Freilich, Parteigenosse von Warschau, weint so ein Bürgermeister und ist schwer zu beruhigen; aber die Szenen, die sich in Essen oder anderswo im Rheinland abgespielt haben oder abspielen, sind auch nicht anders. Hier muß die Partei laut ins Land rufen: die Sicherheit des deutschen Menschen wird nicht gewährleistet durch die Polizei, sondern durch den Endsieg in diesem Krieg allein. Und bis dahin sind wir alle des Todes und in Todesgefahr. Diese Tatsache muß die Partei immer wieder klar herausstellen. Und es gibt, ich muß das schon sagen, in diesem Lande genug Beispiele hervorragender Tapferkeit, große deutsche Menschen, die ohne zu mucken bei Überfällen polnischer oder jüdischer Terroristen nach der letzten Patrone den Tod für Deutschland erleiden. Frauen und Kinder sind darunter, denn alles, was diese Verbrecher erwischen, töten sie. Auf keinen Fall aber sind die Todesopfer der Deutschen des Generalgouvernements auch nur annähernd vergleichbar mit der Zahl, die eine Stadt im Rheinland mit etwa 18o ooo Menschen unter dem Bombenterror zu bringen hat. Vergessen Sie das nicht und heben Sie diese Tatsache immer wieder hervor.

Als letzten Punkt, den ich heute herausgreifen möchte - meine grundsätzlichen Ausführungen möchte ich mir für die Parteiführertagung im August vorbehalten - , möchte ich über Ihre Ausführungen von einem Mangel an Kameradschaft sprechen. Das ist mir der wundeste Punkt. Wenn das der Fall ist, daß draußen von einem gegen den anderen geschossen wird, dann ist es für mich eine der ernstesten Angelegenheiten. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es das unverzeihlichste ist, wenn dieser Zeitpunkt dazu benutzt wird, daß einer gegen den anderen schießt.

10.6.1943

Es ist klar, daß es viel bequemer ist, statt sachlich zu kämpfen, persönlich zu werden, und daß es leichter ist, jemand zu verleumden, statt sachlich zu widerlegen. Ich glaube, daß es selbstverständlich ist, daß gerade hier die Partei eigentlich ein Vorbild sein müßte. Wenn wir schon den Führungsanspruch auf menschliche Zonen erheben, dann muß er durch die Tatsache einer absolut echten Kameradschaft begründet sein. Es ist mir furchtbar gewesen, daß mir Parteigenosse Mehling das heute gesagt hat. Ich werde seine Worte zum Anlaß nehmen, um im Zusammenhang mit der Besprechung über Lebensführung und Lebenshaltung der führenden Persönlichkeiten und der Deutschen im allgemeinen auch grundsätzlich die Kameradschaft zu überprüfen. Ich werde Pg. Brodmann beauftragen, daß er die Verletzung von Kameradschaftspflichten der Parteigerichtsbarkeit unterstellt. Wir müssen hier einmal durchgreifen, denn wir sind hier einer auf den anderen angewiesen. Es genügt gerade der persönliche Kampf, der da und dort oben spürbar ist, und man braucht ihn nicht in die einfacheren Zonen der Partei verlagern.

Die Bewaffnung der Deutschen wird in großem Umfange durchgeführt. Ich habe eben die Meldung bekommen, daß wir im nächsten Monat für die Bewaffnung der Parteiführer 500 Karabiner zur Verfügung gestellt erhalten. Für die Bewaffnung der Deutschen im Lande wird im Zusammenwirken mit der Wehrmacht zu sorgen sein.

Die anderen Fragen, die angeschnitten wurden, werden mir Anlaß sein, mit den zuständigen Leitern der dienstlichen Bereiche des Arbeitsbereiches zu sprechen. Mich interessiert vor allem die Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, mich interessiert auch die Frage der Jugenddienstpflicht und der Polizeidienstpflicht, die Frage des

Kriegseinsatzes der Jugend. Sehr wichtig ist für mich auch, daß der Fraueneinsatz im Generalgouvernement so segensreich fortschreitet. Ich hoffe, daß wir aus dieser fraulichen Aktivität einen starken Ersatz bekommen für die in den letzten Monaten zur Wehrmacht eingezogenen männlichen Kräfte. Es besteht kein Zweifel, daß die Frauen eine steigende Bedeutung einnehmen. Wir müssen alles tun, um diese Entwicklung zu fördern.

Ich habe folgenden Grundsatz aufgestellt: man soll in allen Vorbereitungen Pessimist sein, in allen Durchführungen aber Optimist. Das wollen wir uns merken. Wir wollen in den Dingen, die wir vorbereiten, technisch und methodisch ängstlich sein. Wenn aber ein Entschluß gefaßt ist, dann wollen wir nur Optimisten sein.

Ich wünsche, daß die Zusammenarbeit in den Reihen der Partei von dem ernstesten Verantwortungsbewußtsein getragen wird. Aus den einzelnen Referaten habe ich entnommen, daß dieses Verantwortungsbewußtsein vorhanden ist. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir in dieser ernsten Zeit zusammenrücken müssen. Es ist keiner ein Pessimist, wenn er sachlich das eine oder andere Bedenken äußert. Wir müssen Widerspruch vertragen können und das Führerprinzip darf nicht verwechselt werden mit einer totalen Rechthaberei, mit ausschließlicher Gewaltanwendung. Es ist duldbar und absolut vereinbar, wenn einmal ein dienstlich Unterstellter Kritik erhebt an einem Plan oder einem Vorhaben. Es geht darum, daß ebenso wie im staatlichen Sektor auch in der Partei in totaler Einheit die Weltanschauung und die rücksichtslose Durchsetzung unserer Ziele mit einer Elastizität gegenüber der Zeit verbunden werden.

10.6.1943

Die Weltanschauung des Nationalsozialismus ist unveründert; sie ist der Durchbruch des kommenden Jahrtausends. Adolf Hitler ist das größte staatsschöpferische Genie der Welt. Und alles, was jetzt an Kritik da und dort geäußert wird, ist eine Verblendung; denn heller wie alle anderen strahlt dieser Genius. Die Unsicherheit beim Gegner liegt daran, daß man dort unter dem Druck dieser Persönlichkeit stehend weiß, daß man nicht gewinnen wird. Dieses Jahr wird für uns die Fortsetzung einer absolut klaren Aufbaufront sein. Die Waffen, die in den letzten Tagen vom Ministerium Speer in Berlin gezeigt wurden, ihre gigantischen Ausmasse in der Wirkung haben eine Richtung waffentechnischer Entwicklung eröffnet, deren Endpunkt gar nicht abzusehen ist. Ihre Herstellung läuft serienweise an. Besonders umwälzend ist die Entwicklung der neuen Rakete.

Alle diese Tatsachen müssen Sie sich vor Augen halten und sie werden Sie mit ungeheurem Siegesbewußtsein erfüllen. Es darf für uns gerade im Generalgouvernement kein Schwanken in dieser Richtung geben, denn wir hängen ja auf Gedeih und Verderb mit dem Ausgang des Krieges zusammen. Ich glaube, wenn Deutschland besiegt wird, würde meine Heimat Bayern eher rettbar sein als das Generalgouvernement. Darum haben die Deutschen hier im Raume die ungeheure Aufgabe, der Vortrupp des fanatischen Siegeswillens zu sein. Ich muß sagen, ich habe nicht den Eindruck, daß die Parteiarbeit des Generalgouvernements allüberall restlos von dieser Forderung erfüllt ist. Es wird viel zu viel herumgestänkert, anstatt daß ununterbrochen in dieser Richtung gearbeitet wird. Da muß ich auch sagen, Parteigenosse Mehling, daß es einen wirklich mit Entsetzen erfüllen kann, wenn in diewer Zeit solche Akten über Stänkereien anlaufen.

10.6.1943

Wir als Partei haben in zunehmendem Maße die Aufgabe, das gesamte Leben der Wehrmacht und der unteren Instanzen zu durchdringen. Wir haben nicht allein die Aufgabe gehabt, das Deutsche Reich für diesen Krieg stark zu machen. Ich habe oft gemerkt, daß bei dem Verwundeten und bei unseren Soldaten ein viel fanatischerer und frischerer Sieggeist vorhanden ist als bei denen, die bequem zu Hause herumsitzen. Die Front ist absolut in Ordnung und die Heimat muß von der Partei gehalten werden.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich danke Ihnen, daß wir uns in dieser ernsten Zeit zu einer Aussprache zusammengefunden haben. Es ist eine Neuentwicklung im Gange. Das Einvernehmen zwischen mir und dem Reichsführer SS ist das denkbar beste, und das Einvernehmen mit allen anderen maßgeblichen Männern wird sich allmählich wieder herstellen. Alles, was mit aller Kraft entfacht wurde, war zum größten Teil ein auf verleumderischer Grundlage stehendes Mißverständnis. Ich bin offen genug, Ihnen zu sagen, daß ich mich mit der eiskalten Ruhe des Wissenden stark genug gefühlt habe. Ich stehe vor Ihnen als ein Mann, der im Jahre 1939 eine der schwersten Aufgaben des Krieges übernommen hat und, ich scheue mich nicht, zu bekennen, daß ich niemand weiß, der mir bis heute meine Leistung nachgemacht hat.

-

Während einer Pause in der Arbeitstagung empfängt der Herr Generalgouverneur den Brigadeführer Generalmajor der Polizei Dr. Schöngarth, SS-Oberführer Bierkamp und SS-Gruppenführer Müller.

Nach Beendigung der Arbeitstagung nimmt der Herr Generalgouverneur an einem gemeinsamen Abendessen in

16.6.1943

den Kasino-Räumen des Hauses der NSDAP teil.

20 Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Freitag, den 11.Juni 1943

10^{50} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Abteilungsleiter Jaenecke.

Gegenstand der Besprechung sind die Vorbereitungen zum Parteitag des Generalgouvernements vom 13. bis 15.August.

Der Herr Generalgouverneur wünscht die Aufführung eines repräsentativen Schauspiels, zu dem aus dem Reich ein gutes Ensemble verpflichtet werden soll. Weiter sind für den 15. August eine große Varietee-Veranstaltung für Soldaten und als Höhepunkt eine große Partei-Kundgebung im Freien geplant.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß die Kunstausstellung "Westmärkische Künstler im Generalgouvernement" in Krakau anläßlich der Anwesenheit des Gauleiters Forster am 5. oder 6. Juli eröffnet werden soll. - Der Belvedere-Park soll anläßlich des kommenden Besuches des Herrn Generalgouverneurs in Warschau für Zwecke der Truppenbetreuung geöffnet werden.

Dann wird das Arbeitsabkommen mit KdF. besprochen. Der Herr Generalgouverneur stimmt den Abmachungen zu mit der Maßgabe, daß KdF im Staatstheater und im Gotischen Hof des Ostinstituts nicht in Erscheinung treten solle.

11^{25} Besprechung mit Präsident Senkowsky.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur übergibt Oberst Fischer einen Brief an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Generalfeldmarschall Keitel, in dem er um die Freistellung seines in der Wehrmacht stehenden früheren Adjutanten Pfaffenroth und seines früheren Fahrers Bonitz ersucht.

11.6.1943

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Oberarzt Moser.

12^{20} Besprechung mit Präsident Naumann über verschiedene Fragen aus seinem Arbeitsgebiet wie die Abfassung von Briefen an Reichsmarschall Göring und an den Wehrkreisbefehlshaber, Ernteausnahmezustand 1943/44, Besuch des Reichskommissars Koch u.a..

12^{45} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und den Architekten von Palézieux und Korinthenberg über den Kanzleineubau auf der Burg.

12^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Bader und Direktor Dr. Fiedler von der Oberschule Krakau.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

16^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Leutnant Heimberg in Anwesenheit von Prof. Bader.

17^{30} T e e .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Sonnabend, den 12.Juni 1943

10^{30} Oberpostinspektor Krauß überbringt dem Herrn Generalgouverneur einen Brief, der mit 2 Führermarken zu je 2 Groschen und einer Marke mit dem Kopf des Generalgouverneurs zu 2o Groschen frankiert ist und an eine führende Persönlichkeit im Reich gerichtet ist. Den Inhalt des Briefes bildet ein gedrucktes Schreiben, daß die Unterschrift von Volksdeutschen mit genauer Wohnangabe trägt. Im Schreiben selbst wird dargelegt, daß die Behandlung der Polen durch die Polizeiorgane falsch sei und daß bei einer vernünftigen Behandlung die Polen bereit seien, gegen den Bolschewismus ins Feld zu ziehen.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Dr. Boepple und Landgerichtsdirektor Wilden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er eine Eingabe der polnischen Bischöfe des Generalgouvernements erhalten habe, in der auf die ernsten Gefahren hingewiesen werde, die aus der gegenwärtigen Situation im Generalgouvernement erwachsen könnten. Er beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die Eingabe in Zusammenarbeit mit Landgerichtsdirektor Wilden eingehend durchzusprechen und in seinem Auftrag den Fürsterzbischof Sapieha als den Sprecher der polnischen Bischöfe zu empfangen.

Er diktiert in diesem Zusammenhang folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Fürsterzbischof!

Ich bestätige den Eingang der Eingabe der Bischöfe des Generalgouvernements vom 8.Juni ds.Jrs. und habe von dem Inhalt interessiertest Kenntnis genommen. Ich habe den Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements beauftragt, Sie zu empfangen, um mit Ihnen die Möglichkeit der Erfüllung Ihrer Wünsche zu erörtern.

12.6.1943

12[35] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Parteirichter Brodmann.

12[45] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

13[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt die Reichsreferentin des BDM Dr. Jutta Rüdiger, die in Begleitung der Hauptmädelführerin Fischer und des Hauptbannführers Förschle erschienen ist.

13[15] F r ühs t ü c k .

15[00] Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Wimpel-Weihe des BDM im Brunnenhof des Ostinstituts mit einer Ansprache der Reichsreferentin des BDM Dr. Jutta Rüdiger.

Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.)

Kressendorf

Sonntag, den 13.Juni 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 14.Juni 1943

16^{00} Der Herr Generalgouverneur nimmt an der Abschlußveranstaltung der Führerinnen-Tagung des Bundes Deutscher Mädel im Generalgouvernement im Festsaal des Rathauses teil und hält nach Begrüßungsworten der Hauptmädelführerin Fischer folgende Ansprache:

Ich bin, Parteigenossin Fischer, Ihrer Einladung gern gefolgt, um hier vor den Führerinnen und Mädchen des BDM einige Ausführungen zu machen. Zunächst danke ich Euch dafür, daß Ihr in dieser außerordentlich schweren Zeit das Bedürfnis in Euch gespürt habt, Euch hier zu treffen, Eure Führungsgrundsätze zu überprüfen und über Planungen der nächsten Zeit klar zu werden. Ich brauche daher im Rahmen dieser Veranstaltung nicht von den schweren Sorgen und Nöten zu erzählen, die uns bewegen.

Es ist für uns alle klar, daß dieser ungeheuer sich auswirkende Krieg nunmehr seiner großen Schlußentscheidung entgegenschreitet. Wir sind eine vom Schicksal zum Ertragen und zum Durchführen dieser letzten Möglichkeiten des Volkes ausgesuchte Generation. Wer nun glaubt, daß die Betrachtung der Dinge, wie wir Nationalsozialisten sie unentwegt unserem Volke immer wieder vortragen, nur eine Art Propagandamethode wäre, um aufgeregte Gemüter zu beruhigen, dem können wir eiskalt sagen, schauen sie auf den Osten des Deutschen Reiches! Ich bin stolz, die Feststellung treffen zu dürfen, daß alle deutschen Menschen im Generalgouvernement ohne nennenswerte Ausnahme sich der großen Sendung unserer Zeit bewußt sind. Mit Freude kann ich auf die ungeheuren Energien verweisen, die hier angewendet wurden, um aus Dreck, Schmutz, Verfall, Zerstörung und Chaos wieder Leben erstehen zu lassen, und nicht nur ein Leben im Sinne einer Wiederingangsetzung mechanischer oder verwaltungsmäßiger Prinzipien oder Einrichtungen, sondern ein

14.6.1943

Leben im ewigsten Schöpfungssinne, menschliches Dasein für Deutsche in einem völlig neuen und gewaltigen Raum, der noch dazu getragen ist von der geradezu poetischen Sendung, von der Sonne zuerst begrüßt zu werden, wenn sie über deutschen Landen aufgeht.

In diesem großen Lande, diesem Zwischenraum zwischen Asien und Europa, habt Ihr, Führerinnen des BDM, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ihr seid die Vertreter der deutschen Seele in diesem Raum, des deutschen Herzens und des deutschen Gemütes, Ihr seid die wackeren Sendbotinnen, die tapfer aller Waffengewalt der Welt und allen noch so entsetzlichen Drohungen aus Zeit, Krieg und Not mit dem sieghaften Lächeln deutschen Frauen- und Mädchentums gegenübertreten. Ich, der ich gewohnt bin, die Dinge hart und rauh zu sehen, der mich das Schicksal auf einen Platz gestellt hat, der mich zu unsagbarer Klarheit zwingt, fühle mich selten bewegt in Eurer Mitte. Ich danke Euch für Eure mutvolle Tapferkeit, mit der Ihr die Aufgaben meistert.

Ich sehe drei große Aufgabenkreise, die heute der deutschen Frau gestellt sind: das ureigenste Gebiet der Frau, eine Reihe von übertragenen Aufgaben, die im Laufe der Jahre ausgeprägte Frauenarbeit geworden sind und kriegsbedingte Sonderaufgaben. Auf dem ureigensten Gebiet des Fraulichen werdet Ihr erzogen zu dem, was der deutschen Frau als Trägerin unserer Rasse, als Gestalterin unserer Familien und der Repräsentantin deutschen Blutes, deutscher Größe und deutschen Blutschicksals anvertraut ist. In Euch wogt dieser Blutstrom der Jahrtausende weiter und es wird von Euch einmal heißen, daß Ihr die Kinder der Wiedererweckung deutschen Lebens im Osten wart. Für mich ist es klar, daß die Fülle derjenigen Aufgaben, die ich

14.6.1943

als übertragene Aufgaben der Frau ansehe, von Anfang an ebenso gemeistert worden sind. Tausende und Abertausende von Frauen haben sich in der Verwaltung, der Wirtschaft und der Industrie dieses Raumes vom ersten Tage an heroisch bewährt; und sie haben auch in ihrer tapferen und schlichten Art das deutsche Mädchenwerk begonnen.

Es ist heute, da mir alle wehrfähigen Männer genommen werden, gerade diese unersetzliche Arbeitskraft der Frauen, die mir die Arbeit ermöglicht. Wenn nun der Krieg durch die letzten Maßnahmen des Reiches, durch die Dienstpflicht der Frau eine ganze Reihe von speziell kriegsbedingten Sonderaufgaben noch hinzugereiht hat, so kann man nicht mehr von einer Ersatzarbeit der Frauen für die Männer sprechen. Wir müssen daher Euch, meine Führerinnen, in unserem Generalgouvernement auch von staats- und parteiwegen dafür danken, daß Ihr in diesem Sinne klar und sachlich die grossen gestellten Aufgaben meistert.

Eure Tagung hat Euch sachlich die Probleme aufrollen lassen, die speziell dieser Raum in sich birgt. Wir sind zu einem merkwürdigen Zwischenzustand gekommen. Als wir im Jahre 1939 das Generalgouvernement aufbauten, glaubten wir, daß dieses Generalgouvernement allenfalls 3 Jahre als Übergangsgebilde bestehen würde, um dann nach dem 3 Jahre nach Kriegsbeginn erwarteten Kriegsende in Reichsgaue überführt zu werden. So kam es aber nicht, sondern im Gegenteil, mit der Verschärfung der Kriegsnotwendigkeiten in diesem Raume ergab sich die Tatsache, daß das Generalgouvernement als eine staatsgleiche Einrichtung des Großdeutschen Reiches eine große Sonderaufgabe zu erfüllen hat. Wenn in den Jahren 1939, 4o und 41 bis zum Beginn des Krieges mit der Sowjetunion hier im Raum noch eine Art Aufbau aus Eigenem für das Generalgouvernement die Parole war, so mußte vom 21.Juni 1941 dieses eigene Interesse

14.6.1943

des Aufbaues des Generalgouvernements völlig zurücktreten hinter die Interessen, die sich aus der immer dringender werdenden Notsituation unserer Heimat und unseres Reiches ergaben. Das Reich war gezwungen, die letzten Reserven dieses Raumes für sich selbst in Anspruch zu nehmen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß das Generalgouvernement beim Reich eine außerordentliche Leistungsposition einnimmt und möchte Euch nur zwei Zahlen nennen: das Generalgouvernement hat im vorigen Jahr allein an Brotgetreide 760 000 to an das Reich abgeliefert, das sind 80 % der Brotrationserhöhung in der Menge, wie sie voriges Jahr im Reich durchgeführt wurde für die Dauer eines ganzen Jahres und für das gesamte Großdeutsche Reich. Wenn Ihr bedenkt, daß diese Ablieferung des Generalgouvernements 68 % dessen beträgt, was das gesamte übrige ostbesetzte Gebiet abgeliefert hat, so wird Euch die ungeheure Bedeutung dieses Raumes für den großdeutschen Lebensbereich klar. Weiter hat das Generalgouvernement 1 280 000 Arbeiter in das Reich geschickt; dazu kommen ungefähr 6- bis 700 000 Kriegsgefangene, insgesamt also ungefähr 2 Millionen Arbeiter, die aus dem Generalgouvernement zu dringendsten Industrie- und Landwirtschaftszwecken ins Reich abgeführt würden. Dies sind 76 % der 1 800 000 Arbeiter, die von den übrigen besetzten Gebieten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer dem Reich abgestellt wurden. Daraus könnt Ihr entnehmen, was das Generalgouvernement für das Reich geleistet hat. Diese Zahlen ließen sich aber nach Belieben auf Lieferungen auf vielen anderen Gebieten erweitern. Sie zeigen uns auch aber, daß die Handvoll deutscher Menschen in diesem Raum, die kaum 1 ½ % der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements ausmachen, stolz sein können auf das, was sie unter den ungewöhnlichsten Bedingungen in diesem Raum

14.6.1943

für das Reich geleistet haben.

Und glaubt mir, daß es nicht nur reine Höflichkeit ist, die mich als Euer Gast heute dazu veranlaßt, sondern ein herzliches Bedürfnis, wenn ich dabei bekenne, daß alle diese Leistungen vor allem mitbedingt sind, durch den leuchtenden Geist der deutschen Jugend, und daß es für die deutsche Arbeit in diesem Lande ein glückhaftes Zeichen von Optimismus, Lebensicherheit, Zukunftsklarheit bedeutet, daß gerade Ihr, meine jungen Führerinnen des BDM, hier im Generalgouvernement willig und still und mit einem Gotteswunsch im Herzen Eure Pflicht erfüllt. Das ist mitten in diesem Kriegsgeschehen ein leuchtender Vorgang.

Ich kann ruhig sagen, wenn sich die NSDAP als Bewegung, als weltanschauliche Einigungstendenz unseres Volkes, als machtvoller Organismus bewährt hat, dann geschah dies in diesem Lande; und innerhalb der NSDAP habt Ihr, meine Mädchen, Euch bewährt. Ich kann dies vor allem deshalb aussprechen, weil ich bei meinen Reisen durch das Generalgouvernement immer wieder Zeichen dieser Arbeit erkenne. Seid überzeugt, daß ich Eure Schwierigkeiten kenne, daß ich weiß, welche Mühen Ihr habt, hier das deutsche Blut wieder in Gang zu bringen und hier dem deutschen Gemüt eine Heimstätte zu bereiten.

Das Generalgouvernement und das Reich hängen eng zusammen; wir sind ein Gebilde des Deutschen Reiches. Und wir sind des Führers ureigenstes Land, von ihm geschaffen, von ihm mit großen Aufgaben und großen Hoffnungen auf den Weg geschickt in das deutsche Schicksal hinein. Dieses Generalgouvernement, umzuckt von den Blitzen einer geradezu ungeheuren Erstmaligkeit der deutschen Geschichte, ist in der deutschen Arbeit bereits ein Begriff geworden. Wir - des Führers ureigenes Land! Kein Land des großdeutschen

14.6.1943

Machtbereiches kann von sich sagen, daß seine Tradition ausschließlich bedingt ist durch einen Willensakt Adolf Hitlers. Alle anderen heute inden großdeutschen Machtbereich einbezogenen Länder bestanden irgendwie, bevor Adolf Hitler kam. Wir sind von Adolf Hitler geschaffen. Keine Sondertradition erfüllt diesen Raum und unsere Arbeit außer die des Führers, seines Reiches und seiner Wehrmacht. Wir sind daher auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal Adolf Hitlers verbunden.

Für mich ist es wichtig, auch den Osten zu sehen, nicht nur die Heimat. Wir haben, so sehr wir mit dem Reich verbunden sind, doch unsere Sonderstellung. Allen Schwätzereien entgegentretend möchte ich hier mit vollem amtlichen Nachdruck feststellen, daß weder an der Struktur noch an der Verfassung noch an der Stellung dieses Nebenlandes Generalgouvernement zum Reich sich etwas ändern wird. Wir bleiben dieses Nebenland mit seiner eigenen Führung und wir bleiben dieses Nebenland mit seinen sich steigernden Aufgaben. Von uns wächst daher in den Osten hinein eine stets sich vergrößernde Welle der StabilitÄt. Das Generalgouvernement ist in diesem Ostraum ein Ordnungsblöck und damit eine der sichersten Brücken, die vom Reich nach dem Osten führen.

Ein großer Teil von Euch ist hier in diesem Raum zu Hause und bewegt sich hier in der Heimat. Andere werden folgen. Diese Heimatwerdung ist mit eine Voraussetzung für die dauernde Herrschaft der Deutschen in diesem Raum. Wir werden dieses lachende Land des Weichselraumes fest in unseren Händen halten und wir werden glühend unsere Herzen Wurzeln schlagen lassen. Wir werden uns hier heimisch machen und werden hier die Leider des neuen Ostens erstehen lassen, und es wird das Singen anheben über die Fluren dieses Raumes. Ich weiß, daß Ihr mir dabei helfen werdet.

14.6.1943

Freilich, im einzelnen ist Eure Arbeit schwer; was Ihr draußen an Sorgen und Nöten habt, wird Euch wie ein kaum übersteigbares Hindernis vorkommen. Glaubt aber ja nicht, daß e s in der Geschichte des Nationalsozialismus jemals einfach war. Denkt einmal daran, wie wir beginnen mußten. Auch wir mußten unsere Bude erst ausräuchern, als wir im Sternecker-Bräu die erste Geschäftsstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einrichteten. Wie oft denke ich an diese erste, schönste Zeit, wenn ich hier die Parteiräume durchschreite.

Alles Große in der Welt wird durch Kraft und nicht durch Gebet; alles Große wird durch eingehämmerten Glauben und nicht durch eine demütige Sehnsucht; denn der Herrgott liebt die Starken auf der Welt.

Die deutschen Frauen und Mädchen haben auf Grund ihrer Leistung und Tapferkeit das Recht erlangt, sich vollwertig neben die deutschen Männer zu stellen. Ich war erschüttert, als ich unlängst in einem der unruhebedrohten Gebiete des Generalgouvernements eine kleine Heimschule besuchte, in der 6o deutsche Jungen und Mädel leben und arbeiten; sie liegt in stiller Einsamkeit nahe am Walde im Distrikt Radom im Kreise Konskie. Auf meine Frage, wie sie sich dort fühlten, wie es mit der Sicherheit stehe, sagte mir die tapfere Führerin: "Herr Generalgouverneur, es ist halb so schlimm, der Herrgott steht unsschon bei." An diesem Geist und an einer solchen herrlichen Haltung können sich auch Männer aufrichten.

Der Besuch Eurer Tagung war für mich eine große Freude. Ich wünsche Euch für die Fortsetzung Eurer Arbeit das Beste. Ihnen, Parteigenossin Fischer, gilt mein ganz besonderer Dank. Sie haben hier genau so

14.6.1943

wie wir vor einigen Jahren unter den schwierigsten Bedingungen diese Organisation aufgerichtet und Sie haben damit wirklich Hervorragendes geleistet. Euch, Ihr Führerinnen und Mädels des BDM des Generalgouvernements, gebe ich meine besten Wünsche mit auf den Weg. Bleibt die, die Ihr wart, werdet die, denen Ihr nacheifert!

-

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 15.Juni 1943

8^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau zur Begrüßung von 500 volksdeutschen Jungen und Mädel, die nach einjährigem Aufenthalt in den Gauen Sachsen und Bayreuth in ihre Heimat zurückkehren.

Der Herr Generalgouverneur widmet den Jungen und Mädel folgende Begrüßungsworte:

Jungen und Mädel, Ihr habt nun das Großdeutsche Reich kennengelernt und wißt, daß Ihr dem größten Volk der Weltgeschichte angehört. Seid voll Stolz bereit, Eure Arbeit in diesem Ostland des Reiches, im Generalgouvernement, wieder aufzunehmen. Ich erwarte dies von Euch und appelliere an Euch, Ihr Jungen und Mädel, daß Ihr Euch Eurer Aufgabe im deutschen Freiheitskampf immer bewußt bleibt.

Ich danke Ihnen, Parteigenosse Förschle, für die Vorbereitung und Durchführung dieser ersten großen Reise der volksdeutschen Jugend in das Deutsche Reich und ich danke den Parteigenossen Mutschmann und Wächtler, den Gauleitern der Gaue Sachsen und Bayreuth dafür, daß sie unsere Jugend aufgenommen haben.

Euch, die blühende Jugend dieses Raumes, gebe ich hiermit den Deutschen des Generalgouvernements wieder zurück. Eure Eltern werden Euch mit großer Freude begrüßen und aus Eurer Frische erkennen, daß Euch die großdeutsche Jugend, unser großes deutsches Vaterland mit besonderer Liebe umfaßt hält.

11^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Intendanten Stampe.

15.6.1943

Intendant Stampe berichtet, daß sich in seiner Arbeit die Tatsache äußerst hemmend auswirke, daß er als Intendant Vertragsabschlüsse mit Künstlern immer nur vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung des Generalgouvernements tätigen könne; Künstler und Agenten weigerten sich, auf einer solchen Basis abzuschliessen. Auch bei Höherstufungen bereits engagierter Künstler des Staatstheaters, die er auf Grund ihrer Bewührung mit höheren Gagen wieder verpflichten wolle, ergäben sich die gleichen Schwierigkeiten. Der bisherige Weg - er müsse diese Fälle erst der Hauptabteilung Propaganda, die dann bei den Hauptabteilungen Finanzen und Arbeit die Zustimmung einhole, anmelden - sei deshalb ungangbar.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß das Staatstheater des Generalgouvernements direkt und ausschließlich dem Generalgouverneur unterstehe. Er verfüge daher, daß Intendant Stampe das Recht habe, Vertragsabschlüsse mit Künstlern bis zu einer Höhe von 3o ooo,-- Zloty Jahresgage im Rahmen der ihm übertragenen Verantwortlichkeit zu tätigen. Das Gleiche gelte für die Verlängerung von Verträgen bereits engagierter Künstler, die auf Grund ihrer Leistungen höhergestuft werden sollen.

Zu seinem Vertreter in den Angelegenheiten des Staatstheaters ernenne er Staatssekretär Dr. Boepple. Intendant Stampe habe ihm solche Vertragsabschlüsse vor oder gleich nach dem Abschluß mitzuteilen. Staatssekretär Dr. Boepple solle dann darüber die zuständigen Hauptabteilungen Propaganda, Finanzen und Arbeit verständigen.

15.6.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, diese Neuregelung den zuständigen Hauptabteilungen bekannt zu geben.

Intendant Stampe weist sodann darauf hin, daß das Staatstheater und seine Künstler die Lazarettbetreuung bisher ehrenamtlich durchgeführt hätten. Seit Übernahme der Lazarettbetreuung durch KdF. würden von dieser Seite in zunehmendem Maße bei solchen Veranstaltungen mitwirkende Künstler des Staatstheaters durch Gewährung einer kleinen Gage der Zuständigkeit des Intendanten entzogen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß bei der Aufnahme der Lazarettbetreuung im Generalgouvernement durch KdF. ausdrücklich vereinbart worden sei, daß beim Staatstheater, den Städtischen Theatern, der Philharmonie und allen hochwertigen künstlerischen Veranstaltungen im Institut für Deutsche Ostarbeit die bisherige Regelung beibehalten werden müsse. Das Staatstheater könne also weiterhin eigene Lazarettbetreuung durchführen; er verfüge dies in seiner Eigenschaft sowohl als Generalgouverneur als auch als Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP..

Staatssekretär Dr. Boepple solle dieses Hauptabschnittsleiter Stahl mitteilen.

Intendant Stampe erklärt dann, daß ihm als Intendanten des Staatstheaters der Abschluß von Einzel- oder Ensemblegastspielen im Staatstheater überlassen bleiben müsse; auf diesem Gebiet ergäben sich Schwierigkeiten mit der Hauptabteilung Propaganda.

15.6.1943

Der Herr Generalgouverneur weist energisch darauf hin, daß der Intendant des Staatstheaters als Sonderbevollmächtigter des Generalgouverneurs fungiere und nicht der Hauptabteilung Propaganda unterstehe. Staatssekretär Dr. Boepple solle das dem Theaterreferenten in der Hauptabteilung Propaganda mitteilen und ihn darauf hinweisen, daß Intendant Stampe das Staatstheater des Generalgouvernements im Auftrage des Generalgouverneurs verantwortlich leite. Staatssekretär Dr. Boepple solle dem Intendanten Stampe in allen Fragen des Staatstheaters fördernd und helfend zur Seite stehen.

Für den 13. August, dem Vorabend des Parteitages des Generalgouvernements 1943, wünsche er eine kulturelle Weihestunde, für die ein Gastspielensemble aus dem Reich verpflichtet werden solle.

In diesem Zusammenhang verbietet der Herr Generalgouverneur, daß Werke von Referenten oder Angestellten der Regierung des Generalgouvernements, sei es musikalischer oder literarischer Art, im Staatstheater oder in der Philharmonie vorbereitet oder aufgeführt werden, es sei denn mit seiner ausdrücklichen schriftlichen Genehmigung.

Der Bitte des Intendanten Stampe, ihm nach Erschöpfung der bisherigen Zuwendungen für besondere Zwecke wieder finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, entspricht der Herr Generalgouverneur. Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs solle dafür 10 000,-- Zloty bereitstellen.

15.6.1943

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Staatssekretär Dr. Boepple, in Verbindung mit Präsident Ohlenbusch die Frage der Einberufungen von Mitgliedern des Staatstheaterorchesters in die Hand zu nehmen. Hauptmann Weiß solle mitgeteilt werden, daß er, der Generalgbuverneur, sich beim Führer beschweren werde, wenn nochmals Einberufungen unter den Mitgliedern dieses Orchesters vorgenommen würden.

Auf Fragen des Herrn Generalgouverneurs berichtet Intendant Stampe zum Schluß, daß in diesem Sommer wieder Freilichtaufführungen im Brunnonhof des Ostinstituts geplant seien. - Das Material für eine Pfitzner-Aufführung sei angefordert.

13^{00} F r ü h s t ü c k

14^{35} Besprechung mit dem Intendanten der Philharmonie Haslinde und Fräulein Mikorey.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Mittwoch, den 16. Juni 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Donnerstag, 17.6.1943

12^{15} Besprechung mit NSKK-Obersturmbannführer Diederich.

Der Herr Generalgouverneur dankt Obersturmbannführer Diederich für die langjährigen treuen Dienste der NSKK-Kurierkompanie und erklärt, dass er dem auch sichtbaren Ausdruck verleihen wolle. Zu diesem Zwecke werde er ein Abschiedsessen geben, zu dem ungefähr 20 Vertreter der NSKK-Kurierkompanie hinzugezogen werden sollen; für die Gesamtheit solle in seinem Auftrage ein Kameradschaftsabend veranstaltet werden.

Obersturmbannführer Diederich dankt dem Herrn Generalgouverneur und erklärt, dass er sich mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs deswegen nach beendigtem Einsatz der Kompanie zur Bandenbekämpfung in etwa 6 Wochen in Verbindung setzen werde.

12^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger und Architekten von Palezieux.

12^{35} Besprechung mit Assessor Schulz in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs.

12^{40} Besprechung mit Präsident Lauxmann und Präsident Ohlenbusch.

Präsident Lauxmann berichtet, dass von den gefälschten und von der Widerstandsbewegung in Umlauf gesetzten Briefmarken mit dem Kopf des Generalgouverneurs bisher ungefähr 1100 erfasst worden seien. Man habe alle Massnahmen getrof-

17.6.1943

fen, um die Marken nicht ins Reich gelangen zu lassen; bis jetzt sei auch noch kein Fall des Auftauchens solcher Marken im Reich bekannt geworden. Die Versendung der Briefe mit derartigen Marken werde von der Widerstandsbewegung nach einem bestimmten Plan durchgeführt. Der Wert von 20 Groschen sei gewählt worden in der berechtigten Annahme, dass die Postangestellten die Marke für ein Stück der neuen Serie hielten, da dieser Wert bis jetzt wenig bekannt sei.

Demnächst werde nach Krakau ein Fachmann kommen, um den Ursprung der Marken, der bei der Londoner Druckerei Morrison zu liegen scheine, genau festzustellen. Das Papier sei sehr gut und zur Aufnahme von Geheimschriften geeignet.

Auf Ersuchen des Herrn Generalgouverneurs sagt Präsident Lauxmann die baldige Abgabe eines amtlichen Gutachtens zu.

Präsident Ohlenbusch erklärt, dass der Text dieser Briefe sehr raffiniert gemacht sei und teilweise Formulierungen aufweise, wie sie der Herr Generalgouverneur gebrauche.

Präsident Lauxmann will die Abgabe derartiger Marken zu Informations- oder sonstigen Zwecken genau registrieren lassen, damit sie nicht auf diese Weise in die Öffentlichkeit kämen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, dass er je eine Marke Reichsminister Lammers und Reichsleiter Bormann habe zugehen lassen.

17.6.1943

55 Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Nach einem Bericht des Präsidenten Ohlenbusch über die Vorbereitungen zum diesjährigen Parteitag des Generalgouvernements fordert der Herr Generalgouverneur diesen auf, seinem Theaterreferenten die Anweisung zu geben, sich mehr um die Theater in Warschau und Lublin zu kümmern, statt sich allzusehr in die Belange des Staatstheaters in Krakau einzumischen. In Warschau und in Lublin gingen Klassikeraufführungen in Scene, die infolge unzureichender Kräfte unbefriedigend ausfallen müssten.

Es gehe auch nicht an, dass KdF sich zu sehr in die Angelegenheiten des Staatstheaters einmische. Gerade in diesem Punkt seien bei Aufnahme der Lazarettbetreuung durch KdF besondere Vereinbarungen getroffen worden.

Im Verlaufe der Besprechung wendet sich der Herr Generalgouverneur nach der Erklärung des Präsidenten Ohlenbusch, dass er an der Inspektionsreise der Regierung nach Lemberg nicht teilnehmen könne, weil er zu einer Tagung nach Berlin reisen müsse, gegen diese "Berlinhörigkeit". Eine Inspektionsreise der Regierung des Generalgouvernements müsse für ein Regierungsmitglied Grund genug sein, zu einer Tagung nach Berlin einen Vertreter zu schicken, um selbst an der Regierungsreise teilnehmen zu können.

Präsident Ohlenbusch sagt seine Teilnahme an der Reise zu.

17.6.1943

15^{45} Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr.Boepple und Präsident Dr. Losacker.

16^{00} Kinovorführung im Türkenzelt:"Altes Herz wird wieder jung" und neueste Wochenschau.

22^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Sonderzug auf dem Krakauer Hauptbahnhof.

Warschau

Freitag, den 18.Juni 1943

9^{11} Ankunft des Sonderzuges auf dem Westbahnhof in Warschau
Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs durch Gouverneur Dr.Fischer.

9^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schloß Belvedere

9^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger, Architekt von Palézieux, Schloßhauptmann Liebetrau und Haushofmeister Trabold.

10^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Palais Brühl.

10^{40} A r b e i t s t a g u n g der Distriktsverwaltung im Großen Sitzungssaal des Palais Brühl.

Nach Eröffnung der Sitzung entbietet Gouverneur Dr. Fischer im Namen der Distriktsverwaltung Warschau dem Herrn Generalgouverneur und den Mitgliedern der Regierung anläßlich des diesjährigen Regierungsbesuches den Willkommensgruß des Distrikts Warschau. Er gibt dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung auch in diesem Jahre wie seit dem Polenfeldzug alljährlich dem Distrikt Warschau einen Besuch abstatte. Die bisherigen Regierungsbesuche hätten durchweg in Zeiten stattgefunden, in denen das Generalgouvernement vollkommen befriedet gewesen sei und bereits mit einem Heimatgebiet habe gleichgestellt werden können. Inzwischen hätten sich die Verhältnisse wesentlich geändert: das Generalgouvernement sei jetzt kein befriedetes Heimatgebiet mehr, sondern befinde sich in einer gewissen Krise, die noch nicht überwunden sei, wenn auch in den letzten Tagen eine Besserung festgestellt werden könne.

18.6.1943

Man könne keine großen Rechenschaftsberichte über frühere Aufbauerfolge geben, weil damit die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Thema abgelenkt würde. Aufgabe der Distriktsverwaltung sei es vielmehr, mit aller Deutlichkeit der Regierung einen Einblick in den augenblicklichen Stand der Dinge zu gewähren.

Die Ernsthaftigkeit der Sicherheitslage sei der Regierung durch den Besuch in Radom und Lublin bekannt geworden. Warschau mache keine Ausnahme. Er habe seit langem von allen Ereignissen, die auf eine Verschlechterung der Sicherheitslage hindeuten, Kenntnis gegeben und sich dabei gegen Versuche gewendet, die Dinge zu verkleinern. In einem Bericht vom 24. Mai sei der Regierung auseinandergesetzt worden, worauf die Verhältnisse zurückzuführen seien, wie sich die Lage zur Zeit darstelle und welche Maßnahmen unbedingt getroffen werden müßten, damit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden könnten.

In der Zeit vom 1.Januar bis 31.Mai hätten sich im Gebiet des Distrikts Warschau 1 885 Überfälle ereignet. Das sei nur die Zahl der gemeldeten Überfälle, während die wirkliche Zahl vermutlich erheblich höher liege. Bei den Sabotageakten seien im Distrikt Warschau 178 Personen getötet worden, darunter 86 Deutsche; 247 Personen, darunter 8o Deutsche, seien zumeist schwer verletzt worden. Die Unterstützungsansprüche der Hinterbliebenen seien in befriedigender Weise geregelt worden.

Das Ziel der Banditen gehe offenbar dahin, die deutsche Verwaltungsarbeit lahm zu legen. Aus diesem Grunde würden ständig führende Personen der deutschen Verwaltung ermordet. Die Männer der deutschen Arbeitseinsatzverwaltung und der Kreishauptmannschaften ständen auf besonders gefährdetem Posten. Weiter richteten

sich die Angriffe auch gegen die polnischen Dienststellen der unteren Instanz besonders in der Gemeindeverwaltung. So seien z.B. die im Gebäude der Kreishauptmannschaft Minsk untergebrachten wichtigsten Unterlagen sämtlicher Gemeinden durch Brandstiftung vernichtet worden. In diesen Kreisen seien von 16 Gemeindeverwaltungen nicht weniger als 15 völlig zerstört.

Die Angriffe richteten sich auch gegen den Betrieb der Ernährungswirtschaft, vor allem gegen Molkereien. Nach einem offenbar einheitlichen Sabotageplan seien in einer einzigen Nacht 22 Molkereien in den verschiedenen Kreishauptmannschaften angegriffen worden.

Die deutsche Verwlätung sei zur Zeit nicht mehr völlig Herr der Lage. Es sei ausgeschlossen, den Außendienst der Kreishauptmannschaften in der früheren Form durchzuführen. Das müsse sich naturgemäß im Laufe der Zeit insbesondere im Hinblick auf die Kontingentserfassung verheerend auswirken. Die Erzeugungsschlacht des Jahres 1943 sei aufs äußerste gefährdet, wenn es nicht gelinge, innerhalb der nächsten Wochen dieser Situation Herr zu werden.

Von seiten des Distrikts sei alles nur Mögliche getan worden: deutsche Polizei und Gendarmerie einschließlich des SD hätten in den letzten Monaten höchste Einsatzbereitschaft gezeigt. Die Exekutive sei aber so gering, daß es völlig unmöglich gewesen sei, mit den zur Verfügung stehenden Polizeiorganen eine grundlegende Befriedigung zu erreichen. Die Wehrmacht habe dankenswerter Weise die Maßnahmen der Polizei weitgehend unterstützt. Auch sei die S.A. als Objektschutz eingesetzt worden, so daß wenigstens ein Teil der lebenswichtigsten Betriebe den erforderlichen Schutz genieße.

18.6.1943

Ein Großeinsatz in einzelnen Kreisen habe keinen Erfolg, da sich die Banditen sofort in die Nachbarkreise zurückzögen. Ein wirkungsvoller Schutz könne nur gewährt werden, wenn in jeder Kreishauptmannschaft eine Polizeiformation vorhanden sei, die ständig für die systematische Bekämpfung der Banden zur Verfügung stehe. Von einem motorisierten Polizeiregiment seien bis jetzt 2 Bataillone eingetroffen, und man dürfe hoffen, daß in den nächsten Wochen mit diesen neuen Kräften sich eine positive Entwicklung anbahne.

Er sei allen denen, die eine Katastrophenstimmung aufkommen lassen wollten, bisher immer aufs schärfste entgegengetreten. Er sehe der Entwicklung nach wie vor in völliger Ruhe entgegen und habe das Vertrauen, daß das von der deutschen Polizei gegebene Versprechen, in den nächsten Wochen die Lage restlos umzuwandeln, beim Einsatz aller Kräfte in Erfüllung gehen werde.

Es müsse nun alles geschehen, damit die Verwaltung einheitlich ausgerichtet werde. Dazu bedürfe es der Herstellung einer einheitlichen Befehlsgewalt, und weiter sei es dringend erforderlich, daß der Grundsatz der Einheit der Verwaltung nicht noch weiter eingeschränkt werde, was leider auf manchen Gebieten zu beobachten gewesen sei. Er erwähne in diesem Zusammenhang nur den Versuch des Rüstungsinspekteurs, durch Anweisungen an die Rüstungskommandos bestehende staatliche Anordnungen zu umgehen, - weiter die Kompetenzkonflikte auf dem Gebiete der Verwaltung und Polizei, die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und der Distriktsverwaltung über die Verwertung des ~~üblichen~~ jüdischen Vermögens und endlich die völlige Herauslösung der technischen Verwaltung aus der Distriktsverwaltung. Er bitte die Regierung, diesen Dingen ihre erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Herstellung einer einheitlichen Befehls-

gewalt, die sich früher ausgezeichnet bewährt habe, sei ein dringendes Erfordernis auf dem Gebiete der Verwaltung.

Die Mittelinstanz habe sich bemüht, trotz allem den Grundsatz der Einheit der Verwaltung aufrecht zu erhalten. Wenn zuweilen Anweisungen der Regierung oder anderer Stellen wie des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen nicht oder nur zum Teil durchgeführt worden seien, so habe das einfach an der Unmöglichkeit gelegen, diese Anordnungen durchzuführen, oder es sei aus dem Gesichtspunkt der Wahrung der deutschen Autorität gegenüber der polnischen Bevölkerung geschehen. Die Mittelinstanz habe eben immer das Bestreben gehabt, die kriegswichtigen Aufgaben zu erfüllen.

Warschau habe außerordentliche Rückschläge erlitten, die Stadt sei schwer beschädigt worden und habe vor allem ihren Charakter als Hauptstadt des ehemaligen polnischen Raumes verloren. Der Nimbus, der früher Warschau als Metropole der polnischen Republik umgab, habe dieser Stadt genommen werden müssen, und von der Distriktsverwaltung sei auch diese politische Weisung stets befolgt worden. Es gehe aber nicht an, diese Stellung gegenüber Warschau auch jetzt noch während des Krieges so genau durchzuführen, daß die Interessen des Reiches darunter litten. Heute müsse alles unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, wie alle Möglichkeiten dieses Raumes den Kriegsnotwendigkeiten des Reiches dienstbar gemacht werden könnten. Der Warschauer Raum biete soviele Möglichkeiten, daß es falsch wäre, sie nicht voll auszunützen. Warschau habe über 50 % der Steuern aufgebracht, es habe ein Steueraufkommen von 469 Millionen Zloty. Eine große Bedeutung komme der Stadt Warschau als Sitz einer umfangreichen Rüstungsindustrie zu, so hinsichtlich der Fertigung von Panzern in den Ursus-Werken, von Waffenteilen, optischen Geräten, Werkzeugmaschinen usw.. Auch viele polnische Firmen

seien als Unterlieferanten in den Produktionsgang eingeschaltet. In den Rüstungswerken seien 65 ooo Arbeiter beschäftigt. Der Auftragsbestand sei vom Oktober 1939 mit 9,9 Millionen Reichsmark auf 2o5 Mill.Reichsm. im Jahre 1942 gestiegen und belaufe sich zur Zeit auf 24o Mill.Reichsm.. Die Möglichkeiten einer weiteren Verlagerung von Industriebetrieben in die Stadt Warschau sei zu bejahen.

Der Bevölkerungsverlust in der Stadt Warschau sei auf etwa 1 Million zu berechnen. Die Bevölkerungszahl könne noch weiter verringert werden, vor allem auch im Hinblick auf den völligen Abbau des Ghettos. Ein Bauverbot wäre verfehlt, da es sich um Rüstungsaufgaben des Reiches handle. Zudem würden beim Abbruch des Ghettos gewaltige Mengen von Steinen und Eisen gewonnen werden. Beachtet werden müßten auch die Verkehrsmöglichkeiten im Distrikt Warschau im Hinblick auf die Rüstungsindustrie. Mit einer Industrieverlagerung nach der Stadt Warschau greife man der Entscheidung des Führers über die Stadt nicht vor.

Warschau habe auch auf dem Gebiete der Arbeitervermittlung und Arbeitererfassung für das Reich wesentliches geleistet. Bis 31.Mai 1943 seien im Distrikt Warschau 166 655 Arbeiter ins Reich vermittelt worden. Dazu kämen noch 46 394 Arbeiter, die für das Generalgouvernement von Warschau aus vermittelt worden seien. In Warschau gebe es 3oo ooo Sozialversicherte. Die Arbeitseinsatzverwaltung verdiene für ihre hervorragende Arbeit alle Anerkennung, umso mehr, da sie auf einem der schwierigsten Posten stehe. Acht führende Männer dieser Verwaltung hätten ihr Leben hingeben müssen. Nachdem noch in den ersten Monaten ds.Jrs. über 27 ooo Arbeiter ins Reich hätten vermittelt werden können, sei

nunmehr ein weiterer Abzug vor allem im Hinblick auf die Bestellung und Ablieferung der Ernte nicht mehr möglich.

Was die Ernährungswirtschaft angehe, so müsse berücksichtigt werden, daß der Distrikt Warschau die schlechtesten Böden des gesamten Generalgouvernements habe. Auch sei die landwirtschaftliche Nutzfläche des Distrikts sehr gering. 46,1 % aller Betriebe seien Zwergbetriebe, nur o,8 % hätten eine Größe von über 5o Hektar. Der polnische Bauer habe die ihm auferlegten Pflichten loyal erfüllt, wie die großen Leistungen auf dem Ernährungssektor zeigten. Im Distrikt Warschau seien erfaßt worden an

Kartoffeln		
194o/41	88 543	to
1941/42	2oo 538	"
1942/43	383 519	"
Brotgetreide		
194o/41	55 ooo	"
1941/42	85 ooo	"
1942/43	115 876	"
Futtergetreide		
194o/41	16 o78	"
1941/42	23 777	"
1942/43	41 623	"
Milch		
194o/41	16,3 Mill.	Liter
1941/42	47,8 "	"
1942/43	62,8 "	"

18.6.1943

Eiern

1940/41	12,5 Mill.
1941/42	27,2 "
1942/43	29,1 "

Auf allen Gebieten zeige sich also ein systematisches Ansteigen, das auch noch im Jahre 1942 angehalten habe, trotzdem sich in diesem Jahr bereits die Verhältnisse außerordentlich verschlechtert hätten.

In den vergangenen Jahren sei alles getan worden, damit den Forderungen der Regierung im Hinblick auf die Kontingenterfassung entsprochen werde, obwohl das Kontingent als ungerechtfertigt w habe angesehen werden müssen. Hier handle es sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Anläßlich einer Rundreise durch den Distrikt Warschau habe er in den Kreishauptmannschaften mit Vertretern der polnischen Bevölkerung über die Kontingentsaufbringung gesprochen. Überall habe er erklärt, daß bei völliger Erfüllung der Kontingente weitere Forderungen an die Landbevölkerung nicht gestellt würden, und gerade diese bindende Zusage habe sehr dazu beigetragen, daß der polnische Bauer seine Pflicht erfülle. Trotzdem sei nun das Kontingent nochmals erhöht worden. Für das Ansehen der deutschen Verwaltung sei es abträglich, wenn feierliche Erklärungen nicht eingehalten würden. Er bitte deshalb dringend, nicht wieder erneute Forderungen zu stellen. Das für 1943/44 geforderte Kontingent könne unmöglich eingehalten werden, umso weniger, da es kaum möglich gewesen sei, das vorjährige Kontingent überhaupt zu erfüllen. Es sei zu bedauern, daß die Abteilungen Ernährung und Landwirtschaft wohl aus einer gewissen Prestigepolitik heraus Zahlen festsetzten, deren Erfüllung jeder Fachmann für unmöglich halte. Gleichwohl werde der Distrikt Warschau versuchen, aus dem Lande möglichst große Mengen herauszuholen.

18.6.1943

Auch auf allen übrigen Gebieten der Verwaltung seien vorbildliche Leistungen zu verzeichnen, so bei den Abteilungen Gesundheitswesen, Forsten, Schulwesen. In den nachfolgenden Referaten werde ein Überblick über ihre Arbeit gegeben werden.

Auf dem Gebiete der kulturellen Betreuung der Deutschen in Warschau spiele vor allem das Theater der Stadt Warschau eine besondere Rolle. Die Stadt Warschau habe trotz gegebener Versprechungen nie einen Zuschuß erhalten. Für das vorige Jahr habe zwar die Abteilung Propaganda einen Zuschuß von 5oo ooo Zl. bewilligt, aber unter völlig untragbaren Bedingungen. Es gehe nicht an, daß sich die Hauptabteilung Propaganda in die inneren Angelegenheiten eines Theaters einmische. Selbstverständlich müsse sich das Theater nach den finanziellen Möglichkeiten der Stadt richten und eine sparsame Wirtschaft treiben, aber im Vordergrund müsse imær die Kulturarbeit stehen.

Der Kulturring der Deutschen habe sich die Aufgabe gestellt, Soldaten und Verwundete, daneben auch Volksdeutsche kulturell zu betreuen. Dieses Bestreben, das vom höchsten Opfersinn getragen sei, dürfe nicht durch bürokratische Zuständigkeitsneigungen eingeschränkt werden.

Abschließend könne er versichern, daß alle Deutschen des Distrikts Warschau, insbesondere aber die in der Verwaltung tätigen Männer und Frauen treu hinter dem Generalgouverneur und der Regierung stünden und ihr Bestes hergäben, um die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Das Reich habe erkannt, daß die bisherige Polenpolitik ein Ende haben müsse. Für alle, die im Distrikt Warschau tätig seien, sei es eine grosse Genugtuung, daß die hierüber gegebenen Richtlinien sich als richtig herausgestellt hätten. Die deutsche

18.6.1943

Zivilverwaltung habe es deshalb nicht notwendig, ihre Politik gegenüber den Polen auch nur im geringsten zu ändern. Diese Feststellung sei umso wichtiger, als einige Beobachtungen gezeigt hätten, daß man teilweise zu sehr geneigt sei, das Pendel nach der anderen Seite ausschlagen zu lassen: manche Deutsche versuchten, sich bei den Polen anzubiedern, auch zeigten deutsche Behörden manchmal eine zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Polen. Diese Nachgiebigkeit würde von den Polen nur als Schwäche ausgelegt. Der katastrophale Rückgang der Ablieferung von Milch und Eiern in der letzten Zeit zeige auch schon, wie die Polen darauf reagierten. Was der Pole brauche, sei vor allem eine bessere Ernährung und das Gefühl einer gewissen Rechtssicherheit.

Es folgen nunmehr die
Referate.+)

Es referieren:

SS- und Polizeiführer SS-Brigadeführer Stroop über die

Sicherheitslage im Distrikt Warschau

Vizegouverneur Dr. Hummel über die
Verwaltungsarbeit im Distrikt Warschau

Kreishauptmann Schramm-Sokolow über die
Verhältnisse in den Kreisen östlich der Weichsel und im Kreise Sokolow

+) Die Referate liegen im Manuskript vor.

18.6.1943

Kreishauptmann Dr. Scheu-Sochaczew über die Verhältnisse in den Westkreisen, besonders im Kreise Sochaczew.

13^{20} Die Beratungen werden abgebrochen.

13^{30} M i t t a g e s s e n im Bankettsaal des Deutschen Hauses auf Einladung des Gouverneurs Dr. Fischer.

14^{50} Fortsetzung der Arbeitstagung.

Es referieren:

Stadthauptmann von Warschau S.A-Brigadeführer Leist über die Wirtschaftliche, soziale und finanzielle Lage der Stadt Warschau

Abteilungsleiter Dr. Kreker über die Lage auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft

Regierungsdirektor Mannherz über die Arbeitseinsatzlage

Landforstmeister Küchler über die Forst- und Holzwirtschaft im Distrikt Warschau

Medizinalrat Dr. Jüngst über das Gesundheitswesen

Oberregierungsrat Dr. Gruschinske über Aufbau und Entwicklung der Schulen

Oberlandesgerichtsrat Dr. von Hinüber über Deutsche und polnische Gerichtsbarkeit

18.6.1943

Oberbereichsleiter Monses über die Arbeit der Abteilung Propaganda

Im Anschluß an die Referate ergreift zunächst der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung Gouverneur Dr. Losacker das Wort. Er führt aus: Heute sei die Frage aufgeworfen worden, ob es überhaupt zweckmäßig gewesen sei, eine Verwaltungsvereinfachung in diesem Zeitpunkt vorzunehmen. Hätte der Herr Generalgouverneur den Auftrag zur Durchführung der Verwaltungsvereinfachung im Februar nicht erteilt, dann wäre es wahrscheinlich nicht möglich gewesen, die außergewöhnlichen Abzüge von Personal aufzufangen und den Betrieb der Verwaltung reibungslos weiterzuführen. Im Februar 1943 seien allein 1 243 Beamte und Angestellte aus der Verwaltung des Generalgouvernements zur Wehrmacht einberufen worden. Die dadurch eintretenden Lücken hätten unbedingt durch entsprechende organisatorische Maßnahmen geschlossen werden müssen. So habe man in Verfolg der starken Einziehungen zur Wehrmacht daran gedacht, eine Neueinteilung der Distrikte vorzunehmen. Diese Neueinteilung hätte zweifellos zunächst einmal eine große Beunruhigung hervorgerufen. Mit dem Anwachsen der Unsicherheit im Generalgouvernement und andererseits mit der Aussicht, bei dem Sonderbeauftragten des Führers General von Unruh eine in der Zwischenzeit aufgestellte u.k.-Schutzliste durchzusetzen, sei die Neueinteilung der Distrikte aber heute nicht mehr so akut wie damals. Angesichts der heutigen politischen Situation könne auch die Räumung einer Außenposition nicht verantwortet werden. Deshalb müßten auch unter den gleichen Gesichtspunkten z.B. die Maßnahmen der Zusammenlegung von Landgemeinden betrachtet werden. Dort, wo das ohne jede Schwierigkeit durchzuführen sei, könne es der Kreishauptmann

18.6.1943

verantworten. Als Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung könne er es aber z.Zt. nicht auf sich nehmen, ein bindendes Gebot aufzustellen. Denn hier müßten psychologische und praktische Schwierigkeiten, die der Durchführung solcher doch recht tiefgehenden Maßnahmen im Wege ständen, beachtet werden.

Bei der einheimischen Bevölkerung dürfe unter keinen Umständen der Eindruck entstehen, als wolle sich die deutsche Verwaltung von der Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung zurückziehen. Hier könne er nur das unterstreichen, was Kreishauptmann Gramss gesagt habe: eine volksnahe Verwaltung, also eine Verwaltung, die auch sehr stark Außenpositionen wie insbesondere Landkommissariate habe, müsse weiter bestehen bleiben; denn eine andere Haltung könnte nur als ein Zurückweichen der deutschen Autorität vor der polnischen Bevölkerung verstanden werden. Gerade unter dem Eindruck der heutigen Sitzung könne es wohl verantwortet werden, daß nochmals an General von Unruh mit dem Ersuchen herangetreten werde, die Kontinuität der Verwaltung des Generalgouvernements nicht dadurch zu stören, daß immer wieder weitere Kräfte abgezogen würden. Angesichts der Schwierigkeit der Verhältnisse insbesondere bei der Außenfront könne es nicht verantwortet werden, weitere, wenn auch sehr spannkräftige und k.v.-mäßige Männer der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Bei der heutigen Sicherheitslage, bei der auch die Verwaltungsfront eine wirkliche Kriegsfront darstelle, würde das einen Rückschlag bedeuten, der vom Standpunkt der Regierung aus kaum verantwortet werden könne.

Die heutige Beratung habe ein Bild vermittelt, aus dem sich ergebe, daß man sich tatsächlich in einem Ausnahmezustand der Verwaltung befinde. Der Herr

18.6.1943

Generalgouverneur habe in der Sitzung vom 31.Mai ds. Jrs. in Anwesenheit hoher Vertreter des Reiches gerade auf diesen Ausnahmezustand hingewiesen. Es gälte nun, dafür zu sorgen, daß dieser Ausnahmezustand durch elastische Methoden und durch Erteilung von Großvollmachten an die Kreishauptmänner in der Verwaltungsfront gemeistert werde. Man könne wohl den Kreishauptmännern das Vertrauen entgegenbringen, daß sie, wenn ihnen nur das Ziel genannt werde, den richtigen Weg für die Durchführung der notwendigen Aufträge finden würden. Ohne ein gewisses Improvisieren, ohne eine stärkere Dezentralisation und ohne Befreiung von bürokratischen Hemmnissen sei eine Situation wie die gegenwärtige nicht mehr zu bewältigen.

Was die ihn als Beauftragten für den kriegsmäßigen Verwaltungsausbau besonders interessierende Frage der Eingliederung von Arbeits- und Sonderverwaltungen angehe, so sei es vom Standpunkte der Kreishauptmänner zu verstehen, daß ein verstärkerter Einfluß des Kreishauptmannes auf diese Verwaltungen, insbesondere auf die Arbeitsverwaltung Platz greife. Wieweit sich dieses bereits in Angriff genommene Projekt durchführen lasse, werde sich im Laufe der Verhandlungen herausstellen. Ein gemeinschaftlicher Vorschlag werde dann dem Herrn Generalgouverneur unterbreitet werden.

Dauernde Sorge mache der Hauptabteilung Innere Verwaltung die Frage der Verzögerten Beförderung von durch die Verwaltung vorgeschlagenen Beamten seitens der Berliner Zentralstellen. Man habe, trotzdem die Beförderungsangelegenheiten auch durch das Personalamt der Regierung sehr rasch behandelt würden, immer wieder feststellen müssen, daß die Fachministerien weit schneller arbeiteten als die Personalabteilung im Reichsinnenministerium. Er werde demnächst eine

18.6.1943

Besprechung
/mit Ministerialdirektor von Wilms haben und hoffe, daß dann ein beschleunigteres Verfahren Platz greifen werde.

Schwierigkeiten ergäben sich auch bei der Einbürgerung von Volksdeutschen, für die ein Büro in der Hauptabteilung eingerichtet sei. Die Schwierigkeit bestehe darin, daß sich durch Einschaltung der volksdeutschen Mittelstelle, die stark unter Personalabzug zu leiden habe und in jedem Fall gehört werden müsse, die Stellungnahme verzögere und die sofortige Behandlung der Angelegenheit Schaden leide. Nach der Stellungnahme der volksdeutschen Mittelstelle müßten erst noch polizeiliche Ermittlungen darüber gepflogen werden, ob der Personalstand des Einzubürgernden noch richtig sei, ob er sich in der Zwischenzeit verheiratet habe usw.. Das mit der volksdeutschen Mittelstelle vereinbarte Verfahren verspreche eine Beschleunigung.

Was die Frage der Polizeidirektionen angehe, so habe es unter keinen Umständen den Distrikten erspart bleiben können, die Schwierigkeiten zu ermessen und selbst festzustellen, die manchmal auch auf die Regierung hereinbrächen. Die Frage des Weiterbestehens der Polizeidirektionen, die Frage, ob eine staatliche Polizeiverwaltung bei einigen Polizeidirektionen Platz greifen oder ob die Polizeidirektionen im Rahmen der Stadthauptmannschaften organisiert werden sollten, sei z.Zt. Gegenstand von Erörterungen, die auch mit dem Reichsinnenministerium gepflogen würden. Die Frage dürfte in wenigen Wochen nach abschließenden Besprechungen mit Staatssekretär Stuckardt, wahrscheinlich auch mit dem Reichsführer SS und nach Vortrag beim Herrn Generalgouverneur ihre Erledigung finden.

18.6.1943

Der Grundsatz der Einheit der Verwaltung könne in Zeiten wie den gegenwärtigen, da der Bolschewismus sein Banditengesicht vor allem auch im Distrikt Warschau zeige, gar nicht stark genug betont werden. Wenn eine einheitliche Führung in der Kreisebene nicht vorhanden sei, bestehe sonst die Gefahr, daß der indifferente Teil des polnischen Volkes, der bisher die weit überwiegende Mehrheit gewesen sei, angesichts der Aktivität der Banditen in das gegnerische Lager überzugehen beginne, einzig und allein aus der Erwägung heraus, daß die ihm durch die Banditen entstehenden Nachteile höher zu veranschlagen seien als die Nachteile, die sie hätten, wenn sie sich um die politischen Angelegenheiten nicht kümmerten. Die Notwendigkeit, daß ein engmaschiges Netz der Sicherheit über das gesamte Generalgouvernement gespannt werde, sei auch bei der Sicherheitsbesprechung anerkannt worden. Im Einzelfalle sei es auch zu verantworten, wenn dieses Sicherheitsnetz gespannt sei, Landwachten aus besonders zuverlässigen Leuten, die ihr Kontingent ordentlich abgeliefert hätten, zu bilden, sie zu bewaffnen und unter den Schutz einiger deutscher Polizeibeamter zu stellen.

Nach einer ihm gewordenen Meldung aus dem Distrikt Warschau sei in einigen, insbesondere westlichen Kreishauptmannschaften vom Kreishauptmann der Befehl herausgegeben und veröffentlicht worden, daß von einer bestimmten Stunde der Nacht an auf jeden, der sich auf der Straße befinde, das Feuer eröffnet werde. Diese Bekanntmachung habe zunächst in Krakau beim Höheren SS- und Polizeiführer keinen Anklang gefunden, habe sich aber in der Tat als ganz besonders dringlich herausgestellt. Der Eindruck bei der Bevölkerung, daß am Tage die deutsche Polizei und in der Nacht die Banditen die Exekutive ausübten, werde damit beseitigt, und es

habe schon festgestellt werden können, daß diese Anordnung als richtig anzuerkennen sei.

Als ehemaliger Kreishauptmann müsse er sich zu der Auffassung bekennen, daß man den Kreishauptmännern lediglich das Ziel zu nehhen habe und es ihnen angesichts der heutigen Verhältnisse überlassen müsse, den Weg, der zu diesem Ziele führe, selber ausfindig zu machen.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß die Abstriche, die bei einzelnen Ansätzen im Haushalt vorgenommen worden seien, soweit sie die Kreishauptmannschaften beträfen, im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Innere Verwaltung gemacht worden seien. Bei der großen Anzahl von Kreishauptmannschaften wisse er selber nicht darüber Bescheid, was im einen oder anderen Falle geschehen sei. Es habe sich aber herausgestellt, daß vielfach Beschaffungstitel und Kapitel, die einmalige Beschaffungen zum Inhalt hatten, auch dann, wenn sie schon längst hätten erledigt sein müssen, immer noch in derselben oder einer noch größeren Höhe aufrecht erhalten worden seien. Das beziehe sich im besonderen, ohne daß ein bestimmter Kreishauptmann genannt werden solle, auf die Mittel, die für die Anschaffung von Einrichtungen für Beamte angefordert würden. An den Ergebnissen der bisher abgelaufenen Jahre habe man bei einzelnen Distrikten festgestellt, daß die Zahl der Wohnungseinrichtungen, die beschafft worden seien, bereits größer sei als die Zahl sämtlicher Beamten und Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts, die bei den Distriktsbehörden gemeldet seien. Er habe demgegenüber Anforderungen von einer oder einer halben Million Zloty für die Beschaffung weiterer Ausstattungseinrichtungen bis zu dem Nachweis zurückstellen müssen, was bisher mit dem Gelde gemacht worden sei. Ähnlich

sei es auch in verschiedenen anderen Fällen gewesen.

Man habe jetzt einen Überblick über den Haushalt 1943 gewonnen, der zwar vom Herrn Generalgouverneur noch nicht genehmigt sei. Er könne aber sagen, daß die Hauptabteilung Finanzen nicht nur nichts abstrichen habe, sondern daß die Mehrausgaben des Zivilsektors, abgerechnet Wehrbeitrag und Polizeibeitrag, um 4o % gegenüber dem Vorjahr höher angesetzt seien, darunter die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft allein mit 162 Millionen Zloty Plus. Da die Einnahmen sich nach wie vor günstig gestalteten, sei es ohne weiteres möglich, berechtigte Anforderungen zu befriedigen. Die für die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft angeführte Ziffer und die Gesamtsteigerung um 4o % bewiesen, daß die Finanzverwaltung tatsächlich berechtigten Forderungen zu genügen bemüht sei.

Präsident Wille führt aus, daß sich der Justizabteilungsleiter des Distrikts Warschau vor kurzem wegen einer Forderung an ihn gewendet habe, die auch von Kreishauptmann Gramß-Skokolow ganz allgemein für die Deutschen erhoben worden sei, nämlich dafür zu sorgen, daß die im Distrikt tätigen Deutschen bewaffnet werden könnten. Besonders geltend gemacht worden sei diese Forderung für die bei Strafsachen beschäftigten Richter und Staatsanwälte des Sondergerichts.

Im Zusammenhang damit stehe die Frage der Sicherung der Strafanstalten im Generalgouvernement. Er habe über diese Frage mit dem Höheren SS- und Polizeiführer gesprochen, und dieser habe auch an die SS- und Polizeiführer eine Verfügung gerichtet, in der sie aufforderer, soweit möglich, den Anforderungen der Justizabteilungsleiter bei den Distrikten Rechnung zu tragen, daß diese isolierten Anstalten mit schweren Waffen versehen werden möchten. Die Anstaltsleiter hätten ihm gesagt, sie könnten die Sicherheit der Anstalten gegen Angriffe von innen garantieren. Nach allem, was man heute

gehört habe, sei klar, daß andererseits die Sicherheit der Anstalten gegen Angriffe von außen, die von größeren Banden geführt würden, nicht gewährleistet sei. Denn die wenigen deutschen Aufsichtsbeamten, seien nicht in der Lage, mit ihren Handfeuerwaffen entsprechenden Widerstand zu leisten. Nach den Berichten, die er erhalten habe, hätten sich im allgemeinen die SS- und Polizeiführer außerstande erklärt, schwere Waffen zur Verfügung zu stellen. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei habe ihm ebenfalls mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, Waffen abzugeben, und habe ihm empfohlen, sich dieserhalb mit der Wehrmacht in Verbindung zu setzen.

Präsident Naumann nimmt zunächst zu der Frage einer Erhöhung der Rationssätze der nichtdeutschen Verbraucherschaft Stellung. Diese Tatsache sei der Hauptabteilung E.u.L. schon vom ersten Tage der Aufnahme ihrer Arbeit bekannt, und das Ziel habe auch schon vom ersten Tage bestanden: bereits im Jahre 1941 sollten die Rationssätze für die nichtdeutsche Verbraucherschaft erhöht werden. Man habe auch damals versucht, die Brotrationen von 1 o5o gr auf 1 4oo gr zu erhöhen. Leider sei dieser Versuch wegen der großen Schäden, die die damalige Aufmarschzeit für die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements mit sich gebracht habe, mißglückt: die Erhöhung habe nur wenige Monate durchgehalten werden können. Das gleiche gelte für das 4-te Kriegswirtschaftsjahr: auch hier habe infolge der bekannten Reichsleistungen, die bei Getriede das 18-fache der Lieferungen des Jahres 1941 ausmachten, das Ziel nicht erreicht werden können.

18.6.1943

Für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr 1943/44 werde nunmehr diese Erhöhung bei Brot, Kartoffeln, etwas geringer bei Fleisch, Zucker und Fett durchgeführt. Das bedeute, daß allein auf dem Sektor Brotgetreide insgesamt 55o ooo to mehr in die Hand der Regierung gebracht werden müßten. Das Reich habe nach langen Verhandlungen auf einen Teil der Forderungen des Jahres 1942 verzichtet. 4oo ooo to aber müßten mehr aus der Ernte 1943 erfaßt werden als aus der Ernte 1942. Diese 4oo ooo to müßten dann auf die 5 Distrikte unterverteilt werden.

Anhand des Beispiels Warschau könne er zeigen, wie besonders günstig dieser Distrikt hierbei bedacht worden sei. Im vorigen Jahre habe der Distrikt Warschau das Kontingent auferlegt erhalten, aus der Ernte 1942 aufzubringen: 137 ooo to Brotgetreide, 37 5oo to Futtergetreide und 18 ooo to Metze, zusammen 193 ooo to. In diesem Jahre werde dem Distrikt Warschau ein Kontingent von 19o ooo to, also 3 ooo to weniger auferlegt. Wenn man berücksichtige, daß das gesamte Generalgouvernement 4oo ooo to mehr aufbringen müsse, der Distrikt Warschau aber 3 ooo to weniger, dann sei daraus zu erkennen, wie günstig der Distrikt Warschau bei der Kontingentsverteilung davon gekommen sei. Die Metze sei in diesem Jahre aus Gründen der Arbeitserleichterung nicht erhoben, sondern in das Gesamtkontingent hineingebaut worden. Im übrigen habe der Distrikt Warschau im vorigen Jahre von den 193 ooo to auch nur 175 ooo to aufgebracht. Der Distrikt Warschau argumentiere nun so, daß demgegenüber das Kontingent um 15 ooo to erhöht wäre.

18.6.1943

Die Unterverteilung werde nicht willkürlich durchgeführt, sondern ihr gingen Berechnungen aller Art z.B. über die Flächen und die Zahl der Selbstversorger voraus. Selbstverständlich lägen diese Kontingentzahle und die Ziele, die man sich auch auf anderen Gebieten gesteckt habe, sehr hoch. Wenn aber die Neuregelung der Ernährung ab September 1943 durchgeführt werden solle, müßten auch die entsprechenden Mehrmengen aufgebracht werden und in die Hand der Regierung kommen, da sie sonst nicht verteilt werden könnten.

Von entscheidender Bedeutung sei die völlige Wiederherstellung der Sicherheit. Daß die jetzige Lage nicht allein der Ausfluß einer zu schlechten Ernährung für die Stadtbevölkerung sei, sondern auch andere Maßnahmen einen entscheidenden Anteil an dieser Unsicherheitslage hätten, sei selbstverständlich. So habe die Umsiedlung im Kreise Zamosc große Unruhe in die Landbevölkerung gebracht. In den letzten Tagen seien ihm wieder Flugzettel in die Hand gekommen, mit denen sich die polnische Widerstandsbewegung in geschickter Weise an die polnische Landbevölkerung wende und auf die Ereignisse in Zamosc Bezug genommen werde.

Er richte die dringende Bitte an Kreishauptmann Gramß, in der Nennung von Zahlen wie z.B. der 8 ooo Schweineschwarzschlachtungen sehr vorsichtig zu sein. Man könne nicht einerseits sagen, daß ein Kreis unter keinen Umständen das Kontingent erfüllen könne, und andererseits davon sprechen, daß 8 ooo Schweine schwarzgeschlachtet würden. Solche Behauptungen lösten auch bei Verhandlungen mit Berliner Reichsstellen eine sehr schlechte Wirkung aus. Nach langen Verhandlungen sei

es der Hauptabteilung gelungen, das Märchen von der Beiluft im Generalgouvernement zu zerschlagen. Wenn jetzt aber wieder behauptet werde, daß in einem Kreise 8 ooo Schweine schwarzgeschlachtet würden, dann werde das Märchen von der Beiluft im Generalgouvernement sofort wieder auftauchen, und man werde wieder mühevolle Verhandlungen haben, um dieses Märchen bei den Berliner Reichsstellen zu zerstören.

Sehr interessant sei die Feststellung des Medizinalrats Dr. Jüngst, daß der Gesundheitszustand der polnischen Landbevölkerung doch immerhin als einigermaßen normal anzusprechen sei. Das bedeute, daß die Kontingente noch kein überdurchschnittliches Maß erreicht hätten. Er könne die Belange der polnischen Bevölkerung nicht in soweit vertreten, daß sie sich auch noch im vierten oder fünften Kriegsjahre vollkommen satt essen dürfte, während die deutsche Bevölkerung nicht genug zu essen habe. Solange der gegenwärtige Gesundheitszustand vorhanden sei, müsse man auch mit der Erfassungsschraube weitergehen.

Präsident Eichholz nimmt zu einigen Ausführungen des Abteilungsleiters Dr.Gruschinske Stellung. Die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht denke nicht an einen Abbau des polnischen Schulwesens überhaupt, sondern lediglich an einen Abbau des etwas überdimensionierten polnischen Berufsschulwesens, vor allem der polnischen Handelsschulen. Im Zusammenhang mit der Auflösung der polnischen höheren Schulen sei ein großer Zuzug zu den polnischen Handelsschulen festzustellen, der wesentlich größer sei als der tatsächliche Bedarf an solchen Kräften. Daher habe man mit der Hauptabteilung Arbeit in Verhandlungen ein genaues Kontingent der zu erfassenden Schulen festgesetzt und sei nun im Begriff, die Zahl dieser Handelsschulen auf den tatsächlichen Bedarf herunterzudrücken. Bisher habe die Schülerzahl der polnischen Handelsschulen des Generalgouvernements ungefähr 2o ooo betragen, während der

tatsächliche Bedarf sich auf etwa 8 ooo belaufe.

Durch die Einführung der Lernmittelfreiheit sei nun auch Sorge getragen, daß die Lehrbücher, über deren Mangel Dr.Gruschinske geklagt habe, im nächsten Schuljahr allen Distrikten gleichmäßig zur Verfügung gestellt würden, und zwar in dem Maße, wie sie hergestellt werden könnten, wobei allerdings berücksichtigt werden müsse, daß heute auch das ganze Reich unter dem Lehrbuchmittel-Mangel leide.

Was die Werkzeugmaschinen für Handwerkerschulen betreffe, so stehe man mit der Hauptabteilung Wirtschaft in Verhandlung darüber, ob gegebenenfalls aus stillgelegten Betrieben solche Maschinen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Präsident Ohlenbusch nimmt zunächst zu den Ausführungen des Gouverneurs Dr.Fischer über die Frage des Theaters der Stadt Warschau Stellung. Er sei bei den Verhandlungen mit Stadthauptmann Leist persönlich zugegen gewesen. Es habe sich um einen Zuschuß von 5oo ooo Zloty für das Warschauer gehandelt. Entgegen der schematischen Handhabung dieser Angelegenheit durch die Abteilung "Verwaltung" habe er der Stadt Warschau diese 5oo ooo Zloty nicht nur zugesprochen, sondern auch übergeben. Er müsse es geradezu als ein Unikum ansehen, wenn er kurz darauf von seiner Abteilung "Verwaltung" ein Schriftstück der Stadtverwaltung Warschau vorgelegt erhalte, in welchem ihm mitgeteilt werde, daß diese von der Hauptabteilung Propaganda zur Verfügung gestellten 5oo ooo Zloty für das Warschauer Theater nicht benötigt würden; denn es habe sich herausgestellt, daß der Etat des Theaters auch ohne diesen Zuschuß von 5oo ooo Zl. balanciere. Die Bestrebung,

18.6.1943

das polnische Theater aus dem deutschen Theaterwesen herauszulösen, sei insofern zutreffend, als er es kulturpolitisch nicht für wünschenswert halte, daß ein deutsches Theater in Warschau auf Kosten des polnischen Theaters kulturell tätig sei; er stehe auf dem Standpunkt, daß die Regierung des Generalgouvernements Mittel genug besitze, um aus eigener Kraft ein solches Theater unterhalten zu können. Weiter sei über diese Dinge nicht gesprochen worden. Die Verhältnisse in Warschau müßten es einfach beim alten bewenden lassen, weil geeignete Räume für ein polnisches Theater nicht vorhanden seien.

Die Äußerung des Kreishauptmanns Gramß, daß die illegale Propaganda besser sei als die deutsche, wolle er nur als Schlagwort werten und ihr auch insofern eine Bedeutung beimessen, als ja Schlagwörter ihre propagandistische Auswirkung meistens nicht verfehlten. Aber was wirklich an dieser Äußerung richtig oder nicht richtig sei, dürfte wohl nur von ihm, Präsident Ohlenbusch, beurteilt werden können. Er glaube nicht, daß Kreishauptmann Gramß das gesamte illegale polnische Propagandamaterial und außerdem auch das gesamte deutsche Propagandamaterial im Besitz habe. Für diese Behauptung fehlten somit dem Kreishauptmann Gramß die Grundlagen. Daß die illegale polnische Propaganda nach außen hin den Anschein erwecke, daß sie besser sei als die deutsche, sei darauf zurückzuführen, daß teilweise diese Propaganda in deutscher Sprache erscheine und auf Dinge hinweise, die, allerdings in außerordentlich raffinierter Form, den Deutschen nahegebracht werden, die an sich verboten seien, aber gerade deshalb, weil sie verboten seien und auf Dinge hinwiesen, die nicht jedem bekannt würden, leider umso mehr von den Deutschen gelesen und auch kolportiert würden.

18.6.1943

Daß die illegale Propaganda eine viel leichtere Arbeit habe als die deutsche, sei am besten durch die Argumente beweisen, die die Vorredner in den verschiedenen Referaten gebracht hätten. Das gelte zunächst von der Arbeitererfassung. Hier bestehe der Mißstand, daß die Angehörigen der ins Reich vermittelten Arbeiter insofern in schwierigen Verhältnissen zurückgelassen würden, als sie nicht die nötige Verbindung mit den Arbeitern im Reich hätten, keine ausreichenden Geldzuweisungen erhielten usw.. Dazu kämen die Maßnahmen, die im Rahmen der Arbeitererfassung durchgeführt worden seien, daß man Kinos umstellt und Leute aus ihnen zum Arbeitseinsatz herausgeholt habe, daß teilweise sogar Kirchen umstellt worden seien. Daß alle solche Dinge der deutschen Propaganda den Boden entzögen, liege auf der Hand. Es sei eben unmöglich, mit einer rein geistigen Propaganda diese praktischen Begebenheiten aus der Welt zu schaffen. Genau so sei es mit der Erzeugungsschlacht, die ja nicht im polnischen, sondern im deutschen Interesse durchgeführt werde. Das gleiche gelte von der Umsiedlung, die ausgerechnet durchgeführt worden sei, nachdem man die Juden liquidiert hatte, teilweise so, daß die Polen angefangen beim Kind bis zur ältesten Greisin Augenzeugen dieser Judenevakuation waren.

Erschwerend komme hinzu der Bandenterror, die Tatsache, daß die Banditen bzw. die Partisanen requirierte Lebensmittel an die polnische Bevölkerung verteilen und dann darauf hinwiesen, daß die polnischen Offiziere, deren Leichen bei Katyn gefunden worden seien, ermordet worden seien, weil diese Offiziere ja auch nur die Blutsauger des polnischen Volkes gewesen seien, und ferner, daß die Deutschen heute in diesem Raum genau so tätig seien, so seien das alles Dinge, die man nicht

18.6.1943

propagandistisch aus der Welt schaffen könne. Wieweit die Banditen mit ihren Methoden gingen, zeige der Fall, daß es ihnen sogar gelungen sei, eine Maienandacht durchzuführen. Tatsächlich seien Banditen in ein Dorf gedrungen, hätten das Dorf und die Kirche umstellt und dann mit der Bevölkerung in dieser Kirche eine Maienandacht gehalten, - 6o Banditen, teilweise in deutschen und teilweise in polnischen Uniformen. 4 Banditen hätten den Baldachin getragen, sie hätten auch einen Pfaffen aus Rußland mitgebracht, der diese Maienandacht durchgeführt habe.

Daß die Hauptabteilung Propaganda auf dem Sektor der fremdvölkischen Propaganda im Augenblick auf vollen Touren arbeite, davon könnte man sich sehr schnell überzeugen, wenn man in den Distriktabteilungen sehe, was alles an Propagandamaterial im letzten Vierteljahr herausgegeben worden sei. Für die Propaganda zur Erzeugungsschlacht, zur Arbeitererfassung und zur Seuchenbekämpfung seien allein über 5o Plakate und 11 Broschüren herausgekommen. Im übrigen habe er festgestellt, daß das in mühsamer Arbeit hergestellte Propagandamaterial leider in den Dörfern und abgelegenen Flecken überhaupt nicht zu sehen sei. Es stehe aber fest, daß das Material in ausreichenden Mengen hinausgegangen sei. Wenn das Material bei den Kreishauptmannschaften liegenbleibe und die Kreishauptmänner der Propaganda nicht das genügende Verständnis entgegenbrächten, dann sei das allerdings ein Mangel, der künftig abgestellt werden müsse.

18.6.1943

Präsident Bauder teilt mit, daß von seiten des Reichsministeriums Speer weitgehende Vorbereitungen zur Verlagerung von Industriebetrieben ins Generalgouvernement getroffen worden seien. Auch seien schon Vertreter der Industrie im Generalgouvernement gewesen, um die vorhandenen Möglichkeiten zu prüfen. Wenn Gouverneur Dr. Fischer der Meinung Ausdruck gegeben habe, daß sich die Industrieverlagerung entgegen manchen Meinungen in erster Linie auf Neubauten stützen müsse, weil gebrauchsfähige Räume verhältnismäßig wenige vorhanden seien, so müsse zugegeben werden, daß die erforderliche Kapazität für diese Zwecke nicht überall bestehe. Auch die Frage der Wasserversorgung spiele hier eine große Rolle. Über alle diese Fragen müßten noch Besprechungen stattfinden. - Was die Frage der Lagerhallen angehe, die in absehbarer Zeit frei würden, so sei auch hier eine Möglichkeit gegeben, die Industrie einzusetzen. - Was das Distriktskrankenhaus angehe, so habe er die Hauptabteilung Gesundheitswesen wie alle anderen Hauptabteilungen gebeten, ihm eine Dringlichkeitsliste einzureichen. Selbstverständlich sei es heute noch nicht möglich, manche Wünsche restlos zu erfüllen. Er müsse aber, um nicht immer das Objekt von Angriffen zu sein, wissen, welche Leistungen wirklich für die einzelnen Abteilungen am dringendsten seien. Leider müsse festgestellt werden, daß die Abteilungen vielfach sich selber noch nicht einig geworden seien. Es müsse also eine große Gesamtliste festgelegt werden, nach welcher die Abwicklung der Bauten zu geschehen habe. Das gelte z.B. auch für die Errichtung von Schülerheimen und Wohnheimen der Partei.

18.6.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Arbeit der Parteiführung durch die Ausführungen des Krieshauptmanns Gramß in ein falsches Licht gekommen sei. Er müsse feststellen, daß man die Partei im Generalgouvernement nach anderen Gesichtspunkten als im Reich aufgebaut habe. Im Generalgouvernement habe es keine Hoheitsträger wie etwa die Ortsgruppenleiter gegeben, sondern Standortführer als die Vertreter des Führers in ihrem Raum. Von seiten der Parteiführung seien nie Befehle, sondern immer nur Richtlinien herausgegeben worden. Er habe wenigstens seit Bestehen des Arbeitsbereiches noch keinen Befehl mit Vollzugsmeldung hinausgehen lassen, sondern nur Richtlinien aufgestellt, mit denen den Standortführern Anregungen für ihre Arbeit gegeben werden sollten. Selbstverständlich könnten sie nicht restlos durchgeführt werden. Aber diese Richtlinien müßten hinausgehen, weil viele Standortführer, die in Personalunion gleichzeitig Kreishauptmänner seien, bisher noch keine politische Führung inne gehabt hätten und infolgedessen leicht in Schwierigkeiten kommen könnten. Wenn Kreishauptmann Gramß sich über Schwierigkeiten hinsichtlich der Vorlegung des Ariernachweises beklage, so habe man selbstverständlich bei der Parteiführung nicht wissen können, daß er SS-Führer sei und als alter Parteigenosse schon mehrere Male diesen Ariernachweis bei den zuständigen Dienststellen im Reiche erbracht habe. Er hätte nur darauf hinzuweisen brauchen, daß dieser Ariernachweis bereits erbracht und die Urkunden bei irgendeiner Stelle im Reiche lägen.

18.6.1943

Am Schlusse der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort. Er führt aus:

Die Tagung, an der wir heute teilgenommen haben, ist einzigartig. Sie ist methodisch insofern einzigartig, als es dem Eigenwesen des Generalgouvernements entspricht, daß die Regierung und an ihrer Spitze der Generalgouverneur ins Land hinausführt. Sie müssen sich einmal den Vorgang vorstellen, daß die Reichsregierung ins Land hinausführe und dann draußen Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister in so offener Form ihre Sorgen darzulegen vermöchten, wie das heute hier der Fall war. Daraus können wir aber auch erkennen, wie stark das Gefüge des Generalgouvernements ist. Es ist die einzige wirkliche Verwaltungsgründung des Krieges im fremden Raum, die sich nach dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung und der Totalität der Führung aufgebaut hat und die - dessen können wir sicher sein - auch die heute aufgezeigten Schwierigkeiten absolut überstehen wird.

Ich bin sehr dankbar, daß heute so offen gesprochen wurde. Ich danke Ihnen, Herr Gouverneur Dr.Fischer Ihnen, Herr Vizegouverneur, ich danke den Herren Kreishauptmännern, dem Stadthauptmann von Warschau wie den Abteilungsleitern für diese offenen Worte und für die Darlegung ihrer Nöte und Sorgen. Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen. Es ist meine Aufgabe, aus dem, was heute gesagt worden ist, die wichtigsten Dinge zu extrahieren. Ich möchte aber betonen, daß die Referate, die heute gehalten worden sind, nach Form wie Inhalt mir besonders gut erschienen sind und daß ich somit die heutige Sitzung in ihrem Endteil als vorbildlich bezeichnen darf. Ich wünsche, daß das Generalgouvernement ein Platz ist, an dem noch offen geredet wird, an dem Schwierigkeiten nicht vertuscht werden und man nicht davor zurückschreckt, andere Meinungen als die der hohen Obrigkeit einmal verlauten zu lassen.

18.6.1943

Nur so ist es möglich, die Gemeinschaft zu wahren, die wir brauchen, um mit den tausend Schwierigkeiten fertig zu werden.

Ein Wort des Kreishauptmanns Gramß hat mir sehr gefallen, wo er sagte: wenn die Bestimmungen über die Verfeinerung der Verwaltung, die wir jetzt eingeführt haben, schon 1939 oder 194o in Kraft gewesen wären, dann hätten wir von allem, was wir damals in stürmischer Aufbauarbeit geleistet haben, kaum etwas durchgesetzt. Wenn dieses Wort selbstverständlich auch zunächst aus dem Temperament des Frontsoldaten der Verwaltung zu beurteilen ist, so ist es in dem einen bestimmt richtig, daß die Wucht der Not des Reiches allerdings und nicht der formalen Verstrickung es ist, die uns die Aktivität in diesem Raum lähmt. Denn das, was Sie, meine Herren Kreishauptmänner und meine Herren von der Distriktsverwaltung, an Schwierigkeiten erleben, das erleben die Herren der Regierung unausgesetzt auch, und meine Aufgabe ist es, Ihnen zu sagen, daß es auch in Krakau eine Front der Verwaltung gibt, die mit den völlig konträren und in sich völlig unausgeglichenen dauernden Anforderungen und Fehlanschauungen, die von den Reichszentralen auf uns herabbranden, fertig werden muß.

Von dem, was sich auf meinem Schreibtisch und auf dem Tisch der Herren der Regierung Tag um Tag sammelt, davon sind Sie, meine Herren vom Distrikt, verschont. Aber wenn Sie sich vorstellen, wie sich angesichts der Entwicklung des Krieges und der Notlage des Reiches nun jeder im Reich berechtigt fühlt, auf das Generalgouvernement als eine totsichere Notreserve jeden Augenblick zurückzugreifen, dann können Sie ermessen, welche Mühe es macht, überhaupt dieses Gebilde als eigenen Energieträger durchzuhalten. Ich kann Ihnen sagen: der Unverständ oder auch der schlechte Wille uns gegenüber, der Mangel an Anerkennung der wirklichen

18.6.1943

Leistung des Generalgouvernements kann oft gar nicht überboten werden. Aber seien Sie beruhigt und überzeugt, daß sich das durchsetzen wird, was diese Gemeinschaftsarbeit trotzdem geleistet hat. Wir sind sehr großzügig und sprechen offen über unsere Schwierigkeiten. Wir bekennen, daß da und dort - das haben wir heute gesehen, - Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Aber wir bekenn-en auch, daß darin nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern ein Zeichen der Stärke zu sehen ist. Wir sind noch einer der wenigen Bereiche des Großdeutschen Reiches, in welchem ein klarer Staatsorganismus im Vordergrund der totalen Zusammenfassung steht. Darauf können Sie stolz sein, meine Herren. Sie kennen diese besonderen Nöte und Sorgen, die wir beim Aufbau gehabt haben. Das merkwürdige Gebilde "Generalgouvernement", als Nebenland konstruiert, mit eigenen Vollmachten begeben, mit einer eigenen Regierung versehen, bedeutet ja nicht einen Vorzug, den wir mit der Selbständigkeit haben, sondern nur die sehr bequeme Belastung - bequem für diejenigen, die diese Belastung auf uns gelegt haben, - mit Schwierigkeiten fertig zu werden, die mit direkten Vollmachten von Berlin aus nicht gemeistert werden können.
Es muß klar gelegt werden, wohin der Kurs letzten Endes geht. Wir sind kein Misthaufen, wir sind kein Abstellbahnhof, wir sind eine echte Machtposition des Großdeutschen Reiches, und es ist nicht so, daß das Generalgouvernement nur ein Gebiet für irgendwelche Machtgierlinge wäre. // Dieses Gebilde Generalgouvernement hat einen Todeskampf auszufechten. Das kann nicht eindrucksvoller dargelegt werden als durch das, was die Kreishauptmänner über die Sicherheitslage in diesem Raum und über den bereits vorhandenen Kreis von

verwaltungsleeren Räumen gesagt haben.

Darum ist es höchste Zeit, daß sich die maßgebenden Sicherheitsorgane des Reiches auch diesem Raum gegenüber endlich mit gerechter Erfüllung ihrer Pflichten bemerkbar machen. Ich habe das Vertrauen, daß auf Grund meiner Aussprache mit dem Führer nunmehr Sicherheitsorgane im notwendigen Umfange ins Generalgouvernement kommen. Das muß geschehen. Sollte es wirklich nicht in absehbarer Zeit wieder durchgesetzt sein, daß die Verwaltung hier ruhig arbeiten kann, dann würde ich erneut zum Führer gehen und so lange bohren und weiter arbeiten, bis es gelungen sein wird, die Autorität hier wieder herzustellen. So geht es nicht weiter. Seien Sie auch überzeugt, meine Herren, daß ich in diesem Sinne alles das, was ich heute gehört habe, weiter vortragen werde.

Ich habe für den 1.September 1943 jene endgültige Anordnung getroffen: zu diesem Termin tritt ein Versorgungsplan für die polnische Bevölkerung in Kraft, der dem entspricht, was wir selber für notwendig halten.

Auf dem ganzen Gebiet der Polenpolitik wird jetzt endlich Vernunft eintreten. Wir werden allerdings um deswillen dauernd von gewissen Stellen als Polenfreunde verdammt und verachtet. Es geht nicht an, daß man hier eine Handvoll Männer hereinschickt, ihnen aufgibt, 15 Millionen Fremdvölkische auszurotten, und sie dann ohne Schutz in diesem Raum läßt. Wenn die Bolschewisten daran gehen, ein Volk auszurotten, dann schicken sie in jedes Dorf des auszurottenden Volkes 2 ooo Rotarmisten. So, aber, daß man uns lo ooo Mann Polizei ins Land schickt und uns aufgibt, mit 15 ~~ooo~~ Millionen fremdvölkischen Menschen fertig zu werden, ist das nicht zu machen. Hier liegt der Kampf, den wir als Fachleute

18.6.1943

in der Behandlung dieses Raumes gegen Dilettanten zu führen haben, die sich in diesen Dingen nur macht- oder weltpolitisch betätigen.

Was über diesen Raum hinaus die ganze europäische Ordnung angeht, so hat mir der Führer in grundsätzlichen Fragen im wesentlichen völlig Recht gegeben. Er hat mich zur Durchsetzung dieser neuen europäischen Ordnung erst vor wenigen Tagen als Präsidenten der Internationalen Rechtskammer eingesetzt, er hat mir dadurch erneut auf dem Gebiet des Rechtslebens eine Totalvollmacht über Deutschland hinaus gegeben. Daraus können Sie ermessen, wie sehr dieser von uns eingeschlagene Weg von dem obersten Chef, in dessen Diensten wir stehen, verstanden wird.

Seien Sie überzeugt, meine Herren des Distrikts Warschau, daß die Regierung in Krakau Ihnen in Kameradschaft genau so verbunden ist wie Sie ihr. Ich persönlich fühle mich vor allem mit jedem dieser Männer, die im Generalgouvernement teilweise seit beinahe 4 Jahren auf schwerstem Posten stehen, verbunden. Ich weiß, daß ich nur einige Zahlen zu nennen brauche, um zu zeigen, was Ihre Gemeinschaftsarbeit im Generalgouvernement bedeutet.

Wenn Sie daran denken, daß im vorigen Jahr die Ernteablieferung des Generalgouvernements 62 % dessen ausmacht, was das gesamte übrige im Osten besetzte Gebiet von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer nach den amtlichen Ziffern geliefert hat, wenn Sie bedenken, daß wir 1 28o ooo Arbeiter ins Reich geliefert haben - das sind 7o % dessen, was das gesamte übrige Ostgebiet an das Reich geliefert hat, - wenn Sie bedenken, daß unser Gebiet kaum ein Zehntel jenes Raumes umfaßt, dann können Sie ermessen, daß wir schon Recht haben, wenn wir auf den Tisch klopfen und sagen: wir können mit diesem Raum fertig werden, sobald man uns nicht dauernd

in die Quere kommt; allerdings sind wir willens, uns vor niemanden hineinreden zu lassen.

Ich erkenne in diesem Raum nur einen Repräsentanten an, nur einen, der hier befiehlt, und das ist der, der im Namen des Führers hier im Generalgouvernement eingesetzt ist. Im Sinne der Einheit der Führung dieses Raumes wird da, wo man sich aus Mißgunst oder sonstigen Gründen an diese Regelung nicht hält, die Klärung stärker denn je eintreten. Das gebietet die Not dieser Zeit und des Reiches. Wenn ich diesen Kampf für die Autorität der Zentrale führe, dann wird er mitgetragen im Rahmen der Einheit der Verwaltung vom Gouverneur und von jedem Kreishauptmann aus vollster Herzensergriffenheit heraus. Kreishauptmänner, Gouverneur und Generalgouverneur wissen, daß mit der Einheit der Verwaltung dieses Raumes das Schicksal der deutschen Führung steht und fällt. Das ist auch der Sinn, der Reise, die mich heute nach Warschau geführt hat. Ich habe den Eindruck, meine Herren des Distrikts Warschau, daß Ihr Gouverneur mein Totalvertreter ist, daß ich in ihm den einzigen Repräsentanten in der Instanz des Distrikts habe, der im Namen des Generalgouverneurs und damit im Namen des Führers und Reiches handelt. Wo Sonderbefehle irgendwelcher Art erteilt werden, die sich mit dieser Linie nicht decken, sind sie nicht mit den Bestimmungen des Führers vereinbar.

Meine Herren, was Sie an Wünschen, an Anregungen für Beamtenlaufbahnen in diesem Raum vorgebracht, was Sie über die Verluste an Deutschen gesagt haben, gibt mir Anlaß, einem Gedanken Ausdruck zu verleihen: vergessen Sie nie, daß man, wennman etwa heute eine Sitzung in Essen oder Dortmund oder Bochum oder Oberhausen abhalten würde, von vielmehr Todesopfern und vielmehr Zerstörungen vernehmen würde, als es im ganzen Generalgouvernement der Fall ist. Der Deutsche kann heute nirgendwo absolut gesichert werden. Wir sind heute,

ganz gleich, wo wir uns befinden, überall in Gefahr. Und daher darf man die Dinge der Unsicherheit dieses Raumes nicht übertreiben, sie dürfen nicht zu einem Schreckgespenst werden. Bei allen den tiefen Eindrücken die ich auch hier wieder von den Ereignissen im Lande erhalten habe, war mir doch tröstend und beglückend das Wort, daß trotz alledem die Deutschen auf ihrem Posten geblieben sind. Das ist schön. Mit solchen Männern und Frauen kann man die große, fast unlösbar erscheinende Aufgabe, die dem Generalgouvernement gestellt ist, erfüllen.

So beglückt mich denn die Reise hierher ganz außerordentlich. Herr Gouverneur Dr.Fischer, Sie wissen, daß ich mein volles Vertrauen in Sie setze. Ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Ich rufe Sie auf, weiter so treu und hingebungsvoll Ihre Pflicht zu tun. Der Distrikt Warschau kann sich auf mich verlassen.

Gouverneur Dr.Fischer schließt die Tagung mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Im Namen aller deutschen Männer und Frauen des Distrikts Warschau danke ich Ihnen für die Anerkennung, die Sie uns ausgesprochen haben und in der wir einen erneuten Beweis Ihres Vertrauens erblicken dürfen. Glauben Sie mir: wir alle stehen geschlossen hinter Ihnen und Ihrer Regierung und wissen, welche Aufgaben wir hier zum Wohle unseres Reiches zu erfüllen haben. - Wir grüßen den Führer.

18^{30} Schluß der Arbeitstagung.

18.6.1943

18^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schloß Belvedere

18^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Theater der Stadt Warschau.

19^{10} Vorführung im Theater der Stadt Warschau

"Susannes Geheimnis"

Oper in einem Akt von Ermano Wolf-Ferrari

"Coppelia"

3 Tanzbilder mit dem gesamten Ballet. Musik von L. Deliebes.

Anschließend Abendessen im Palais Blank auf Einladung des Stadthauptmanns in Warschau SA-Brigadeführers Leist.

23^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schloß Belvedere.

Warschau

Sonnabend, den 19.Juni 1943

8^{30} Der Herr Generalgouverneur begibt sich zur Besichtigung verschiedener Institute in die Stadt Warschau.

Besichtigt wird zunächst das HJ.-Jugendheim. Das schön gelegene Gebäude, das in polnischer Zeit ausschließlich Unterrichtszwecken gedient hat, bietet vorläufig 86 Hitlerjungen Platz und wird nach weiteren baulichen Veränderungen künftig 15o Jungen aufnehmen können. Helle, freundliche Schlaf-,Aufenthalts- und Waschräume vermitteln den dort untergebrachten Jungen die Grundbegriffe deutscher Wohnkultur, Ordnung und Sauberkeit.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt darauf die Deutsche Oberschule, die Handwerker- und Handelsschule, die Haushaltungsschule und die Erste Volksschule.

11^{25} W i r t s c h a f t s t a g u n g im Schloß Belvedere

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur erstattet zunächst der Leiter der Abtl. Wirtschaft des Distrikts Warschau Generaldirektor Schlosser einen Bericht über die wirtschaftliche Lage des Distrikts. Nach der Besetzung und der Aufnahme der Tätigkeit der Verwaltung, so führt er aus, habe eine erfreuliche Vitalität der gewerblichen Wirtschaft der Stadt und des Distrikts Warschau festgestellt werden können. Das gewerbliche Leben habe sich ohne Einschränkungen vollzogen, wenn auch bei einigen Gewerbebetrieben zunächst Störungen eingetreten seien, die aber hätten beseitigt werden können. Er habe bisher immer mit dem Leiter des Rüstungskommandos Warschau

aufs beste zusammengearbeitet. Die Arbeiterschaft sei von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht nur in den Fabriken geblieben, sondern habe auch einen großen Anteil an der Leistungssteigerung.

Generaldirektor Schlosser gibt dann ein Bild von der Bedeutung Warschaus als Industriestadt. An der Spitze der Industrie stehe die Metall, Eisen und Stahl verarbeitende Branche mit fast 5o ooo Arbeitskräften, daneben die Textilindustrie mit 12 ooo Arbeitskräften. In Betracht kämen weiter das Zellstoffwerk in Kotalow und die Manufakturwarenfabrik in Zyrardow. Warschau verfüge außerdem über eine ganze Reihe großer Fabriken, die in erstaunlich kurzer Zeit wieder aufgebaut worden seien und sich in fortgesetzter Erweiterung befänden. Warschau habe als die "größte Etappenstadt aller Zeiten", als Front-Reparatur- und Nachschubstadt für die Unterstützung der kämpfenden Truppe ebenfalls eine große Bedeutung. Diese Bedeutung werde auch durch die Lage der Stadt als Ausstrahlungs- und Auffangpunkt für den ganzen mittleren Osten gekennzeichnet, weiter dadurch, daß das Eisenbahnnetz in größter Dichte gerade in Warschau konzentriert sei.

In einem Zeitpunkt, in welchem zahlreiche deutsche Städte dem Bombenterror zum Opfer fielen, sei es eigentlich nicht zu verstehen, daß noch irgendwelche destruktiven Ideen bezüglich der Stadt Warschau vertreten werden können. Demgegenüber habe die Abteilung Wirtschaft stets den Standpunkt vertreten, daß die loyale mitarbeitenden Polen auch eine loyale Behandlung verdienten.

I 530

19.6.1943

Die Industrie des Distrikts Warschau befinde sich zur Zeit noch im Aufbau. Erfreulicherweise sei eine Reihe von Industrieverlagerungen nach Warschau im Gange. Von Interesse sei die Tatsache, daß die Lokomotivfabrik Warschau den Auftrag erhalten habe, allmonatlich 5o Lokomotiven der Einheitsbauart herzustellen. Leider biete es einige Schwierigkeiten, eine Einigung über die Grundsätze zu erreichen, nach denen diese großen Betriebe verwertet werden sollten. Selbstverständlich müsse dem Grundsatz, daß in erster Linie Kriegsversehrten die Möglichkeit gegeben werde, in solchen Betrieben unterzukommen, Folge gegeben werden. Aber große Betriebe eigneten sich angesichts des Umstandes, daß ihre Leitung Erfahrung und Kapital voraussetze, nicht für Einzelpersonen und auch nicht für Gruppen. Die Hauptabteilung Wirtschaft sei allerdings bei ihren Maßnahmen an die Zustimmung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums und des Siedlungsreferenten beim OKW gebunden. Genehmigungen würden nur unter dem Vorbehalt erteilt, daß Betriebe spätestens bei Kriegsende Kriegsversehrten übergeben würden, oder die Genehmigung werde nur für 5 oder 3 Jahre nach Kriegsschluß erteilt. Angesichts des Risikos, das unter diesen Umständen mit der Übernahme eines solchen Betriebes verbunden sei, angesichts der Tatsache, daß Investitionen in einer angemessenen Frist abgeschrieben werden müßten, weiter im Hinblick darauf, daß die Zölle aufgehoben seien, werde sich schwerlich jemand zur Übernahme eines Betriebes bereit finden. Und wenn diese Industrie später einmal der europäischen Konkurrenz ausgesetzt sein werde, müßte sie unter schwachen Händen zum Erliegen kommen.

19.6.1943

Gleichwohl sei überall ein starker Aufbauwille und eine Aufbaumöglichkeit vorhanden. Allerdings müsse bei der starken Zerstörung Warschaus die Möglichkeit geschaffen werden, in einigen halb zerstörten Fabriken Betriebsräumlichkeiten wieder herzustellen. Vielleicht könnte man auf privatem Wege die Zurverfügungstellung solcher Räumlichkeiten organisieren.

Das Handwerk sei in Warschau besonders hochentwickelt gewesen und habe jetzt eine starke Entlastung infolge der Beseitigung der Juden gefunden. Über die Stillegung von Handwerksbetrieben seien zahlreiche Erlasse ergangen, beeinflußt durch das dringende Verlangen des Reiches nach Erfassung von Arbeitskräften und durch das Verbot der Fabrikation von Gegenständen, deren Herstellung auch im Reiche verboten sei. Selbstverständlich würden diese Grundsätze auch im Distrikt Warschau durchgeführt, aber eine Stillegung von fast 3o ooo Handwerksbetrieben und Kleinhandelsgeschäften sei nicht ohne weiteres durchführbar.

In Warschau bzw. im Distrikt gebe es z.Zt. noch über 3 ooo Industriebetriebe, was eine außerordentliche Verzettelung darstelle, die sich allerdings aus dem jüdischen Charakter vieler dieser Betriebe ergebe. Eine Bereinigung müsse hier schon im Interesse der künftigen Konkurrenzfähigkeit des Raumes stattfinden, und man sei auch bereits im Begriff, Zusammenlegungen und Vereinheitlichungen vorzunehmen. Allerdings müsse man auch hier Vorsicht walten lassen, da 8o % dieser Betriebe in irgendeiner Form für das Reich arbeiteten.

Trotz der größten Anstrengung der Arbeitseinsatzverwaltung sei die Erfassung der Arbeitskräfte nicht befriedigend, da Tausende sich der Kontrolle entzögen.

19.6.1943

Das hänge wohl vor allem mit den Ernährungsschwierigkeiten zusammen, und es sei daher nur zu begrüßen, daß ab 1.Sept. ds.Jrs. eine grundlegende Änderung in der Ernährung der Arbeiterbevölkerung eintrete.

Die Wirtschaft des Distrikts Warschau vollziehe sich in zwei Kreisen, einmal im Kreise der gesteuerten zum anderen in demjenigen der freien Wirtschaft. Vermutlich sei der Kreis der freien Wirtschaft größer. Ohne die freie Wirtschaft wäre die gesteuerte Wirtschaft längst zum Erliegen gekommen. Trotz aller Anstrengungen der Preisbehörden und der Bewirtschaftungsstellen sei es aber nicht möglich die Schwierigkeiten restlos zu beseitigen, und eine Gesundung könne erst mit der Besserung der Ernährung und der Warenseite kommen.

Neben der Tätigkeit der gewerblichen Wirtschaft bestehe die Treuhandverwaltung. Ihr unterlägen rd. 9oo Betriebe, von denen 433 Druckereien seien. Auch hier verfolge man die Politik, den loyalen Polen möglichste Freiheit in der Betätigung zu lassen.

Von besonderer Bedeutung sei die Grundstücksverwaltung. Verwaltet würden von ihr 14 ooo Grundstücke und jüdische Häuser, davon rd. 4 ooo in Warschau. Der Wert dieses Besitzes sei vor der Zerstörung des Ghettos auf etwa 1,2 Milliarde geschätzt worden. Es sei sehr schwierig, die Mittel für den Aufbau von Häusern zur Verfügung zu stellen. Infolge zahlreicher Raubüberfälle und Diebstähle seien die Häuser vielfach unbewohnbar geworden. Die Leute, die in diese Häuser ziehen wollten, dürften sich diese Häuser selber ausbauen. Leider stehe einer vernünftigen Regelung dieser Frage die Verkaufssperre im Wege.

19.6.1943

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß irgendwelches Gerede über das Schicksal der Stadt Warschau nicht interessiere. Entscheidend sei immer, daß Warschau keine politische Hauptstadt sei oder keine führende Rolle gegen Deutschland spiele. Es bestehe immer die große Gefahr, daß Warschau ein irgendwie geartetes Zentrum politischen Großmachtraumes werde. Das seien auch immer die Worte des Führers gewesen. Das Idealbild der Stadt Warschau müßte nach seinen Erfahrungen das einer einzigen großen Fabrik sein, das eines großen einzigen Bahnhofs und Hafens. Wenn nun Hunderttausende von Polen wieder Arbeit und Brot fänden und man ernährungsmäßig in ihrem Interesse zu einer gewissen Stabilisierung komme, dann werde man das andererseits mit einer politischen Unfuhe bezahlen müssen. Hungernde Menschen müßten einen großen Teil der Energie aufwenden, um ihren Hunger zu steillen, wenn aber der Hunger gestillt sei, würden wieder Energien für andere Dinge frei. Klarheit müsse jedenfalls darüber bestehen, daß die sogenannte polnische Führung auf keinen Fall in der Lage sein dürfe, etwa Warschau als Hauptstadt zu deklarieren. Wenn man nun von Warschau als der Hauptstadt des wirtschaftlichen Geschehens im Generalgouvernement spreche und auf ihre ungeheure Bedeutung hinweise, so sei das in allen polnischen Ohren Musik, für alle deutschen Ohren aber, die diese polnischen politischen Aspirationen kennten, sei es ein grimmiger Ton. Nichts sei leichter, als auf einer Wirtschaftsunterlage eine zentrale Bewegung aufzubauen. Eine Stadt wie Warschau mit ihren großen Arbeitermassen biete dem Kommunismus ein günstiges Feld für seine Propaganda. Nach alledem dürfe also nicht der einseitige Eindruck entstehen, daß die Argumente so völlig abwegig wären, mit denen Bedenken gegenüber einer Aufrechterhaltung politischer Aspirationen und der politischen Stellung

der Stadt Warschau geäußert würden.

Oberst Freter vom Rüstungskommando gibt einen Überblick über Größe und Wichtigkeit der Rüstungsindustrie im Distrikt Warschau. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es zunächst gewesen, die in diesem Raume zusammengedrängten Menschenmengen wieder in Arbeit und Lohn zu bringen. Das sei vor allem dadurch möglich geworden, daß die Wehrmacht Rüstungsaufträge in dieses Gebiet verlagert habe. Schon im Oktober 1939 seien 11 Betriebe als Rüstungswerke unter deutsche Führung gestellt. Im Juni 1940 hätten bereits in 23 B-Betrieben 16 260 Menschen gearbeitet. Heute betreue das Rüstungskommando 31 Betriebe mit etwa 30 000 Arbeitern und beaufsichtige die Fertigung in 33 A-Betrieben mit 35 000 Arbeitern. Der Auftragsbestand belaufe sich auf über 240 Mill. Reichsmark, die monatliche Auslieferung an Neuaufträgen auf rd. 15 Mill. Reichsm.. Aus alledem ergebe sich, daß die Wehrmacht unter keinen Umständen auf dieses Rüstungsgebiet verzichten könne. Der weitaus größte Teil der Warschauer Betriebe sei in das Rüstungspotentials des Reiches eingegliedert. Dazu komme eine noch nicht zu übersehende Verlagerung von Industrien aus dem Westen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unbedingt geboten, daß für die Verlagerung deutscher Betriebe ins Generalgouvernement eine gewisse Formalie geschaffen werde. Es dürfe nicht von heute auf morgen die Mitteilung kommen, daß ein Werk aus dem Westen ins Generalgouvernement verlegt werden solle.

Oberst Freter bemerkt dazu, daß in dieser Beziehung die Luftwaffe wegweisend vorgegangen sei und von ihr mobmäßig die Verlagerung vorbereitet werde.

19.6.1943

Ministerialdirigent Dr. Emmerich teilt mit, daß Verhandlungen zwischen dem Ministerium Speer und den maßgebenden Stellen des Generalgouvernements eingeleitet würden, in die auch die Hauptabteilung Wirtschaft eingeschaltet werde, sobald sich die Dinge der Verwirklichung näherten.

Oberst Freter schildert dann, in welcher Weise die Verlagerung vor sich gehen werde. - Was die Fertigung selbst angehe, so werde in Warschau vom Panzer des Heeres über Bewaffnung, Munition, optische Ferngeräte bis zur Mine und U-Boot-Teile alles als Halb- oder Fertigfabrikat hergestellt. Bei der laufenden Fertigung würden die Soll-Zahlen nicht immer erreicht. Der polnische Arbeiter sei aber sehr geschickt und könne auch mit schlechten Werkzeugen und Maschinen die geforderte Genauigkeit erzielen. Seine Gesamtleistung sei allerdings geringer als im Reich. Die Fertigungspreise lägen über den reichsdeutschen Preisen, da viele Bedarfsartikel nur im Schleichhandel geschafft werden könnten. Die Bereitstellung von Facharbeitern stoße auf Schwierigkeiten; von den dringendst monatlich benötigten 1 5oo Arbeitern könne nur ein Drittel gestellt werden. Die Anlernmaßnahmen genügten nicht. Auch die Stillegungsaktion habe nicht die notwendige Zahl von Arbeitern erbracht. So sei die Zahl der von den Arbeitsämtern gesuchten Arbeitern auf 12 ooo gestiegen. Für Arbeiter, die unentschuldigt der Arbeit fernblieben, seien Erziehungslager eingerichtet worden. Diese Arbeiter dürften das Werk nicht verlassen und würden zu besonderen Arbeiten unter besonderer Aufsicht herangezogen. Mit dieser Maßnahme habe man teilweise gute Erfolge erreicht, teilweise hätten die Leute aber auch die Flucht ergriffen. Die Neuregelung

536

19.6.1943

Direktor Köhnke, Betriebsführer der Steyr-Daimler A.G., gibt einen Einblick in den Aufbau und das Wirken der früheren staatlichen Gewehrfabrik in Warschau. Dieser Betrieb sei 4 Monate nach Schluß der Kampfhandlungen wieder aufgenommen worden, und man habe sofort mit der Schaffung sozialer Einrichtungen wie einer Werkküche und eines Unterstützungsfonds begonnen. In dem Werk seien im Juli 194o 1 65o, im Juli 1942 2 6oo Arbeiter beschäftigt worden. Der Facharbeiteranteil habe im Jahre 194o rd. 12 %, im Jahre 1943 nur noch rd. 8 % betragen. Der Einsatz von Frauen sei auf rd. 32 % gestiegen. Die Einführung der Lohnordnung habe zwangsläufig einen gewissen Abbau der Löhne im Gefolge gehabt. Diese rückläufige Lohnentwicklung wirke sich nachteilig auf die Arbeitseinsatzlage aus. Das unentschuldigte Fernbleiben von der Arbeit habe schon zu schweren Störungen im Produktionsgefälle geführt. Allgemein bekannt sei, daß besonders die Facharbeiter mit Schwarzarbeit sich einen Nebenverdienst zu einem Stundenlohn bis zu 15 Zl. verschafften. Dagegen ergriffene drakonische Maßnahmen hätten keinen Erfolg gehabt. Leider sei ja der polnische Arbeiter, der für die deutsche Rüstung tätig sei, schlechter gestellt als seine anderen Volksgenossen, die mit Schwarzarbeit ein erträgliches Leben führten. Wenn es trotzdem gelungen sei, die Ausbringung zu erhalten und teilweise noch zu steigern, so sei das auf die laufenden Neueinstellungen von Arbeitern zurückzuführen, die natürlich das Arbeitsamt außerordentlich belasteten. Daher könne das gesteckte Ziel nur durch rigorose Sparmaßnahmen erreicht werden. Von Wichtigkeit sei auch, daß für Rohstoffe und Betriebsstoffe Preise bezahlt werden müßten, die weit über denen des Reiches lägen. Für die Werkküchen müßten Zuschüsse geleistet werden, die die finanzielle Kraft der Werke beeinträchtigten. Die unzureichende Ernährung habe dazu geführt,

19.6.1943

daß der Prozentsatz der Kranken von 3 auf 9,1 gestiegen sei. Die Tuberkulose habe um 5o %, Magenerkrankungen um 225 %, Hauterkrankungen um 45o %, allgemeine Schwächezustände um 5oo % zugenommen, und in letzter Zeit seien sogar einige Fälle von Skorbut vorgekommen. Ein großer Teil der loyal mitarbeitenden Belegschaftsmitglieder veräußere schon fast das letzte Stück seines Haushalts, um sich Lebensmittel zu verschaffen. Eine Besserung sei von der Neuregelung der Ernährung zu erwarten. Notwendig sei aber, daß in Werkküchen erhöhte Zuteilungen besonders auch an Nährmitteln gegeben würden und ferner die Schwer- und Schwerstarbeiter besondere Zuschüsse erhielten. Wünschenswert sei es auch, daß die Deputatzuteilung möglichst gleichmäßig auf die einzelnen Betriebe erfolge. Auch müsse für Bekleidung und Artikel des täglichen Bedarfs wie Brennmaterial usw. gesorgt werden. Diese Maßnahmen müßten in enger Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Rüstungsdienststellen durchgeführt werden.

Der Leiter der Wirtschaftskammer Dr. Krug schildert die schwierige Lage der Betriebe, die als Privatbetriebe von Deutschen oder Polen geführt werden. Auf diesen Betrieben ruhe die harte Last der Versorgungsschwierigkeiten, der Rohstoff- und Werkstoffbeschaffung, der Energieversorgung, der fast unüberbrückbaren Schwierigkeit einer nur einigermaßen befriedigenden Lösung des Lohn- und Gehaltsproblems. Dazu kämen soziale Betreuungsmaßnahmen für die Gefolgschaft in Form von Werkküchen oder Verpflegungseinrichtungen. Auch müsse die Gefolgschaft an ihren Arbeitsplätzen gehalten werden; die Betriebe müßten gegen Unterschlagungen und Veruntreuungen geschützt werden. Betriebe

die in dieser Weise auf sich selbst gestellt seien, könnten denwirtschaftlichen Kampf nur schlecht bestehen. Ein Wirtschaftsführer habe in seinem Gutachten über die Rationalisierung bestimmter Betriebe der Eisen- und Metall verarbeitenden Industrie den Vorschlag gemacht, den in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufassenden und für Rüstungsaufträge einzusetzenden Betrieben eine Schwarzarbeit in gewissem Umfange zu gestatten. Ein solcher Vorschlag zeige den tiefen Ernst der Lage, in welcher sich die außerhalb des Betreuungsbereiches des Rüstungskommandos arbeitenden Betriebe befänden. Er sei gleichwohl für das Festhalten an dem bestehenden Lohn- und Gehaltsgefüge.

Weit verbreitet sei die Gewährung von Deputaten an Betriebsangehörige, die zumeist in den Schleichhandel wanderten oder an Private abgegeben würden. Die daraus gewonnene zusätzliche Kaufkraft übersteige den Lohn- und Gehaltsbezug um ein Mehrfaches. Weiterhin sei die Gewährung zinsloser Darlehn an Arbeiter und Angestellte ebenso häufig wie die doppelte Lohnliste, Erscheinungen, die einer Ordnung der Verhältnisse im Wirtschaftssektor sehr im Wege ständen. Mit der am 1.September eintretenden Neuregelung der Rationssätze werde hoffentlich die Grundlage für eine Ausmerzung der für weite Kreise der polnischen Arbeiterschaft bestehenden ernsten Notlage geschaffen werden.

In weiten Kreisen der polnischen Unternehmerschaft bestehe die große Ungewißheit, welches Schicksal ihre Betriebe wohl finden würden und ob nicht schon über kurz oder lang ein deutscher Unternehmer ihren Betrieb übernehmen werde. Der polnische Unternehmer müsse irgendwie gegen die Enteignung seines Betriebes oder gegen den Zwang, seinen Betrieb veräußern zu müssen, geschützt werden.

19.6.1943

Was die Durchführung der Stillegung und die Bereinigung der gewerblichen Betriebe angehe, so werde es sich empfehlen, diese Maßnahmen vorübergehend im Distrikt Warschau ruhen zu lassen, da sich die einsichtigen polnischen Kreise in der gewerblichen Wirtschaft selber gegebenenfalls zur Stillegung und Rationalisierung der Betriebe bereit finden würden.

Distriktswirtschaftsberater Dürhof macht Ausführungen über die Industrieverlagerung nach dem Osten aus den luftgefährdeten Gebieten. Und weist darauf hin, daß für diese Frage gerade die Energieversorgung von großer Wichtigkeit sei. Das Elektrizitätswerk der Stadt Warschau sei heute noch imstande, die Industrie einigermaßen zureichend mit Strom zu versorgen. Ob aber diese Versorgung aufrecht erhalten werden könne, wenn weitere Industrien nach Warschau verlagert würden, sei sehr fraglich. Für den Ausbau des Elektrizitätswerkes sowohl wie des Gaswerkes müßten so schnell wie möglich Rohmaterialien zugeteilt werden, während das Wasserwerk imstande sein würde, noch weitere Industrien zu versorgen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich betont, daß die Wirtschaftsverwaltung das größte Verständnis für die große wirtschaftliche Realität Warschaus habe, über die gar nicht hinweggegangen werden könne. Von Abbau könne nicht die Rede sein, sondern es würden zwangsläufig noch Erweiterungen eintreten.

Die Verlagerung von Industrien ins Generalgouvernement sollte zweifellos, vom Standpunkt der Wirtschaftsverwaltung aus gesehen, nach einem gewissen Plan vor sich gehen. Leider sei dam aber nicht so: es träten plötzlich neue Situationen ein, neue Rüstungsprogramme müßten aufgestellt werden, es fehle z.B. an

19.6.1943

Kapazität für die Herstellung einer bestimmten Munition, man verfalle aus Gründen der Luftsicherheit auf das Generalgouvernement und verlange von einem Tag zum anderen die Räumung einer Textilfabrik, in der Munition hergestellt werden solle. Bei diesen Verlagerungen werde zunächst nach Gebäuden, nach Maschinen nach Menschen, Kohle und Energie und erst zuletzt nach der Verkehrslage gefragt. Hinsichtlich der Gebäude sei man schon so in Schwierigkeiten gekommen, daß man tatsächlich Betrieben keine freie Kapazität mehr bieten könne. Die Verlagerungen seien in zahlreichen Fällen damit verknüpft, daß man an-dere gutgehende Fertigungen von geringerer Kriegswichtigkeit hinauswerfe oder zusammenschließe, indem man in 3 Schichten arbeiten lasse oder einen Gebäudekomplex mit Gleisanschluß für die neuen Zwecke beschlagnahme. Die Verlagerung bedeute für die Wirtschaftsverwaltung zunächst eine Belastung vor allem im Hinblick auf die Versorgung mit Kohle und Energie, auf der anderen Seite aber auch einen Gewinn. Die Industrie des Raumes, die man 1939 übernommen habe, sei in keiner Weise in der Lage, mit der Industrie des Reiches zu konkurrieren. Mit einer Wiederaufrichtung des Zollschutzes sei nicht zu rechnen. Die gesamte Wirtschaftspolitik sei darauf abgestellt, daß hier billige Löhne herrschten, die wieder billige Lebenshaltungskosten voraussetzten. Sie könnten nur erzielt werden, wenn man z.B. landwirtschaftliche Maschinen möglichst billig hereinlasse. Aber trotz aller negativen Umstände habe sich die Wirtschaftsverwaltung zur Verlagerung durchaus positiv eingestellt. Man versuche nur, die Dinge so zu regeln, daß gröblichste Störungen des gesamten Wirtschaftsbetriebes vermieden würden.

19.6.1943

Selbstverständlich würden die Möglichkeiten der Industrieverlagerung auch energiemäßig geprüft. Kein Betrieb mit großem Kohlenbedarf dürfe ins Generalgouvernement kommen, ohne daß die Kohlenversorgung sichergestellt sei. Und was die Energiefrage angehe, so sei durch die Bauten der Ostenergie ein Verbundsystem hergestellt, welches diesen Industrien eine gewisse Sicherheit gewährleiste, sobald das Programm in diesem Jahre abgeschlossen sein werde. Man sei dann nicht mehr auf das einzelne Elektrizitätswerk angewiesen, sondern könne über den Verbund bei Auftreten eines ~~Loh~~ Notstandes Energie von außen zuführen. In diesem Sinne sei die Fertigstellung der Südleitung der Ostenergie für Warschau von größtem Interesse.

Die Frage der Betriebsbereinigung habe im Sinne einer kriegwirtschaftlichen Angleichung an das Reich zu zahlreichen Erlassen geführt. Dieses Problem der kriegswirtschaftlichen Angleichung hänge mit dem Problem der Verlagerung eng zusammen. Es handele sich nicht nur um eine Angleichung an bestimmte Vorschriften, sondern auch um eine Angleichung an die wirtschaftlichsten Arbeitsmethoden des Reiches. Man müsse unter allen Umständen versuchen, aus dem bestehenden Industriekörper die größten und besten Leistungen herauszuholen. Das sei vielfach nur dadurch möglich, daß starke Eingriffe in die Industrien vorgenommen würden, daß man zunächst einmal unwirtschaftliche Fertigungsprogramme beseitige und daß der Warenhauscharakter, den einzelne Industrien mit allen möglichen Fabrikationen gehabt hätten, vermieden werde. Man werde versuchen, durch eine intensive Kleinarbeit eine Angleichung an die deutschen Arbeitsmethoden zu erreichen. Die Konkurrenzwirtschaft habe im Reich eine ganz andere Auslese in der Vergangenheit herbeigeführt als in dem kleinen Wirtschaftsraum des Generalgouvernements.

19.6.1943

Die Industrie des Generalgouvernements sei wie diejenige anderer kleiner Länder dadurch charakterisiert, daß hier unter allen Umständen eine nationale Produktion entstehen solle. Alles das seien Dinge, die man unter den neuen Aspekten nicht mehr als wirtschaftlich ansehen könne. Jetzt müsse eben etwas Neues und Stabiles an die Stelle treten.

Die Betriebsbereinigung umfasse sämtliche Zweige der gewerblichen Wirtschaft. Die Bereinigung im Handel sei im Wege der Rationalisierung schon weitgehend durchgeführt worden, vor allem im Hinblick auf eine Beseitigung der Übersetzung durch die Ausscheidung der Juden. Ein großer Prozentsatz der jüdischen Handels- und Handwerksbetriebe sei nicht wieder aufgemacht worden. Hier sei die Bereinigung schon im Laufe der ersten zwei Jahre sehr weit vorgeschritten. Darüber hinaus habe ein gewisser Anstoß für die hier durchgeführten Aktionen in Gestalt des Erlasses des Führers vom Januar vorgelegen, der für das Reichsgebiet gegolten und im Reich zunächst die Befürchtung ausgelöst habe, es würde nur im Reich mit strengen Maßnahmen durchgegriffen, während in den Randgebieten alles beim alten bleiben würde. In der Sitzung in der Reichskanzlei habe man aber darauf hinweisen können, daß im Generalgouvernement praktisch soviel vorgeleistet worden sei, daß nur die laufenden Aktionen in Angleichung an das Verfahren des Reiches zu einem Abschluß gebracht werden müßten. Man habe es so geregelt, daß auf dem flachen Lande kaum noch etwas zu tun sei, während in Warschau im Sinne der Herbeiführung eines vernünftigen Gleichgewichts auf dem Sektor Handel und Handwerk noch viel zu leisten sei. Gewisse Schwierigkeiten, auf die Gouverneur Dr. Fischer hingewiesen habe, habe man beseitigt, man habe auch darauf hingewiesen, daß der Fall Warschau ein Sonderfall sei und die Zusammenhänge mit der Sicherheitsfrage nicht

geleugnet werden könnten. Diese Bereinigung sei mehr unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung freier Arbeitskräfte zu sehen als darunter, daß die wirtschaftliche Leistung in kurzer Frist noch zu steigern wäre.

Die starke Störung der Betriebsdisziplin sei der Wirtschaftsführung nicht verborgen geblieben. Jeder Bericht aus dem Lande, aus den Distrikten und von Wirtschaftsführern beschäftige sich mit diesen Dingen in einer Form, die doch immer gewisse Vorwürfe gegen die Wirtschaftsführung durchklingen lasse. Die Wirtschaft lebe heute vielfach von illegalen Improvisationen, eine Sanierung im gewerblichen Sektor sei nur von der Ernährungsseite möglich. Wann man glaube, durch Maßnahmen von der gewerblichen Seite diese Dinge irgendwie improvisieren zu können, so sei das ausgeschlossen, wenn nicht mit der Herstellung der Ernährungsgrundlage der Nominallohn auch zum Reallohn würde. Die Regierung habe nun infolge bestimmter Auflagen, die ihr gemacht worden seien, nach welchen beispielsweise das Tarifniveau unbedingt zu halten sei, zweifellos eine widerspruchsvolle Politik befolgt. Wenn man dem Arbeiter nicht das Existenzminimum gebe, werde es unlogisch, den Schleichhandel zu bekämpfen, soweit er notwendig sei, um den Arbeiter vor dem Verhungern zu schützen. Trotzdem habe man dem Schleichhandel bekämpfen müssen, weil er sonst ins Ungemessene gewachsen wäre.

Von den Betrieben seien, auch illegal, Deputate gegeben worden. Angesichts der angespannten Kohlensituation habe man gerade unter Berücksichtigung des Rüstungsinteresses werder den landwirtschaftlichen noch den gewerblichen Betrieben gestatten können, aus den Kohlenlieferungen Deputate zu geben. Man könne nur darauf hoffen, daß die Flüssigkeit der Verkehrslage und eine gewisse Steigerung des Kohlenkontingents dazu führen würde, daß man etwas mehr bewilligt erhalte als bisher. Aber dieses Plus werde durch die zusätzlichen

19.6.1943

Produktionsauflagen, die dem Generalgouvernement gemacht werden, weitgehend konsumiert.

Die Unternehmer hätten sich vielfach auf den Weg der Selbsthilfe begeben. So sei es z.B. den Arbeitern einer Glasfabrik gestattet worden, außerhalb ihrer eigentlichen Arbeitsstunden noch Überstunden zu machen und in dieser Zeit Bedarfsartikel für den eigenen Verbrauch oder für den Weiterverkauf herzustellen. Dieses Verfahren sei volkswirtschaftlich noch einigermaßen unbedenklich, da ja der Glasofen ohnehin unter Hitze gehalten werde und und der Rohstoff keinen großen Eigenwert habe. Dieses Beispiel finde seine Fortsetzung in den verschiedensten Formen, z.B. in der Gewährung von Deputaten an Branntwein und Zigaretten usw.. Wäre man von seiten der Regierung dagegen eingeschritten, so hätte das ein gewaltiges Absinken der Gesamtproduktion des Generalgouvernements zur Folge gehabt: vieles, was zum mindesten mittelbar kriegswichtig sei, wäre nicht erzeugt worden.

Die Wirtschaftsverwaltung stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß für den Wirtschaftsverkehr die Rechtssicherheit des Eigentums unerläßlich sei; denn sie sei das tragende Moment einer auf Privateigentum begründeten Wirtschaftsordnung. Diese Auffassung jetzt aber publizistisch besonders herauszustellen, halte er für schwierig. Wenn jetzt eine Verlagerung vom Reich vorgenommen werden solle und ein großer Konzern nur in einem Betrieb Unterschlupf finden könne, der heute noch als selbständiger Betrieb von einem Polen geleitet werde, bezw. im Eigentum eines Polen stehe, dann sehe er keine Möglichkeit, das Eigentum des Betreffenden zu schützen. Man müßte dann schon eine Enteignungsgrundlage haben und so vorgehen können, wie das nach dem Enteignungsgesetz des Reiches möglich sei.

19.6.1943

Finanzpräsident Dr. Senkowsky geht auf die von verschiedenen Rednern berührte Frage der Deputate ein. Beim polnischen Tabakmonopol habe es schon im Frieden dieses Deputatsystem gegeben, wie es in der gesamten deutschen Tabakindustrie auch üblich sei. Dieses Deputat sei auch neben der Raucherkarte gegeben worden, aber seit einiger Zeit werde die Karte einbehalten. Die Verteilung des Deputats sei in der polnischen Tabakindustrie sehr unsozial gewesen, weil die Angestellten mehr erhielten als die Arbeiter und die Frauen überhaupt keine Raucherwaren bekamen. Er habe deshalb schon im Jahre 1939 ein einheitliches Deputat für sämtliche Arbeiter und Angestellten geschaffen. Dieses Deputat sei auch für die Frauen eingeführt worden. Anfangs hätten dann die polnischen Monopolbeamten auf das Deputat verzichten wollen, weil sie sich deputatmäßig mit den Arbeitern nicht gleichstellten, sie hätten dann aber doch später das Deputat wieder genommen. Durch die Zusammenfassung der Monopolverwaltung unter einheitlicher Leitung und weil es in polnischer Zeit verschiedene Monopole gegeben habe, seien die Monopolbetriebe etwas enger aneinandergerückt. Das Deputat in der Tabakindustrie habe seinen Ursprung in der Verhinderung von Diebstählen. Dieses Deputat sei in den Lohn einkalkuliert worden. In der Monopolverwaltung habe ein sogenanntes Kaufdeputat erst nach Beginn des russischen Feldzuges eingeführt werden müssen, weil sich damals ein sprunghaftes Ansteigen der Diebstähle gezeigt habe. Damals habe er erkannt, daß es nicht möglich sei, den Betrieb einer Monopolverwaltung, in welchem diese Waren selbst erzeugt würden, aufrecht zu erhalten, wenn man nicht den Arbeitern und Angestellten eine ausreichende Kaufmöglichkeit gebe. Da sämtliche Monopolbetriebe unter einheitliche Leitung gestellt worden seien, habe sich die Notwendigkeit einer

einheitlichen Verteilung dieser Deputate ergeben. Aufrecht erhalten geblieben sei das unentgeltliche Deputat im Tabakmonopol mit einem Verkaufswert von 15 Zloty. Das erhielten die Angehörigen der anderen Monopolverwaltungen nicht. Dann gebe es ein Kaufdeputat im Werte von 5o Zloty für sämtliche Monopolangestellten, und ferner seien sie berechtigt, 1,5 l Wodka zum amtlichen Preise zu kaufen. Ohne die Hergabe dieses 1,5 Liters Wodka könne er den Erfolg der Arbeit der Monopolverwaltung nicht garantieren.

Präsident Naumann stellt fest, daß von seiten der Hauptabteilung E. u.L. für polnische Angestellte keine Deputate gegeben würden. Die Deutschen erhielten ja bei der Lebensmittelzuteilung ausreichende Rationssätze. Er habe mit großem Interesse vernommen, welchen Umfang die Deputatgewährung in den anderen Sektoren schon angenommen habe.

Er bitte, daß ihm in der Frage der Industrieverlagerung unterallen Umständen rechtzeitig zur Kenntnis gebracht werde, welche Mengen von Nahrungsmitteln zur Verfügung gestellt werden müßten. Man müsse einen genauen Überblick haben, um den ernährungswirtschaftlichen Betrieb darauf auszurichten. Bisher sei man leider immer von diesen Dingen überrascht worden.

Wenn ab 1.September die Erhöhung der Rationssätze durchgeführt werde, dann bedeute das, daß z.B. bei Brot die hiesige Bevölkerung die Reichssätze erhalte, nicht bei Fleisch, Zucker und Fett. Das setze nun voraus, daß mit irgendwelchen Schwarzkäufen radikal Schluß gemacht werde, weil dadurch der Erfassungsapparat außerordentlich geschädigt werde.

19.6.1943

Der Herr Generalgouverneur betont, daß, wenn die Neuregelung am 1.September durchgeführt werde, der Schleichhandel mit allem Nachdruck bekämpft werde. Nur darin könne der Ausgleich liegen.

Präsident Naumann bemerkt, er habe von Generalleutnant Schindler die Zusage erhalten, daß die Rüstungsbetriebe vom 15.Mai ds.Jrs. mit dem Einkauf von Waren auf dem Schwarzmarkt unbedingt Schluß machen würden! Leider habe er aber vor einigen Tagen wieder feststellen können, daß ein namhaftes Rüstungswerk in Warschau Käufe in Erbsen und anderen Dingen getätigt habe.

Wenn die Ernährung weiter durchgeführt werden solle, dann müßten ihm auch die Produktionsmittel für die Landwirtschaft gegeben werden. Leider sei auch die Landwirtschaft gezwungen, sich in den Schleichhandel zu begeben, um z.B. Hufeisen einzukaufen. Deshalb müsse ihm die gewerbliche Wirtschaft diejenigen Produktionsmittel, die er zur Erstellung der Ernte brauche, liefern.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Verhandlungen zusammen und stellt fest:

1. alle Teilnehmer der Sitzung sind der Auffassung, daß die Durchführung einer möglichst umfangreichen Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln die erste Voraussetzung eines gedeihlichen Arbeitens der Wirtschaft ist.
2. Wegen der Besonderheiten, die in dieser Beziehung auch hinsichtlich der Ernährungsgrundlagen zu betrachten sind, müssen gemeinsame Abmachungen getroffen werden.

19.6.1943

3. Anzustreben ist eine programmatische Gesamtregelung aller Maßnahmen, die mit der 1.Sept. 1943 eintretenden Änderung in der Ernährung der polnischen Bevölkerung zusammenhängen. Für die Frage der Behandlung des Grundstückeigentums soll eine besondere Sitzung mit den Vertretern des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums anberaumt werden.

4. In die Frage der Verlagerung von Industriebetrieben aus dem Reich ins Generalgouvernement muß eine gewisse Klarheit gebracht werden.

13^{45} Schluß der Wirtscheftstagung.

13^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hotel Europa.

13^{55} M i t t a g e s s e n im Kasino der Oberfeldkommandantur (Hotel Europa) auf Einladung des Oberfeldkommandanten und Kommandanten von Warschau Generalleutnant Rossum.

15^{00} Fahrt nach Piaseczno.

15^{50} Besichtigung der NSV-Heime in Piaseczno.

Anschließend Fahrt nach Konstancin.

T e e im Hause des Gouverneurs Dr. Fischer.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Warschau zum Hause Roma.

Anwesenheitsliste

für die Wirtschaftstagung (Distrikt Warschau)

am Sonnabend, dem 19.Juni 1943 12 Uhr

im Palais Brühl

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Schlange	Abteilungsleiter	Abteilung Wirtschaft
Timmerle	Präsident	HA Wirtschaft
v. Seimsowsky	Präsident	HA Finanzen Abteilungsleiter
Zipper	Präsident	HA Forsten
Raabe		Leiter Zentralabteilung
Neumann		Hauptabt. E u. K
Schulz	Abteilungsleiter	Abt. E. u. K.
Hoffmann	Präsident	HA Siedlungswesen
Dr. Klare		Abteilungsleiter
Dr. Naumann	Reg. Dir.	Abt. Leiter
Ehrle	Ministerialrat	Abteilung Landwirtschaft
Reinecke	Leitender Ministerialrat	Abteilung Wirtschaft
Hinkel	Amtschef	Reichsleiter
Fischer		
Dr. Thom	SS-Standf.	Stellv. Leiter d.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Persönliche Referentin des	[illegible]
Schwerin	stellv. Pressechefin	Warschau
[illegible]	Schriftleiter	Krakauer Zeitung
[illegible]	Hauptabteilungsleiter im	Hauptabteilung Verwaltung im HSHA
Gerbel	Wehrwirtsch. Sachbearb.	Abteilung Finanzen
Bimmler	Bankdirektor der Bankaufsichtsstelle	Bankaufsichtsstelle f. d. Generalgouv.
[illegible]	Bankdirektor	Abt. Finanzen Hauptkasse
[illegible]	Abteilungsleiter	Abt. f. Devisenbewirtschaftung
Marx	Direktor	Warschau, Leiter
[illegible]	Direktor d. d. Reichsbank	Emissionsbank
[illegible]	[illegible] Vertreter	d. Hauptabt. Finanzen Verw. Reg. d. GG.

19.6.1943 Warschau

18 30 Der Herr Generalgouverneur trifft mit seiner Begleitung vor dem Hause " Roma " ein. Er schreitet die Front der dort aufgestellten Ehrenformationen eines S.A.-Sturmes und einer Abordnung der Hitler-Jugend ab.

18 35 Großkundgebung der NSDAP im Hause "Roma".

Nach dem Fahneneinmarsch wird die Kundgebung durch Distriktstandortführer Gouverneur Dr.Fischer mit folgenden Worten eröffnet:

Deutsche Frauen und Männer! Wir gedenken der gefallenen Kameraden.

(Die Versammlungsteilnehmer erheben sich von ihren Plätzen). Die Musik spielt das Lied vom guten Kameraden.

Ich eröffne die heutige Tagung der NSDAP und heiße Sie alle herzlich willkommen. Mein besonderer Gruß gilt den Kameraden des Heeres, der Luftwaffe, der Waffen-SS und der Polizei, die auch heute wieder zu dieser Kundgebung in so grosser Zahl erschienen sind, um damit ihrer Verbundenheit mit der Partei Ausdruck zu verleihen. Mein Gruss gilt weiter den Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements, die heute in Warschau anwesend sind, vor allem aber dem Redner des heutigen Abends, dem Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Generalgouverneur Dr. Frank.

Von lebhaftem Beifall begrüsst ergreift hierauf der Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouverneur Dr.Frank das Wort zu folgender Rede: -

19.6.1943

Deutsche Männer und Frauen der Stadt Warschau! Kameraden! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Für die Deutschen allüberall in der Welt ist jetzt eine schwere grosse Zeit. Wir können uns heute in das deutsche Schicksal hineinstellen, wo auf der Welt wir wollen, es ist ein hartes, ein absolut kampfdurchtobtes schweres Schicksal. In einem Völkerleben gehen eben nach geheimnisvollen Gesetzen die Entwicklungen und Schicksalsstunden in einem fortgesetzten Ausgleich des Schönen, des Friedlichen, des Gemässigten mit dem Stürmischen, ungeheuer opferreich Brandenden einher. Kein grosses Volk kann ewig beharren im friedlichen Gleichmass, im Wohlleben oder gar Dünkel. Wir sehen es ja an den sogenannten Neutralen, die sich in diesem Weltringen um Europas Kultur und letzte Freiheit abseits stellen, wohin diese Art sogenannter neutraler bequemer Gemächlichkeit führt.

Wir stehen wieder einmal vor einer grossen Auseinandersetzung, vor der Frage: soll das deutsche Volk, wie ich behaupte, das grösste Kulturvolk der Welt, von dem Bolschewismus Asiens überwunden werden, oder sollen wir nicht doch mit Gottes Hilfe den Sieg über das Weltjudentum davontragen? Ich weiss es, und wir alle in diesem Saale wissen es, dass der Kampf, der uns heute aufgezwungen ist, der jetzt sein ernstestes Gesicht zeigt, der jeden Einzelnen in seinem Leben hin-und herschüttelt, der Millionen unserer Männer heute aus Beruf, Familie, privater Stellung herausreisst und sie in eine Waffengemeinschaft des Opferns, des Duldens und des harten Beharrens hineinfügt,-dass dieser Kampf von uns

19.6.1943

ausgestanden werden wird. Und wie wir alle, so wisst gerade Ihr hier in Warschau, dass wir, von Gott mit diesem Siegeszeichen versehen, diesen Kampf bestehen werden.

Warschau hat in den letzten Monaten eine schwere Stunde nach der anderen erlebt. Es ist mir eine Freude und Genugtuung, aus diesem Vollgefühl des Sieges unseres Volkes heraus Euch tapferen deutschen Männern und Frauen dieses Distrikts Warschau die Grüsse des Führers und der Heimat überbringen zu können.

(Lebhafter Beifall)

Wir stehen hier auf einem vorgeschobenen Posten. Ihr habt unter den schwierigsten Voraussetzungen das deutsche Leben aufgebaut, habt in diesen vom Kriege völlig zerstörten Raum Ordnung, Klarheit und Sauberkeit wieder hineingebracht. Ihr habt durch die vergangenen Jahre die Städte aufgebaut, die Strassen instandgesetzt, die Bahnen eingerichtet, das Leben gesichert, die Elektrizitätswerke, die Wasserwerke, die Gaswerke wieder in Gang gebracht. Und nun stehen wir im vierten Jahre auf diesem Platz. Heute ist manchmal der Distrikt Warschau eines der wichtigsten und aktivsten Glieder in der Verbindung mit der kämpfenden Ostfront und der deutschen Heimat geworden. Wenn man diese Euren Leistungen, die Ihr deutschen Männer und Frauen dieses Distrikts vollführt habt, einmal in die Kriegsgeschichte einreihen wird, dann werden sie gewiss nicht ganz vergessen werden hinter den freilich alles überstrahlenden grandiosen Opfertaten unserer Soldaten der Wehrmacht. Aber Ihr könnt auch von Euch sagen: wir haben es hier auf unserem Posten unter vielen Schwierigkeiten geschafft. Heute beginnt

19.6.1943

Warschau schon mehr und mehr eine deutsch geführte, deutsch charakterlich durchzogene Stadt zu werden.

Wir wissen es alle, dass der Gegner nicht nur an der Front gegen uns kämpft. An der Front steht unsere unbesiegbare Wehrmacht; sie ist entschlossen, jeden Schlag der Gegner, gleich, wo er erfolgt, zurückzuschlagen. Sie wird da, wo es notwendig ist und der Führer es befiehlt, auch wieder aktiv zur Offensive übergehen. Hier gibt es kein Problem. Es gibt weder den Kritiker noch den Miesmacher, es gibt weder einen Zweifel noch irgend etwas anderes. Es ist ganz gleichgültig, ob wir Optimisten oder Pessimisten sind. Entscheidend ist nur, dass wir getreue, bedingungslos gehorsame Soldaten unseres Führers Adolf Hitler sind.

(Lebhafter Beifall)

Es ist auch völlig gleichgültig, welche Meinung der eine oder andere von uns über dieses oder jenes hier im Distrikt hat. Entscheidend ist, dass dieser Krieg, der so oder so über unser Volk gekommen wäre, nur gewonnen werden kann, weil es Adolf Hitler und seine Bewegung in Deutschland gibt.

(Lebhafter Beifall)

Wir wissen daher, dass diese Front steht. Wir wissen auch, dass Rückschläge da oder dort, wo sie eingetreten sind, so schwer und so schmerzlich sie auch waren, von der Kraft unseres soldatischen Volkes überwunden worden sind. Die Krisis ist allüberall überstanden, und neu steigt die Hoffnung auf. Diejenigen, die das nicht wahrhaben wollen, scheiden sich selber mehr und mehr aus

der völkischen Gemeinschaft aus.

Aber der Gegner führt den Krieg auch noch auf andere Weise. Nicht nur mit den immerhin ehrlichen Waffen der Front, mit den Waffen des Grenadiers, mit den Waffen, mit denen er auf den Meeren oder in der Luft kämpft, sondern auch mit jener heimtückischen Waffe, die er immer angewendet hat, führt er den Krieg gegen Deutschland. Das erste ist wieder die heimtückische Waffe der Blokade. England, Russland und Amerika, diese drei Mächte, die mit ihren Reichtümern an Rohstoffen prunken, wollen uns in unsere Lebensmittel nehmen, um dadurch unsere Front, unsere Wehrwirtschaft, unsere völkische Energie zu schwächen. Heute aber sei gesagt: Bevor das deutsche Volk und die mit ihm verbündeten Völker Europas hungern, werden die von uns besetzten Gebiete verhungern. Das sage ich eiskalt in dem Bewusstsein, dass die Rücksichtnahme auf diese Gebiete uns nicht in höherem Grade auferlegt ist als die Rücksichtnahme auf die allgemeinen menschlichen Gesetze England und Amerika auferlegt ist. Wenn sie uns aushungern wollen, dann werden wir den europäischen Völkern, denen sie angeblich Hilfe bringen, die gleichen Opfer auferlegen.

Aber abgesehen von der Blokade ist der gemeinste Krieg, den sie führen, der, dass sie mit ihrer Hetze nun den Mord und den Terror in die besetzten Gebiete bringen wollen. Was sie hier in diesem Lande in dieser Beziehung tun, zeigen die Ereignisse der letzten Monate und Wochen. In zunehmendem Masse werden unsere deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen in Gefahr gebracht. Schon eine grosse Zahl dieser Männer und Frauen ist das Opfer von gemeinen heimtückischen Mordanschlägen geworden.

19.6.1943

Aber ich erkläre hier im Namen des Reiches, dass die Autorität in diesem Gebiet beim Führer und beim Reiche liegt. Niemand, vor allem kein Meuchelmörder wird es jemals erreichen, dass die Autorität des Reiches sich aus diesem Raum zurückzieht.

(Lebhafter Beifall)

Wir weichen niemandem. Mögen sie sich in Acht nehmen, diese anonymen Hetzer, diese Meuchelmörder, diese Banditenorganisationen, die sie uns schicken! Nicht das Deutschtum kommt dadurch in Gefahr, sondern das Polentum.

(Lebhafter Beifall)

Denn nichts wird uns hindern, für jeden ermordeten Deutschen Sühne zu fordern, die angesichts der Gemeinheit einer solchen Tat am Platze ist. Ich habe vom Führer die generelle Ermächtigung erhalten, in diesem Lande alles zu tun, was notwendig ist, um die Sicherheit bis ins Letzte herzustellen und durchzuhalten. Polizeitruppen rücken ein, Verstärkungen auf allen Gebieten rücken an. Und so wird in ganz kurzer Zeit die Autorität in diesem Raum restlos wieder hergestellt werden, die ohnedies im Ernst niemals bedroht war.

Aber Ihr deutschen Männer und Frauen sollt auch wissen, dass der Kampf, den Ihr hier mit Einsatz Eures Lebens führt, vom ganzen deutschen Volk verstanden wird. Der ganze Apparat der bewaffneten Macht Deutschlands steht hinter Euch. Heute ist dieses deutsche Reich nicht mehr jenes, auf das immer wieder unsere Gegner hoffen, die da annehmen, es würde doch irgendwo wieder einmal ein Schwächepunkt entstehen, eine

19.6.1943

Spaltung kommen, oder gerade hier in unserem Raum würden etwa deutsche Männer und Frauen, von Angst erfüllt, das Land verlassen. Niemals! Gefährdet ist ja der Deutsche heute allüberall. Wenn er in einer Stadt des Rheinlandes wohnt, muss er sein Leben genau so riskieren; denn die englischen Bomben metzeln ja dort auch die friedlichen Einwohner nieder. Und der Deutsche hier weiss, dass das Opfer, das er bringt, genau so für das Vaterland gebracht ist wie in irgend einer bombengefährdeten Stadt. Gleichwohl muss ich Euch allen, den Männern und Frauen in diesem Raume, meinen Dank aussprechen, vor allem denen, die in den abgelegenen Teilen dieses Distrikts, in den Wäldern, auf den einsamen Stationen, an den einsamen Strassen in den Kreishauptmannschaften draussen ihre Pflicht tun, dort draussen oder hier in der Stadt Warschau mit unendlich grossen auseinandergezogenen Räumen der Behörden und Dienststellen. Ich erkenne an, dass Ihr tapfer diese Stellung gehalten habt, und weiss, dass Ihr sie auch weiter halten werdet.

Im übrigen ändert sich an den Grundsätzen und der Führung dieses Raumes und Verwaltung nichts. So sehr auch die Banditen und die internationalen rein jüdischen Hetzer versuchen, im letzten Augenblick noch in den besetzten Gebieten das Kriegsziel mit solchen Mitteln für sich zu sichern, so sehr sei ihnen gesagt, dass wir Deutschen jetzt gewappnet sind.

Ich weiss auch, dass das Gros der polnischen Bevölkerung diesem Treiben fernsteht. Ich habe mich aus den Berichten der Sicherheitsorgane auch dieses Distrikts überzeugt, dass das Gros der Bevölkerung diesem Treiben tatsächlich völlig fernsteht. Ich weiss, dass Tausende und Abertausende polnische Männer und Frauen in deutschen whrwichtigen Indu-

striеn unter schwersten Lebensbedingungen arbeiten. Loyal, wie das deutsche Reich Adolf Hitlers immer ist, wird es auch die Loyalität dieser Arbeit mit Loyalität belohnen. Die Lebensbedingungen der fremdvölkischen Bevölkerung werden ab 1.September eine grundlegende Verbesserung erfahren, wie sie auch notwendig ist. Wir werden hier die Sätze einführen, die für die Fremdvölkischen in anderen Teilen des Reiches schon eingeführt sind und die etwa 80% der für die Deutschen in Deutschland gewährten Sätze ausmachen.

(Lebhafter Beifall)

Damit wird in einam der grossen Punkte wiederum gezeigt, dass die europäische Neuordnung, die Adolf Hitler plant, auch in diesem Raume Anwendung finden wird.

(Lebhafter Beifall)

An die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes, an Polen und Polinnen, richte ich aber eine letzte entscheidende Warnung, sich unter allen Umständen von jenem Treiben fernzuhalten und fordere sie auf, jedem Versuch einer Organisation, die deutsche Ordnung und das deutsche Leben in diesem Raume zu gefährden, abzuwehren. Es gibt keinerlei Entschuldigungen dafür. Der Hinweis darauf, dass etwa da und dort in der Welt Grüppchen von Emigranten versuchen, nochmals die alte Ordnung herbeizuführen, ist geradezu albern. Die polnische Republik oder ein irgendwie gearteter <u>eigener polnischer Staat</u> wird niemals wieder erstehen.

(Stürmischer Beifall)

Dieser Staat war ohnedies, wie die Geschichte

zeigt, ein schweres Unglück für das polnische Volk. Das polnische Volk hätte längst friedlich sein Leben führen können, wenn es nicht immer wieder durch blinde und habgierige Abenteurer in eine sogenannte Staatsgründung hineinverleitet worden wäre. Es geht nicht an, dass das wachsende grossdeutsche Volk des nationalsozialistischen Reiches die Weichsel jemals freigeben könnte. Da nun einmal dieses Gebiet zum Lebensraum unseres grossdeutschen Volkes gehört, kann nur die eine Schlussfolgerung gezogen werden, dass nur unter gegenseitigem Ausgleich der völkischen Interessen dieses Raumes eine vernünftige dauernde Regelung des Gemeinschaftsdaseins erreichbar ist. Dazu sind wir in diesem Raum; das ist die erste Aufgabe des Deutschtums in diesem Lande. Denn wenn der Krieg einmal beendet ist, dann werden Tausende und Abertausende von Deutschen in diesen Raum kommen. Trotzdem werden wir Platz finden für das Leben und das wohlgefügte, auch eigengesetzliche Dasein des polnischen Volkstums in diesem Raum. Wir wollen den Polen weder ihre Sprache noch ihre Kultur noch ihre Kirche noch sonst etwas nehmen; wir wollen sie nur davor bewahren, dass sie durch eigene Staatsgründung immer wieder ins Unglück gestürzt werden. Unter dem Schutz des grossdeutschen Reiches kann das polnische Volk friedlich den Acker bestellen und seiner Arbeit nachgehen. Wir wollen nicht germanisieren; solche lächerlichen Pläne haben wir nicht. Wir wollen nur den freien Entwicklungsgang für das deutsche Volk in diesem Raum; alles andere wäre eitel Mühe.

19.6.1943

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen, in diesem ernsten Augenblick möchte ich Ihnen das eine sagen: es ist eine Stunde des starken Erkennens, der Rückschau auf vier Jahre unserer Arbeit. Als wir in dieses Land gekommen sind, war unser Programm sehr einfach. Unter allen Umständen mussten wir zunächst einmal versuchen, das zerstörte Gebiet der deutschen Kriegführung irgendwie nutzbar zu machen. Das ist geglückt: der Anteil des Generalgouvernements an der deutschen Kriegswirtschaft ist ausserordentlich gross. Die Bedeutung dieses Gebietes für den grossdeutschen Machtbereich ist viel grösser, als wir es jemals erwartet hatten. Daraus geht hervor, dass auch die Führungsaufgabe, die uns alle gemeinsam in diesem Raume auferlegt ist, eine unendliche Bedeutung für die Heimat hat. Und wieder daraus geht hervor, dass die absolut klare, trutzige und mit den Boden verbundene Haltung des Deutschen dieses Raumes als eines fanatischen Pioniers des deutschen Freiheitskampfes in diesem Lande die erste Voraussetzung sein muss. Wir können hier keine Duckmäuser, keine Feiglinge, keine plutokratischen Geschäftemacher, keine Neidhammel und keine kleinlichen Seelen brauchen. Dieser Raum hat nur Platz für Menschen, die als Träger von Pflichten auch tapfere Soldaten sind. Nicht dafür ist dieser Raum erkämpft worden, damit einzelne Personen oder Konzerne oder Inhaber von Fabriken hier grosse Gewinne einstreichen. Wir sind in dieses Land nicht gekommen, um uns zu bereichern, sondern um mit ihm und seiner Arbeit den ganz harten Kampf unseres Volkes möglichst sichern zu helfen. Und Ihr seid dazu aufgerufen, diese Pflicht zu

19.6.1943

erfüllen. Sie müssen sich dessen bewußt sein, daß es schon etwas bedeutet, daß wir von Warschau als einer deutschen Distrikt-Hauptstadt sprechen, daß das schon etwas bedeutet, wenn man bedenkt, daß hier einmal die Hauptstadt der polnischen Republik war, in der alle jene Feinde Deutschlands aus und ein gingen, in der die geheimen Bündnisse gesponnen worden sind, von der aus das internationale Treiben im Kampf gegen Adolf Hitler und sein deutsches Volk kam.

Es ist allerdings ein Trugschluß, es mit jenem deutschen Volk von 1918 vergleichen zu wollen. Daher, meine Volksgenossen und Volksgenossinnen, bleiben Sie der Bewegung verschworen wie je! Schließen Sie sich nicht an eine irgendwie abgewandelte Richtung an, kritisieren Sie nicht, werden Sie nicht müde, matte Zweifler. Lassen Sie sich durch nichts aus dieser klaren Linie der Treue, des Gehorsams gegenüber dem Führer und seiner Wehrmacht herausbringen. Es gibt nichts im Hinterland oder hier in diesem Raum, was nicht ebenso schwer wäre, wie das, was irgendein Frontsoldat oder eine unter der Bombengefahr stehende Stadt zu dulden hätte. Und Warschau gehört ja vor allem zu den Städten, die unter Bombenhagel gelitten haben.

So glaube ich denn, daß die Deutschen des Distrikts Warschau wie bisher treu in die Zukunft marschieren werden und daß nichts diesen Marsch aufhalten wird. Der Herrgott hat uns Adolf Hitler geschickt, der Herrgott weiß, warum er es tat. Die Probe werden wir bestehen. Seid also dazu aufgerufen, bleibt wach, stark und treu!

19.6.43

Mit dem von Bereichsleiter Pfliegner ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

19^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schloß Belvedere.

20^{15} Abendessen im Schloß Belvedere auf Einladung des Herrn Generalgouverneurs.

23^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Warschau.

Sonntag, den 2o.Juni 1943

0^{40} Abfahrt des Sonderzuges von Warschau.

9^{00} Frühstück im Speisewagen des Sonderzuges.

13^{20} Eintreffen des Sonderzuges im Hauptbahnhof Lemberg.

Begrüßung durch Gouverneur Dr. Wächter, der an der Weiterfahrt teilnimmt.

13^{30} Mittagessen im Speisewagen des Sonderzuges.

15^{10} Ankunft in Stryj.

Kreishauptmann Dr. von Dewitz empfängt den Herrn Generalgouverneur und seine Begleitung auf dem Bahnsteig.

15^{15} Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Bahnhofsvorplatz. Hier haben Abordnungen der S.A., der Hitlerjugend, zahlreiche Trachtengruppen und die Freiwilligen der SS-Schützen-Division Galizien Aufstellung genommen. Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front dieser Formationen ab. Er nimmt dann die Meldung des Obersten Bisanz, des Leiters des Wehrausschusses, entgegen; dann werden ihm die Freiwilligen der SS-Schützen-Division von einem Kombattanten gemeldet.

Nach einem von einem ukrainischen Chor vorgetragenen Volksliede ergreift Kreishauptmann von Dewitz das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Herr Generalgouverneur! Sonnenglanz liegt heute über diesem schönen Lande, Freude strahlt aus den Augen dieser Menschen, die, zum Teil von weither, hier zusammengekommen sind, um Sie zu begrüßen. Dankbarkeit

bewegt in dieser Stunde unsere Herzen, da Sie unter uns weilen, und da die Bevölkerung, insbesondere die ukrainische Jugend, ihrem Generalgouverneur ins Auge sehen darf.

Im Namen der hier eingesetzten Deutschen und im Namen der Bevölkerung darf ich Sie, Herr Generalgouverneur, und die hohen Gäste auf das herzlichste willkommen heißen. Ihr Besuch ist für uns alle eine hohe Ehre und eine stolze Auszeichnung.

Darüber hinaus erfüllt uns aber die einmalige Tatsache, daß Sie mit den Herren Ihrer Regierung zu uns hinausgekommen sind, mit tiefster Genugtuung und ist für uns aine dankbar empfundene Bestätigung des lebendigen Interesses und der engen Verbundenheit zwischen oberster Verwaltungsführung und unterster Verwaltungsfront.

Herr Generalgouverneur! Über dieses Land, über diese Bevölkerung ist etwas Schlimmeres hinweggegangen, als es selbst ein Krieg bedeuten kann. Zwei Jahre hat hier der Bolschewismus gehaust, hat diese Inkarnation der Unmenschlichkeit Orgien gefeiert und systematisch begonnen, die Seelen dieser Menschen zu zerstören und ihnen jede Hoffnung und jeden Glauben an das Schöne und Edle im Menschen,zu nehmen. Kaum einer von den Männern und Frauen, die heute hier auf diesem Platz stehen, ist vom Bolschewismus verschont geblieben. Überall hat er schwerste Wunden geschlagen und hat mit Mord und Verschleppung in fast jede Familie gegriffen.

Die ukrainische Bevölkerung hat daraus ihre Konsequenz gezogen! Sie hat die deutschen Soldaten mit Jubel empfangen und hat sich der nachfolgenden deutschen Verwaltung in loyaler Haltung zur Verfügung gestellt. Bauern, Arbeiter und ukrainische Intelligenz

haben gemeinsam zugegriffen und haben durch ihre Arbeit mitgeholfen, die sowjetische Zerstörung und Zersetzung zu beseitigen und eine neue Ordnung aufzurichten.

Fast zwei Jahre deutscher Verwaltung liegen nun hinter uns. Die Maßnahmen, die wir in dieser Zeit treffen mußten, waren oft, durch die Kriegsnotwendigkeiten, hart. Trotzdem hat die Bevölkerung, im Vertrauen auf unsere gerechte und verständnisvolle Führung, alles getan, um den auferlegten Verpflichtungen nachzukommen, und so konnten auf manchen kriegsentscheidenden Gebieten, so z.B. bei der Ernteablieferung, bei der Arbeitergestellung ins Reich und bei dem Holzbeschaffungsplan beste Leistungen in der Kreishauptmannschaft Stryj erbracht werden. Die Aufstellung einer ukrainischen SS-Schützen-Division hat die Bevölkerung dankbar begrüßt und durch ihre Meldungszahl bewiesen, daß sie von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß die Ukrainer dieses Gebietes nur leben werden, wenn Deutschland lebt.

So glaube ich, daß ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, namens der ukrainischen Bevölkerung, die Versicherung abgeben kann, daß dieselbe auch weiterhin in Dankbarkeit gegenüber ihren deutschen Befreiern und in klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten des Krieges mitarbeiten wird, um das ihre beizutragen zur Neugestaltung Europas.

Für die hier eingesetzten Deutschen gebe ich Ihnen aber das feierliche Gelöbnis, daß wir in harter Entschlossenheit und unerschütterlicher Treue unsere ganze Kraft und Energie daran setzen wollen, die uns hier auf vorgeschobenem Posten von Ihnen gesteckten Ziele zu erreichen, und daß wir nichts anderes sein wollen, als das, was wir bisher schon gewesen sind, nämlich fanatische Pioniere des Ostens.

20.6.1943

In diesem Sinne heiße ich Sie, Herr Generalgouverneur, und die hohen Gäste nochmals auf das herzlichste willkommen.

Bürgermeister Josef Bandera begrüßt den Herrn Generalgouverneur im Namen der Bevölkerung der Stadt Stryj und überreicht Salz und Brot.

Im Namen des Ukrainischen Hilfskomitees in Stryj heißt der Leiter des Komitees Dr. Iwan Maksymtschuk den Herrn Generalgouverneur herzlich willkommen. Er führt in seiner Ansprache aus:

Am 22.Juni 1943 wird sich der zweite Jahrestag des gigantischen Ringens der deutschen Wehrmacht mit dem größten Feind der Menschheit, dem Bolschewismus, erfüllen. Die allerbeste Armee der Welt, die fast alle Völker Europas vereinigte, um diesen hartnäckigen Feind zu vernichten, hat auch den galizischen Ukrainern die langersehnte Freiheit gebracht. Endlich wurde unser Traum Wirklichkeit: fast das ganze Gebiet der Ukraine wurde vom sowjetrussischen Joch erlöst. Die ukrainische Nation hat lange Jahre mit ihrem größten Feinde, dem Bolschewismus, gekämpft, sie war sich aber gleichzeitig dessen bewußt, daß es ihr allein aus eigenen Kräften nicht gelingen wird, den bolschewistischen Koloß zu besiegen. Lange Jahre hindurch hat sie auf den günstigen Augenblick gewartet. Als dann von außen her der gewaltige militärische Schlag gegen die kommunistische Bastille gefallen war, stellte sich das ukrainisehe Volk einmütig und einheitlich an die Seite der deutschen Armee, der deutschen Nation und ihres Führers, um mit allen Kräften zu helfen, jenen Feind zu zerbrechen, der uns alle zu vernichten drohte.

20.6.1943

Die einen von uns stellten sich unmittelbar in die Reihen der deutschen Truppen, um aktiv auf dem Schlachtfelde zu kämpfen; die anderen haben sich in den aktiven Wiederaufbau der Verwaltung und des wirtschaftlichen Lebens des durch die lange Sowjetherrschaft zum Ruin gebrachten Landes eingeschaltet. Wir alle strengen unsere Kräfte an, durch gewissenhafte und loyale Arbeit der deutschen Armee und der deutschen Verwaltung die Erreichung des einzigen Endziels zu ermöglichen, den endgültigen Sieg über den Feind. Um diesen Sieg schneller zu erreichen, werden wir niemals Opfer sparen.

Durch die Proklamation des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter vom 28.April 1943 wurde die Aufstellung der SS-Schützen-Division Galizien kund gemacht. Dadurch wurde den galizischen Ukrainern die Möglichkeit geboten, sich aktiv in den Kampf gegen den Bolschewismus an der Seite der deutschen Armee einzuschalten. Die alte Waffenbrüderschaft zwischen den deutschen und ukrainischen Soldaten ist damit wiederum zur Tatsache geworden. Jeder, der die Geschichte der ukrainischen Freiheitskämpfe gegen die Bolschewiken kennt, wird sich des Jahres 1918 erinnern. Damals hat der Ukrainische Zentralrat in Kiew den damaligen Kaiser Wilhelm II. gebeten, die deutsche Armee unter dem Kommando des Feldmarschalls von Eichhorn in die Ukraine zu beordern, um die gegen Westen vordringende Rote Armee zurückzuschlagen. Diesem Gesuche wurde stattgegeben, und die vereinigten deutsch-ukrainischen Militärkräfte haben den roten Feind weit nach Osten zurückgeworfen. Ganz Ukraine wurde damals zum erstenmal von der bolschewistischen Übermacht befreit. Einige Monate später wurde auch der jungen Finnenstaat mit ausgezeichneter Hilfe der deutschen Armeen, die unter dem Kommando des Feldmarschalls

20.6.1943

von der Goltz standen, von der roten Pest befreit.

Deutsche und Ukrainer waren die ersten Völker in der neuzeitlichen Weltgeschichte, die die dem Westland drohende rote Gefahr erkannt haben. Auf diese Traditionen greifen wir Ukrainer zurück, indem wir in der Proklamation nur positive Elemente sehen und sie mit allen unseren Kräften unterstützen werden. Uns wurde jetzt die Möglichkeit gegeben, über den Kampf gegen den Bolschewismus nicht mehr zu deklamieren, sondern wir werden den Kampf an der Seite Großdeutschlands aufnehmen, ihn verwirklichen und bis zum siegreichen Schluß führen.

Herr Generalgouverneur, ich versichere Sie im Namen der gesamten ukrainischen Bevölkerung, daß wir die uns gestellten Aufträge mit Freude erfüllen werden. Wir werden alle unsere Kräfte anstrengen, das angefangene Werk zu vollenden, wir werden mit eifrigster Opferwilligkeit dem an uns gerichteten Befehl rückhaltlos Folge leisten. Wir alle sind der festen Überzeugung, daß sich unsere bisherige Zusammenarbeit mit der deutschen Verwaltung noch verstärken und vertiefen wird.

Wir danken Ihnen, Herr Generalgouverneur, für Ihren heutigen hohen Besuch. Wir danken Ihnen herzlichst für alle die Begünstigungen, die wir Ukrainer unter dem Schutze des großen deutschen Reiches, dessen höchster Träger im Generalgouvernement Sie sind, erreicht haben. Ich bitte Sie, dem Führer des deutschen Volkes Adolf Hitler unseren innigsten Dank für den bisherigen Schutz, für die freie Entwicklung des ukrainischen Volkes im Distrikt Galizien und für die allerhöchste Genehmigung zur Aufstellung der SS-Schützen-Division Galizien gefälligst übermitteln zu wollen.

Heil Hitler!

20.6.1943

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Kreishauptmann! Herr Bürgermeister! Meine Herren vom Ukrainischen Hilfskomitee! Ich bin außerordentlich dankbar füe die liebenswürdigen Worte des Empfanges, die ich soeben für mich und die Herren der Regierung des Generalgouvernements entgegennehmen durfte. Die leuchtende Sonne dieses Tages strahlt auf ein zukunftsfrohes Volk herab. Wenn ich Eure schmucken Kinder und die Männer der Freiwilligen SS-Division Galizien vor mir sehe, dann kann ich mich nur über diesen schönen Tag freuen.

Auf Befehl des Führers Adolf Hitler sind wir in dieses Land vor zwei Jahren als Repräsentanten des Großdeutschen Reiches eingezogen, um Euch von dem bolschewistischen Terror zu befreien. Ich habe damals in der Proklamation, mit der ich den Distrikt Galizien aufnahm, an Eure Loyalität appelliert. Ich habe Euch gebeten, mitzuhelfen am Aufbau eines neuen glücklichen Lebens im neugeordneten Europa. Ich möchte heute mit ergriffener Dankbarkeit feststellen, daß die ukrainische Bevölkerung des Distrikts Galizien diesem Aufrufe in vollem Umfange gefolgt ist. Ich bitte Euch, auch weiter tapfer auszuharren und dafür zu sorgen, daß wir mit den unvermeidlichen Schwierigkeiten dieses großen Freiheitskrieges endgültig fertig werden. Ihr Bauern, bestellt die Felder, Ihr Arbeiter, arbeitet in den Werken! Und nun ein neuer Ruf: Ihr Freiwilligen der ukrainischen Bevölkerung des Distrikts Galizien, kämpft mit der Waffe gegen den Bolschewismus! Bauern, Arbeiter und Freiwillige dieses Distrikts, Ihr seid damit eingereiht in die große Gemeinschaft der europäischen Kulturvölker.

20.6.1943

Das ganze deutsche Volk blickt mit Stolz und Bewunderung auf seine Helden. Was der deutsche Soldat im Kampf gegen den Bolschewismus geleistet hat, ist weltgeschichtlich größte Tapferkeit. Und die altbewährte Freundschaft zwischen dem deutschen und ~~ku~~ ukrainischen Volke wird erneut befestigt, wenn die ukrainischen Männer dieses Distriktes mit der Waffe in der Hand als Kameraden neben dem deutschen Soldaten gegen den Todfeind aller Kultur, allen Christentums und jeglichen Fortschritts antreten.

Herr Kreishauptmann, ich habe aus Ihrem Munde das Gelöbnis der Deutschen dieses Kreises entgegengenommen, dass sie so wie bisher ihre Pflicht tun wollen. Ich danke Ihnen dafür. Ich weiß, welch' unsagbare schwierige Aufgabe es für Sie ist und die Männer der Verwaltung dieses Kreises, hier unter den schwersten Kriegsbedingungen Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Dieser Krieg fordert von uns allen Opfer. Aber sein Lohn wird der ewige Frieden in Europa und das ewige Glück der befreiten europäischen Völker sein. Ich weiß, daß die deutschen Männer der Verwaltung dieses Kreises, von Ihnen geführt, Herr Kreishauptmann, ein Vorbild dieser klaren Einstellung zur Gegenwart und Zukunft sind.

Herr Bürgermeister, ich danke Ihnen dafür, daß die ukrainische wie auch die übrige Bevölkerung hier treu mit den deutschen Behörden zusammenarbeitet. Ich gebe wiederholt die Erklärung ab, daß das loyale Verhalten der Bevölkerung gegenüber der deutschen Führung durch das loyale Verhalten der deutschen Führung gegenüber der Bevölkerung belohnt wird. Ich freue mich, daß ich angesichts der ewigen Sonne die Hoffnung haben darf, daß auch der Kreis Stryj des Generalgouvernements mit seiner Bevölkerung einer glücklichen Zukunft entgegengehen wird. Der Sieg wird auf seiten derer sein,

20.6.1943

die den Bolschewismus im Namen Gottes bekämpfen.

15^{50} Weiterfahrt des Herrn Generalgouverneurs und seiner engsten Begleitung in die volksdeutsche Siedlung Neudorf im Kreise Drohobycz.

16^{12} Der Kreishauptmann von Drohobycz Rechtsanwalt Görgens erwartet den Herrn Generalgouverneur vor der Straßenabzweigung nach Neudorf und geleitet ihn und die anderen Gäste ins Dorf.

Vor dem Deutschen Haus von Neudorf werden der Herr Generalgouverneur und seine Begleitung von einem Vertreter der volksdeutschen Mittelstelle, dem Leiter der Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Oberst Bisanz und dem Schulzen erwartet. Dort haben auch bereits die neuen deutschen Siedler Aufstellung genommen.

Vor den deutschen Siedlern hält dann der Herr Generalgouverneur eine kurze Ansprache, in der er auf die Bedeutung der Siedlung Neudorf hinweist und den Siedlern alles Gute für ihre weitere Arbeit wünscht.

16^{45} Ankunft der Wagenkolonne in Drohobycz.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich in den Großen Rathaussaal, wo er durch den Kreishauptmann Rechtsanwalt Görgens begrüßt wird, der in seiner Ansprache auf die Bedeutung des Kreises als Zentrum der Erdölförderung hinweist.

Im Anschluß daran bittet der Bürgermeister der Stadt Drohobycz den Herrn Generalgouverneur, seinen Namen in das Goldene Buch der Stadt einzutragen.

20.6.1943

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Herr Kreishauptmann, Herr Bürgermeister! Ich danke Ihnen sehr für die Grüße des Kreises und der Bevölkerung dieser Stadt. Seien Sie überzeugt, daß die Regierung des Generalgouvernements wie ich alles tun werden, um die loyale Arbeit der ukrainischen wie polnischen Bevölkerung dieses Raumes loyal zu lohnen. Vor allem die Deutschen des Kreises dürfen überzeugt sein, daß wir sehr wohl wissen, welche Schwierigkeiten sie zu überwinden haben und wie außerordentlich verantwortungsvoll die Aufgaben in diesem Kreise sind. Seien sie überzeugt, daß wir alle davon Kenntnis haben und auch in Zukunft diesem Kreise unser ganzes Interesse gelten wird.

Der Herr Generalgouverneur trägt sich dann in das Goldene Buch der Stadt Drohobycz ein und begibt sich darauf mit seiner Begleitung vor das Rathaus.

Eine Trachtengruppe überreicht dem Herrn Generalgouverneur Mineralien, wie sie im Kreise Drohobycz gefunden werden.

Danach erstattet der Kreisbeauftragte des Wehrausschusses Meldung über die angetretenen Kombattanten und Freiwilligen der SS-Schützen-Division.

17^{10} Weiterfahrt zur Raffinerie Drohobycz-Ost (Polim) der Karpaten Öl-AG..

17^{20} Vortrag des Generaldirektors Große über das Erdölgebiet Galiziens und die Verarbeitungsstätten.

17^{30} Rundgang durch die Anlagen der Raffinerie Drohobycz-Ost.

20.6.1943

18^{30} Weiterfahrt nach Boryslaw.

18^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Boryslaw auf dem Aussichtspunkt, woselbst Erläuterungen des Bohrfeldes gegeben werden.

19^{05} Weiterfahrt durch das Bohrfeld über Tustanowice nach Truskawiec. - Unterwegs findet die Besichtigung einer Rotary-Bohranlage statt.

19^{45} Ankunft in Truskawiec. - Gemeinsames Abendessen.

Montag, den 21. Juni 1943

0^{00} Abfahrt des Sonderzuges von Truskawiec.

3^{30} Ankunft in Lemberg.

8^{00} Frühstück im Speisewagen des Sonderzuges.

9^{00} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof in Lemberg. - Begrüßung durch Amtschef Rechtsanwalt Bauer.

9^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Gebäude der Statthalterei.

9^{20} In den Empfangsräumen des Statthaltereigebäudes werden dem Herrn Generalgouverneur die Mitglieder des Ukrainischen Hauptausschusses durch Oberst Bisanz, Leiter der Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, vorgestellt.

Der Leiter des Hauptausschusses Professor Kubijowitsch richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Eure Exzellenz! Wir sind vor Ihnen erschienen, um Sie im Namen des Ukrainischen Hauptausschusses als Vertreter der ukrainischen Volksgemeinschaft Galiziens anläßlich Ihres Besuches in Lemberg aufs herzlichste zu begrüßen.

Seit Ihrem letzten Besuch in Lemberg im vorigen Jahr, wo Sie feierlich die Grundsätze des Privateigentums wiederhergestellt und dadurch den grundlegenden Stein zu der neuen Ordnung gelegt haben, wurde hier mit Eifer gearbeitet und auf allen Gebieten viel geschaffen.

Vor allem hat sich unsere Zusammenarbeit mit allen deutschen Behörden des Distrikts vertieft und ausgebaut.

21.6.1943

Unsere Beziehungen zu den höchsten und maßgebendsten Stellen im Distrikt sind sogar herzlich geworden. Ihnen haben wir die Bedingungen zu verdanken, welche hier uns allen die Arbeit in normalen geregelten Verhältnissen ermöglichen. Dieses wohlwollende und verständnisvolle Entgegenkommen von beiden Seiten hat günstige Voraussetzungen für die Aufbauarbeit in Galizien geschaffen.

Auch im vergangenen Jahre waren alle Schichten unseres Volkes tüchtig am Werke, um nach ihrem besten Wissen und Gewissen ihren Beitrag zum Gelingen des gewaltigen Ringens von ganz Europa gegen den Bolschewismus beizusteuern.

Vor kurzem hat der Herr Gouverneur den 300 000sten Arbeiter aus Galizien verabschiedet ins Reich. Die Bauernbevölkerung Galiziens hat ihre Kontingente in befriedigendem Maße geliefert. Die Intelligenzkreise haben sich restlos dem Ukrainischen Hauptausschuß zu seiner aufklärerischen Arbeit zur Verfügung gestellt, was zur Aufrechterhaltung des lebendigen Verständnisses der breitesten Massen des ukrainischen Volkes für die Kriegsnotwendigkeiten und zur Bewahrung der Ruhe und Ordnung in unserem Lande verholfen hat. Die schaffende Intelligenz arbeitet mit vollem Eifer und mit Hingabe, wenn auch unter schweren Entbehrungen der Kriegszeit, in allen Behörden und Kontoren.

Und dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo der Führer Adolf Hitler durch seine und des Reichsführers Entschluß über die SS-Schützen-Division Galizien unseren Kriegseinsatz anerkannt hat. Darin sehen wir den Beweis, daß Sie, Exzellenz, unsere Wünsche, die wir vor Ihnen zum Ausdruck brachten, nach oben weitergeleitet haben, und wir danken Ihnen dafür von Herzen. Dieser

21.6.1943

Beschluß war für uns ein Wendepunkt. Der Ukrainische Hauptausschuß hat sich mit seinem ganzen Apparat der Sache der Division voll zur Verfügung gestellt und den Wehrausschuß, welcher mit dem Hauptausschuß auf das engste zusammenarbeitet, mit allen Kräften unterstützt. An dem Zustandekommen dieser Division hat der Herr Gouverneur von Galizien außerordentliche Verdienste. Ihm gilt gleichfalls unser herzlichster Dank. Dadurch ist der ukrainischen wehrfähigen Jugend die Möglichkeit gewährt und zugleich die Ehre zuteil geworden, mit dem besten Soldaten der Welt mitkämpfen zu können. Wir hoffen, daß sie bald unter die Fahnen einberufen wird.

Allmählich beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß unserem Distrikt eine besondere Bedeutung zukommt. Galizien ist durch seine geographische Lage wie auch infolge seiner historischen Vergangenheit eine natürliche Brücke zwischen West und Ost; es ist am meisten berufen, die Mittlerrolle zwischen Westeuropa und den östlichen Gebieten zu spielen. Es ist das Bindeglied, welches am besten helfen kann, den östlichen Raum organisch in die europäische Lebensordnung einzubeziehen. Dadurch rechtfertigt sich die Sonderstellung Galiziens im Rahmen des Generalgouvernements.

Auf der Grundlage der Prinzipien des Privateigentums wollen wir unser völkisches Leben weiter entfalten. Besonders sind wir bestrebt, es auf die Erfordernisse der Kriegszeit und der Kriegführung auszurichten. Außerdem möchten wir es so gestalten, daß die historische Rolle Galiziens, Mittler zwischen West und Ost zu sein, auf das beste gelingt. Die wichtigste

Tagesaufgabe ist auch weiterhin die Aufrechterhaltung des Verständnisses der breiten Schichten für die bestehenden Kriegsnotwendigkeiten.

Wir gedenken immer Ihrer Worte von der Schicksalsverbundenheit beider Völker, von der Sie uns als erster gesprochen haben. Im Bewußtsein dessen ist das ukrainische Volk im Generalgouvernement fest entschlossen, auf seinen bisherigen Positionen des Einsatzes bis zum endgültigen Sieg des neuen Europas auszuharren.

Geruhen Sie, Exzellenz, zum Schluß die Ausdrücke unserer aufrichtigen Ergebenheit entgegenzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Herr Professor Kubijowitsch, ich danke Ihnen für diese schönen Worte der Begrüßung und für die erneute Bekundung der Loyalität und des festen Willens der ukrainischen Bevölkerung des Distrikts Galizien und des Generalgouvernements, an der Erfüllung der großen Aufgaben dieser Zeit tatkräftig und opferbereit mitzuarbeiten. Ihnen, Herr Professor Kubijowitsch, ist ein großes Verdienst an der Entwicklung der Form zuzusprechen, wie sie sich heute herausgebildet hat. Ich möchte Ihnen und den Herren des Ukrainischen Hauptausschußes auch besonders von ganzem Herzen für die Einsatzbereitschaft danken, die Sie ununterbrochen und unermüdlich im Aufbau einer loyalen, echten weltschicksalhaften Kameradschaft zwischen Deutschtum und Ukrainertum bewiesen haben.

Sie wissen, daß die Einstellung, die ich in diesem Raum als des Führers Vertreter im Generalgouvernement einnehme, unbeirrbar von Anfang an die gleiche war. Ich habe damals in meiner Proklamation, als ich den Distrikt Galizien dem Generalgouvernement einfügte,

davon gesprochen, daß ich mich bemühen wolle, die durch die Bolschewiken und vorher schon durch die Polen der ukrainischen Bevölkerung zugefügten Ungerechtigkeiten soweit wie irgend möglich wieder gutzumachen. Ich habe damals an die Loyalität gerade auch der ukrainischen Bevölkerung appelliert. Ich kann heute feststellen, daß die ukrainische Bevölkerung des Distrikts Galizien wie des ganzen Generalgouvernements diesem meinen Aufruf in wirklich echter Herzlichkeit nachgekommen ist.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich die Entwicklung, die sich hier als durchaus erfolgversprechend angebahnt hat, bedingungslos weiterführen werde. Ich werde mich durch nichts von diesem Kurs abbringen lassen. Zeugen dessen sind Sie, meine Herren; denn Sie wissen, wie die Verwaltung bemüht ist, mit den vielfachen Nöten und Sorgen der Bevölkerung fertig zu werden. Wir können aber auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß das deutsche Volk große Nöte und Sorgen zu tragen hat. Wir müßen auf die Blutopfer hinweisen, die das deutsche Volk bisher schon in diesem schrecklichen Kampf gegen Bolschewismus, Weltplutokratie und Weltjudentum zu bringen hatte, Blutopfer, die aber von dem deutschen Volk gern getragen werden, in dem stolzen Bewußtsein, daß sie der Größe des eigenen Volkes gelten. Deshalb sind wir nun aber auch legitimiert, von allen Völkern, die an dem endgültigen Sieg über den Bolschewismus Anteil haben wollen, auch Opfer zu verlangen. Zu dieser Opferbereitwilligkeit haben sich die Ukrainer wirklich in bester Art zusammengeschloßen. Damit, daß der Führer die Aufstellung einer Freiwilligen-SS-Division Galizien genehmigt hat, will er der ukrainischen Bevölkerung für ihre Loyalität danken. Mögen die Fahnen dieser Division einst

strahlend aus dem Kampfe mit dem Bolschewismus zurückkehren, möge ein neues Heldentum der Ukraine entstehen! Das sei eine Voraussetzung für jene Freiheit, die die Ukrainer im Generalgouvernement und im Distrikt Galizien in voller Befriedigung ihrer kulturellen, religiösen und sonstigen Bedürfnisse finden. Ich selber bin ein treuer Anhänger der Verbundenheit unserer beiden Völker, und Gouverneur Dr. Wächter als mein Vertreter hat diese Linie übernommen und aus Eigenem unterstützt. Alle Dienststellen sind angewiesen, sich dieser Richtung voll und ganz verschrieben zu halten.

Ich habe gestern in Stryj und Drohobycz die Zeugen für diese Zusammenarbeit gesehen. Es war bei leuchtender Sonne wirklich eine großartige Volkskundgebung. Ich kann nur mit größter Freude feststellen, daß sich hier nun innerhalb der vergangenen zwei Jahre eine echte herzliche Völkergemeinschaft herausgebildet hat. Ich muß freilich ununterbrochen an den Ernst der Zeit mahnen, an ihre Härte und die Notwendigkeit des Opfers, muss auch sagen, wie schwierig es ist, allen Wünschen zu entsprechen. Aber das ukrainische Volk weiss ja aus seiner eigenen Geschichte, dass die Nöte und Sorgen einer Nation nie niedergrücken werden. Was dieser Krieg an schweren Opfern verlangt, demgegenüber sind die Opfer, die wir von der ukrainischen Bevölkerung verlangen, gering zu nennen, vor allem gemessen an den Opfern, die das deutsche Volk zu bringen hat.

21.Juni 1943.

Die Fluren lachen, die Felder stehen vor einer gesegneten Ernte. Und das Trachtenbild Ihrer Bevölkerung zeigt, dass in diesem Distrikt Galizien eine frische, wohlgemessene Atmosphäre herrscht. Und so wünsche ich denn, dass dieses Land weiter blühen und es vom ukrainischen Volke eines Tages als grosser Segen empfunden werden möge, dass sich der Führer Adolf Hitler mit seinem grossen Herzen der ukrainischen Sache angenommen hat.

9[35] Die Mitglieder des Wehrausschusses werden dem Herrn Generalgouverneur durch Oberst a.D. Bisanz vorgestellt.

Oberst Bisanz richtet folgendes Worte an den Herrn Generalgouverneur.

Herr Generalgouverneur! Ich habe Ihnen den Wehrausschuss vorgestellt, welcher sich aus zwei Deutschen und 12 Ukrainern, darunter 10 Truppenoffizieren einem Feldsuperior, einem Regimentsarzt zusammensetzt.

Der Wehrausschuss, der sich in die Wehrkanzlei, das Werbe-und Ergänzungsreferat, Propagandareferat, Verbindungsreferat zur Wehrmacht, Betreuungsreferat, Gesundheitsreferat, Seelsorgereferat und Wehrhistorisches Referat gliedert, hat in allen Kreisen und Bezirken seine Werbeoffiziere. Schon aus der Einteilung selbst sind die Aufgaben des Wehrausschusses zu ersehen; es sind Vorbereitung der Werbung und Assentierung in weiterer Folge die Verbindung zu der neu aufzustellenden Truppe, die Propaganda und vor allem die Gegenpropaganda, die anfangs verstummt war, weil sie von der Aufstellung der Division überrascht wurde,- schliesslich die Fürsorge für die Familie und die enge Verbindung

21.6.1943

mit der Division an der Front.

Bei dieser Gelegenheit darf ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, für die uns durch unseren verehrten früheren Amtschef, jetzigen Präsidenten und Gouverneur Dr. Losacker überbrachte Botschaft aufrichtigst danken. Ich bitte Sie, dem durch den Herrn Gouverneur und den Herren Amtschef u in vollster Verantwortung für die politische Lage begonnenen Werk helfend und fördernd zur Seite zu stehen.

Im Namen des Wehrausschusses, seiner Gliederungen und seiner Freiwilligen, deren einigen Tausend Sie gestern ins Auge schauen konnten, verspreche ich Ihnen, daß wir durch unsere Arbeit zum Segen dieses schönen Landes, zur Ehre des Generalgouvernements einen zwar kleinen, aber desto bestimmteren Beitrag für Führer und Reich und damit wiederum für das neue Europa leisten werden. So wahr uns Gott helfe!

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Meine Herren des Ukrainischen Wehrausschusses!

Ich danke Ihnen, daß Sie sich einer so großen Aufgabe mit solchem Eifer und solcher soldatischen Präzision unterzogen haben. Ich brauche Ihnen in diesem Rahmen nicht zu sagen, daß die Errichtung Ihres Ausschusses auch für die Geschichte des ukrainischen Volkes eine große Bedeutung hat. Sie ist der sinnvolle Ausdruck dafür, daß sich das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem ukrainischen Volke im Distrikt und im Generalgouvernement überhaupt in einer Form stärkster Schicksalsidentität entwickelt hat, die nicht übertroffen werden kann. Die rein wehrmäßigen Auswirkungen sind zunächst noch nicht abzusehen. Aber es wird eine Fülle von Auswirkungen geben. Sie sind dem deutschen Volke gegenüber nicht gewaltunterworfen, sondern mit dem Waffendienst werden Sie in die europäische Gemeinschaft eingereiht. Seit fast vier Jahren

21.6.1943

haben wir Deutschen ein Ordnungsprinzip hier durchzusetzen begonnen, das die deutsche Führung mit den **Lebensnotwendigkeiten** der Eigenbevölkerung dieses Raumes vereint. Für mich persönlich ist es eine Freude, heute vor Ihnen zu stehen.

Es geht mit Völkern nicht anders als mit Individuen. Heute schließen sich die Völker so zusammen wie die Individuen. Wir befinden uns heute in einem Entwicklungsstadium Europas. Die einzelnen Völker wie auch die Individuen wären verloren, wenn sie sich nicht zusammenschlössen und gegen so gewaltige übermächtige Gebilde wie etwa die Sowjetunion gemeinsam den Kampf zu führen versuchten. Auch die Ukrainer wären restlos verloren, wenn nicht als Volk, so doch als Kultureinheit wenn sie, auf sich allein angewiesen, einem solchen Gegner gegenüber ständen. Es ist daher klar, daß diese Volksindividualismen sich auch zusammenfügen müßten, um einen so übermächtigen Gegner entgegentreten zu können. Aus der mit der Zeitenwende aufsteigenden Notwendigkeit ist auch Ihr Ausschuß und diese Organisation geboren, aus einer großen Zeit, der eine noch größere Zukunft folgen wird.

Ich habe mich über den soldatisch aufgeschlossenen, frischen Eindruck der Freiwilligen der SS-Schützen-Division aufrichtig gefreut. Sie haben vollkommen Recht Herr Oberst Bisanz, dem ich mit Ihren Mitarbeitern meinen aufrichtigen Dank für die treue Hingabe an dieses Werk ausspreche, wenn Sie sagen, daß diese jungen ukrainischen Soldaten dem Deutschen Reiche und Volke Ehre machen werden. So etwas ist ja auch unter Soldaten nur selbstverständlich. Wenn man sich die Hand gibt, dann zieht man die Hand nicht mehr zurück. Ich habe Ihnen im Namen des Führers die Hand gereicht, Sie haben in diese Hand eingeschlagen und damit einen Schicksalsbund auf Tod oder Leben geschlossen. Der Tod liegt hinter uns, das Leben vor uns, auch für das ukrainische Volk.

21.6.1943

Mein Wunsch für Sie, Herr Oberst Bisanz, für die Männer des Wehrausschusses und die Freiwilligen lautet: möge der Sieg mit Ihren Fahnen sein!

9[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Polnischen Hilfskomitees im Distrikt Galizien.

Der Sprecher der Delegation Dr.Tesznar richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Seit dem 1.August vorigen Jahres, als uns die Ehre zuteil geworden war, den Tätigkeitsbereich der Polnischen Hilfskomitees im Distrikt Galizien Euer Exzellenz darzustellen, vergrößerte sich unser Wirkungskreis und änderten sich die Lebensbedingungen der polnischen Bevölkerung, welche wir betreuten, nachdem wir vom November vorigen Jahres an unsere Tätigkeit auf die große Menge der polnischen Arbeiter, die nach Deutschland gehen, ausgedehnt haben. Die Lebensbedingungen der polnischen Bevölkerung änderten sich, da das Elend mancher Kreise der Stadtbewohner ständig zunimmt.

Die bolschewistische Okkupation richtete die Schärfe ihrer Anordnungen besonders gegen die polnische Bevölkerung. Als Folge dieses Vorgehens wurde den Polen jede materielle Existenzmöglichkeit entzogen, die sich während der Kriegszeit sobald nicht wiederherstellen läßt. Die unüberwindliche Notwendigkeit für die Stadtbewohner, die nötigen Lebensmittel bei unzulänglichem Arbeitslohn im freien Handel zu gewinnen, schafft ein Problem, welches von Tag zu Tag immer schlimmer wird.

Sämtliche polnischen Hilfskomitees erhielten zwar vom Generalgouvernement für das laufende Jahr Nahrungsmittel zugewiesen, für welche wir Seiner Exzellenz unseren innigsten Dank aussprechen. Jedoch ermöglicht

21.6.1943

uns diese Zuweisung nur eine teilweise Lösung der großen Approvisationsfrage der polnischen Stadteinwohner. Wir erachten es als unsere Pflicht, die ernste Lage der Versorgung der Städte Eurer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen.

In der Organisation der polnischen Hilfskomitees ist in letzter Zeit eine gewisse Schwierigkeit bei der Aufrechterhaltung der Zusammensetzung der Mitarbeiter bemerkbar, und zwar als Folge einer gewissen Ängstlichkeit der polnischen Bevölkerung, sich an irgendwelcher Tätigkeit zu beteiligen. Die polnische Bevölkerung hat sich im ganzen Gebiete dieses Distrikts in allen ihren Schichten für die bolschewistische Propaganda als vollkommen unzugänglich erwiesen.

Sachliche und objektive Behandlung der polnischen Bevölkerung durch die Verwaltungsbehörden hat den Erfolg gezeitigt,daß diese Bevölkerung das Element der Ruhe, Ordnung und Arbeit geworden ist. Auf dieser Grundlage wollen wir weiter bestehen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Ich verstehe Ihre Klagen voll und ganzund habe ein absolut offenes Auge für die Dinge. Es ist klar, daß im Verlauf dieses Krieges auch die polnische Bevölkerung in der Betrachtung durch die deutsche Verwaltung und Führung dieses Raumes eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Ich habe damals am 1.August 1941, als ich den Distrikt Galizien übernahm, auch mit den Vertretern des polnischen Volktums die Verbindung aufgenommen. Ich habe schon damals erklärt, daß ich, was in meiner Macht liegt, tun will, um diesem Lande Sicherheit, Kultur, Religion und eine gesunde arbeitsmäßige Weiterentwicklung zu gewähren.

21.6.1943

Die Zeiten sind außerordentlich schwierig und ernst. Wie Sie wissen, steht das deutsche Volk in einem Kriege auf Leben und Tod, in einem Kampf um seine Existenz, um die Existenz Europas. Ich möchte aber diesen Anlaß benutzen, um auch der polnischen Bevölkerung für die wirklich unter den unsagbar schweren Bedingungen hoch anzuerkennende loyale Arbeitserfüllung zu danken. Nach Überprüfung aller Möglichkeiten habe ich nunmehr angeordnet, daß zum 1.September ds.Jrs. grundsätzlich die Ernährungssituation auch der polnischen Bevölkerung dieses Raumes in großzügiger Weise ihre Regelung erfahren wird. Wir wollen zum 1.Sept. ds.Jrs. für die Bevölkerung dieses Raumes die Sätze einführen, die man die Warthegausätze nennt. Das wird eine großzügige, allerdings auch die absolute Ordnung der Bevölkerung voraussetzende Maßnahme der deutschen Führung in diesem Raume sein und wird das brennendste Problem, das Ernährungsproblem, in weitesten Umfange einer Lösung entgegenführen. Ich möchte Ihnen diese Erklärung hier abgeben. Sie erkennen schon aus dem Ernst dieser Worte, welche Gedanken ich damit verbinde: ich persönlich und die Männer meiner Regierung sind den Bedürfnissen auch der polnischen Bevölkerung dieses Raumes gegenüber absolut aufgeschlossen. Wir sind nicht hier, um sie auszurotten oder auszutilgen oder sie über das Maß des dieser Bevölkerung vom Schicksal Auferlegten hinaus zu quälen. Ich hoffe, daß wir zu einer wirklichen Befriedung in allen Dingen kommen, die uns manchmal trennen. Ich persönlich habe gar nichts gegen die Polen. Wir wollen durchaus versuchen, ihrem Volkstum auch noch eine Entwicklung zu gewähren.

21.6.1943

10^{00} Regierungssitzung im Großen Sitzungssaal des Statthaltereigebäudes. (Lemberg)

Nach Eröffnung der Sitzung und Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs wie der Mitglieder der Regierung durch Gouverneur Dr. Wächter referiert zunächst der Chef des Amtes, Rechtsanwalt Bauer, über die Arbeit der Verwaltung in den vergangenen Monaten.

Weiter referieren:

Kommandeur der Ordnungspolizei Oberstleutnant von Sosten über die

Sicherheitslage im Distrikt Galizien

Leiter der Abteilung Ernährung u. Landwirtschaft Landwirtschaftsdirektor Dr. Gareis über die Erzeugungsschlacht 1943 in Galizien und ihre voraussichtlichen Ergebnisse

Der Leiter der Abteilung Wissenschaft und Unterricht Dr. Gasselich über die Entwicklung des Schulwesens im Distrikt Galizien

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft O.R.R. Dr. Brandl über die Leistung Galiziens für die Kriegswirtschaft des Reiches auf dem Sektor der Gewerblichen Wirtschaft

Kreishauptmann Rechtsanwalt Kujath-Ckortkow über die Arbeitererfassung

21.6.1943

Kreishauptmann Dr. Gorgon-Kolomea über die Werbung zur SS-Schützen-Division Galizien.

Im Anschluß an die Referate ergreift zunächst der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung Gouverneur Dr. Losacker das Wort. Er führt aus:

Die Mitglieder der Regierung ständen wohl unter dem starken Eindruck der zahlreichen Probleme, die ihnen die Regierungsreise vermittle. In Warschau habe sich ein ganz anderes Bild und hätten sich ganz andere Probleme gezeigt als im Distrikt Galizien. Gerade die Verschiedenartigkeit der an den Herrn Generalgouverneur und die Regierung herangetragenen Fragenkomplexe lasse die Berechtigung solcher Regierungsreisen erkennen.

Er komme aus der Verwaltung Galiziens und habe sich mit dem Problemkreis ziemlich vertraut machen können. Er habe bei seiner Tätigkeit in Krakau immer wieder feststellen müssen, daß das, was für Galizien gelte, nicht ohne weiteres für Radom, Warschau oder Lublin Geltung habe. Für den Distrikt Krakau bestehe eine verhältnismäßig einheitliche Struktur, auch eine historische Entwicklung einheitlicher Art, und so könne eine schöpferische Zusammenarbeit der Distrikte Krakau und Lemberg gewährleistet werden.

Der Distrikt Galizien habe von Anfang an unter dem besonderen Problem der Personalversorgung gestanden. Die Konzentration der Verwaltung, die sich im Distrikt Galizien ganz besonders zeige, sei doch wohl von Anfang an darauf zurückzuführen gewesen, daß dieser Distrikt mit verhältnismäßig wenig Kräften und auch nicht mit den besten Kräften bedacht worden sei. Es sei in der Zwischenzeit gelungen, eine starke Auslese herauszubilden, nachdem Kräfte wieder abgegeben worden seien. Das Experiment der Groß-Kreishauptmannschaft sei nach der jetzt überschaubaren Entwicklung

als durchaus gelungen anzusehen. Man könne aber dieses Experiment nicht ohne weiteres auf die anderen Distrikte übertragen. Der Distrikt Galizien stehe unter dem Zeichen von Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Man könne den Versuch, in den Distrikten Lublin, Warschau und Radom Groß-Kreishauptmannschaften unter dem Gesichtspunkt der Menschenersparung ins Leben zu rufen, zur Zeit nicht ins Auge fassen, da das als eine Räumung von Außenpositionen der deutschen Verwaltung angesehen und sich nur nachteilig für die Verwaltung auswirken würde.

Der Landkommissar, der mit zwei oder drei deutschen Kräften draußen arbeite, sei in Galizien bereits zu einer sehr beachtlichen Verwaltungsgröße geworden. Er habe sowohl bei der Arbeiterwerbung wie bei der Getreideerfassung zusammen mit dem Bezirkslandwirt große Erfolge erzielt. Die Anweisung für die Landkommissare sei den Verhältnissen gerecht geworden; doch werde die Übertragung dieser Diensteinweisung auf das gesamte Generalgouvernement noch von ihm einer Prüfung unterworfen, weil gewisse Grundsätze nicht ohne weiteres für andere Distrikte zur Anwendung gebracht werden könnten.

Wenn in Galizien bereits von Anfang an die Vereinfachung oder Konzentration der Verwaltung ganz besonders im Vordergrund gestanden habe, dann müsse er auf einige Erfahrungen hinweisen, die die Verwaltungsvereinfachung im Generalgouvernement überhaupt gebracht habe. Am 2.Februar sei ihm der Auftrag erteilt worden, den kriegsmäßig knappsten Zuschnitt der Verwaltung des Generalgouvernements durchzuführen. Das sei notwendig gewesen, weil man einer Welle unausgesetzter Einberufungen zur Wehrmacht ausgesetzt gewesen sei. Von Januar bis April seien aus der Verwaltung des Generalgouvernements 1 243 beste Kräfte der Wehrmacht

21.6.1943

zur Verfügung gestellt worden, deren Fehlen sich jetzt stark bemerkbar mache. Deshalb habe mit ganz besonderer Schnelligkeit der Apparat der Verwaltung des Generalgouvernements diesen erhöhten Einberufungen zur Wehrmacht angepaßt werden müssen. Das bedeute zum Teil einen Eingriff in einen lebendigen Organismus. Diese Eingriffe seien recht fühlbar gewesen; denn es hätten einige Sachgebiete, die unter dem Gesichtspunkt der deutschen Aufbauarbeit und Kulturleistung im Generalgouvernement als besonders wichtig angesehen werden müßten, eingeschränkt werden müssen. Einige Sachgebiete seien stillgelegt worden.

Er habe sich damals auch entschließen müssen, aus Gründen der Gerechtigkeit eine Überprüfungsaktion für alle Reichsdeutschen auch des Zivilsektors vorzuschlagen. Aus dieser Aktion seien 2 ooo Kräfte der Wehrmacht freigegeben worden, zum Teil Kräfte, die sich völlig zu unrecht im Generalgouvernement aufgehalten und nicht zuletzt dazu beigetragen hätten, das Ansehen des Generalgouvernements bei manchen Stellen zu schädigen.

Weiter sei eine starke Dezentralisation auf die Distrikte und Kreishauptmannschaften und eine Abgabe ihrer Zuständigkeiten an die mittlere und untere Instanz im Zuge dieser Verwaltungsvereinfachung erfolgt. Seine Arbeit auf diesem Gebiete sei von allen Hauptabteilungen und Ämtern stets gewürdigt worden und habe überall größtes Verständnis gefunden.

Es sei aber eigenartig, daß zum ersten Mal bei einer Regierungsreise die Verwaltungsvereinfachung im Distrikt Galizien so weit vorangetrieben werde, daß man glaube, Außenverwaltungen in Zukunft noch etwas verringern zu können, und zwar um fast 3o %, d.h. die Kreishauptmannschaft auf einen reichsdeutschen Personenstand von 12 bis 16 zurückzuführen. Solange keine

21.6.1943

außergewöhnlichen Zustände herrschten und die Sicherheit nicht beeinträchtigt werde, werde sich dagegen nichts sagen lassen; das Beispiel werde sich vorteilhaft auf die anderen Distrikte auswirken. Der Amtschef habe in seinen Ausführungen die Dienstpostenbewertung und die Einweisung in die Kreishauptmännerstellen zur Sprache gebracht. In den anderen Distrikten sei die Einweisung der Kreishauptmänner bereits sehr stark vorangeschritten; die meisten seien endgültig ernannt. In Galizien habe man erst eine gewisse Zeit der Prüfung und Würdigung der Diensttätigkeit verstreichen lassen müssen. Er wäre dankbar, wenn seitens des Distrikts die Vorschläge der Einweisung der Kreishauptmänner gemacht würden. Was die Dienstpostenbewertung, d.h. die Beförderung der Kreishauptmänner selbst angehe, so seien insbesondere durch Erlaß vom 17.April, den der Chef der Reichskanzlei im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister herausgegeben habe, sehr starke Grenzen gesetzt, die unter keinen Umständen überschritten werden dürften. Aber erfolgreiche Verhandlungen, die Gouverneur Kundt damals mit dem Reich geführt habe, hätten dazu geführt, daß die Dienstpostenbewertung bei den Kreishauptmännern im großen und ganzen befriedigend sei und zumindest als günstiger Ansatzpunkt für die weitere Entwicklung angesprochen werden könne.

Das Problem des ehemaligen jüdischen Eigentums sei in Warschau aufgegriffen worden. Der Herr Generalgouverneur habe bestimmt, daß am 26.Juni auf der Burg zu Krakau eine Besprechung darüber stattfinde. Dann werde diese Frage unter allen möglichen rechtlichen Gesichtspunkten gewürdigt werden.

21.6.1943

Vom Standpunkte der Hauptabteilung Innere Verwaltung sei es nur zu begrüßen, wenn die Kreishauptmannschaften Kalucz und Zambor aufgelöst würden, ein Bezirk von Kalucz zur Kreishauptmannschaft Stryj geschlagen werde und der Rest der Kreishauptmannschaft Kalucz zur Kreishauptmannschaft Stanislau komme, wenn weiter die jetzige Kreishauptmannschaft Zambor, die industriell nicht von besonderer Wichtigkeit sei, mit der außerordentlich wichtigen, aber kleinen Kreishauptmannschaft Drohobycz zu einem einheitlichen Gebilde verschmolzen werde.

Die Frage der Eingliederung der Arbeitsverwaltung sei bereits in Warschau behandelt worden. Sie werde geprüft und sei bereits auch Gegenstand von Besprechungen zwischen der Hauptabteilung Innere Verwaltung und der Hauptabteilung Arbeit gewesen. Die Gouverneure und auch wohl die Kreishauptmänner würden zu dem Problem Stellung nehmen können, ein Entwurf werde ausgearbeitet und zur Stellungnahme übermittelt werden. Das wesentliche sei, daß eine Trennung der Verantwortlichkeit nicht Platz greifen könne. Aus dem Bericht des Kreishauptmanns Kujath gehe hervor, daß, wenn die Erfassung an Ort und Stelle durch persönliches Eingreifen des Kreishauptmanns geschehe bzw. durch Gliederungen minderer Verantwortlichkeit, der Erfolg der Erfassung dadurch zunichte gemacht werde, daß der größte Teil der Arbeiter wieder ausreißen könne. Auch auf diesem Gebiete seien nur die totale Verantwortlichkeit möglich, wie sie im Grundsatz der Einheit der Verwaltung bereits statuiert sei. Seit Mitte Oktober des vergangenen Jahres, wo in Galizien die Kreishauptmänner als die verantwortlichen Männer für die Arbeitererfassung und Werbung eingesetzt worden seien, habe wie in anderen Distrikten ein Aufschwung eingesetzt. Man werde

auch hier im Distrikt Galizien sagen können, daß man mit der Arbeitererfassung am Ende sei. Die jeden Zweifel ausschließenden Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs, die er in Anwesenheit des Gauleiters Sauckel gemacht habe, hätten bestimmt das richtige getroffen: das Generalgouvernement müsse davor beschützt werden, daß noch weitere Kräfte über das Maß dessen, was notwendig sei, bis zum Ende des Jahres herausgenommen würden. Man sei aber auch auf dem Gebiet der zur Verfügung Stellung von Deutschen für Zwecke der Wehrmacht eigentlich am Endpunkt angelangt. Die Verwaltung des Generalgouvernements werde, wenn noch weitere Kräfte, insbesondere die spannkräftigen Jahrgänge abgezogen würden, die schwersten Einbussen erleiden, und die für das Reich wichtigsten Belande könnten nicht mehr so wahr genommen werden, wie es erforderlich sei.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß die beabsichtigte Brotrationserhöhung im gesamten Generalgouvernement einen Mehrbedarf von 550 ooo to mit sich bringe. Das Reich erlasse nur einen Teil der Reichsleistungen, die im vierten Kriegswirtschaftsjahr zu erfüllen gewesen seien. 416 ooo to müßten im Generalgouvernement mehr aufgebracht werden. Der Distrikt Galizien umfasse ein Drittel der Gesamtfläche des Generalgouvernements und müsse in diesem Jahre 2oo ooo Tonnen Brotgetreide aufbringen, es habe ein um 2 ooo to höheres Getreidekontingent auferlegt bekommen. Für die Aufbringung im vierten Kriegswirtschaftsjahr sei der Distrikt Galizien gegenüber den anderen vier Distrikten noch etwas geschont worden, weil ja die deutsche Verwaltung erst 1941 mit der Aufbauarbeit habe

beginnen können. Ferner sei angesichts der hervorragenden Aufbauarbeit und mit dem Einsatz der breiten Landbevölkerung in diesem Jahre in Galizien eine Ernte herangewachsen, die eine Fahrt durch dieses Gebiet praktisch zu einer Feiertagsfahrt werden lasse.

Bei gerechter Abwägung der Verhältnisse in den 5 Distrikten seien nach langen Berechnungen die Kontingente so verteilt worden, wie sie vom menschlichen Standpunkt aus gesehen verteilt werden müßten. Man müsse wie im vorigen Jahre wieder mit sehr starkem Optimismus an die Erfassung herangehen; am Ende werde bestimmt wie im vergangenen Jahre der Erfolg der Lohn des Gesamteinsatzes sein.

Was von den Ferkelpreisen gesagt worden sei, veranlasse ihn zu einem kurzen Eingehen auf die Fleischsituation im gesamten Generalgouvernement. Man habe die Leistung auf dem Viehsektor im vierten Kriegswirtschaftsjahr zu Lasten eines starken Eingriffes in die Rinderbestände erstellen können, und man werde sie in 5-ten Kriegswirtschaftsjahr nochmals durch einen starken Eingriff in die Rinderbestände erstellen können. Dann aber könne man in die Rinderbestände, wenn man nicht entscheidend die Gesamtproduktion gefährden wolle, nicht weiter eingreifen. Infolgedessen müsse es im Jahre 1943/44 gelingen, die Schweinebestände wieder auf jene Höhe zu bringen, die es ermögliche, den Löwenanteil des Fleischkontingents selbst aus dem Schweinesektor herauszuholen. Er habe sich entschlossen, unter keinen Umständen die Ferkelpreise jetzt festzulegen. Man brauche insgesamt noch mindestens 80 000 bis 100 000 Zuchtsauen mehr, um für 1944/45 genügend Material zur Aufmast zu haben.

21.6.1943

Die Hauptabteilung E.u.L. habe mit der Hauptabteilung Arbeit eine Vereinbarung getroffen, nach welcher das Landarbeiter-Stammpersonal in den Liegenschaftsbetrieben unter allen Umständen ihnen zu belassen sei. Da und dort scheine diese Vereinbarung nicht eingehalten worden zu sein. Er bitte, dafür zu sorgen, daß diese Vereinbarung unter allen Umständen durchgeführt und den Liegenschaftsbetrieben unter keinen Umständen Arbeitskräfte mehr entzogen würden.

Dem Herrn Generalgouverneur werde in den nächsten Tagen ein Entwurf über die Eingliederung der Landinspektionen vorgelegt werden, nach welchem das Hauptlandamt in die Hauptabteilung E.u.L., das Landamt in die Abteilung E.u.L. beim Distrikt und die Landinspektionen in die Kreise eingegliedert werden sollten.

Wenn der Agrarsektor am 1.September mit großen Vorleistungen aufwarte und die Versorgung der arbeitenden und verbrauchenden Bevölkerung durchsetze, dann stehe dem sofort die Gegenforderung gegenüber, daß die Landwirtschaft mit mehr Produktionsmitteln versorgt werde. Jede Tonne Stickstoff, jede Tonne Dünger oder Eisen bedeute eine Mehrproduktion von Nahrungsmitteln aller Art. Gerade in dem zukunftsreichsten Distrikt Galizien, agrarpolitisch gesehen, müßten möglichst viele Produktionsmittel zur Verfügung stehen, damit der Aufbau in dem bisherigen Tempo weitergeführt werden könne. Die Hauptabteilung E.u.L. werde immer einen größtmöglichen Teil von Produktionsmitteln für den weiteren Ausbau der Landwirtschaft diesem Distrikt zur Verfügung stellen, bitte aber, daß auch die anderen Sektoren ebenfalls diese Produktionsmittel für die Landwirtschaft hergäben.

21.6.1943

Präsident Eichholz wendet sich zunächst dagegen, daß der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Engherzigkeit, Kurzsichtigkeit und Ängstlichkeit zum Vorwurf gemacht werden. Die Schulpolitik sei nur ein Teil der Gesamtpolitik. Wenn in der Schulpolitik nicht immer die wünschenswerte einheitliche und feste Linie festzustellen gewesen sei, dann hänge das auch damit zusammen, daß in diesem Raum das Schicksal und die Behandlung der Völker, der Polen und Ukrainer, nicht immer gleich gewesen sei. Es sei daher ausgeschlossen, unabhängig von den großen politischen Richtlinien eine Schulpolitik für sich zu treiben. Man sei aber in der letzten Zeit dazu gekommen, sich immer mehr den Notwendigkeiten dieses Raumes und des Krieges anzupassen.

Zahlreiche Besprechungen gerade mit der Hauptabteilung Arbeit hätten Klarheit in die Frage der Berufsbildungsschulen gebracht. Auch sei einegewisse Elastizität innerhalb der Schulpolitik insofern festzustellen, als die Polen und Ukrainer verschieden behandelt würden. Daß die Hauptabteilung Verständnis für die politischen Gegebenheiten hinsichtlich der Ukrainer habe, gehe daraus hervor, daß man aus der durch die Schaffung der ukrainischen Schützendivision neu eingetretenen politischen Lage Konsequenzen gezogen und in der letzten Zeit zwei neue ukrainische Lehrerbildungsanstalten errichtet habe. Weiter habe man einen großen Fortbildungslehrgang für ukrainische Lehrer eingerichtet und eine ukrainische Handelsschule in Lemberg in eine Wirtschaftsoberschule umgewandelt. ~~habe~~.

Im Zusammenhang mit dem ukrainischen Schulwesen sei die Kompetenzfrage hinsichtlich der Forstschulen geklärt worden. In einem klaren Abkommen zwischen den Hauptabteilungen Forsten und Wissenshhaft und Unterricht sei festgestellt, daß entgegen der Regelung im

21.6.1943

Reich die Federführung in den Fragen der Forstschule bei der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht liege.

Was die Kompetenz hinsichtlich der Oberschule angehe, so stelle er fest, daß er ein Freund der Delegierung von Zuständigkeiten auf die mittleren Instanzen sei. Wenn die Regelung von Fragen der Zuständigkeit hinsichtlich der Oberschule angegriffen worden sei, so entbehre das nicht einer gewissen Ironie, daß diese Regelung mit dem derzeitigen Abteilungsleiter des Diestrikts Lemberg zu einer Zeit getroffen worden sei, als er noch Referent für das höhere Schulwesen in der Hauptabteilung gewesen sei. Er habe an dieser Regelung nicht einen Buchstaben geändert, nur das er vielleicht die Durchführung dieser Regelung etwas stärker in Angriff genommen habe,. Diese grundsätzliche Regelung müsse auch unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben, da es nicht angehe, daß für diese einzige deutsche Oberschule eines Distrikts ein eigener Referent eingestellt werde.

Wenn Dr. Gasslich einen Referenten für das ukrainische höhere Schulwesen besitze und glaube, diese Kompetenz automatisch auch auf das deutsche höhere Schulwesen übertragen zu können, so müsse er ihn auf den grundsätzlichen Unterschied aufmerksam machen, ob man ukrainische Gymnasien oder deutsche höhere Schulen beaufsichtige. Dasselbe Recht könnten dann auch die anderen Distrikte für sich in Anspruch nehmen. Es würde bedeuten, daß jeder einzelne Distrikt einen Referenten für höhere Schulen einsetzen müßte, und bei dem Mangel an geeigneten Kräften sei das nicht zu verantworten, abgesehen davon, daß es auch sachlich nicht gut vertretbar wäre, weil jede Vergleichsmöglichkeit für einen solchen Referenten fehlte. Man würde zu einer Sonderegelung in den fünf Distrikten kommen, und der

21.6.1943

Schulaufsichtsbeamte bei der Hauptabteilung wäre überflüssig. Aus der Kompetenz des Gouverneurs sei die höhere Schule nicht herausgenommen worden: der gesamte Schriftverkehr gehe durch die Abteilung Wissenschaft und Unterricht.

Als er im Oktober 1942 die Leitung der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht übernommen habe, habe er weder Lehrpläne, weder Gesamtlehrpläne für das Generalgouvernement noch für das deutsche, polnische oder ukrainische Schulwesen angetroffen. Er sei sofort daran gegangen, Weisungen für die Ausarbeitung von Lehrplänen für deutsche, polnische und ukrainische Schulen zu geben. Mit Beginn des nächsten Schuljahres werde voraussichtlich nach einheitlichen Lehrplänen für das ukrainische und polnische Schulwesen gearbeitet werden können, selbstverständlich auch für das deutsche Schulwesen. Die von der Abteilung des Distrikts Galizien vorgelegten Pläne seien nicht verwendbar gewesen, weil sie sich stark an die Lehrpläne der polnischen Zeit angelehnt hätten.

Die Frage der Besoldung der ukrainischen und polnischen Lehrerschaft sei von ihm bereits im Herbst 1942 angeschnitten worden. Damals habe er Verhandlungen mit der Hauptabteilung F.u.L. geführt. Die Verhandlungen hätten sich in der Richtung der Gewährung von Naturalien und auch in der letzten Zeit besonders der Landzuweisung bewegt. Versprechungen hätten von der Hauptabteilung F.u.L. nicht gemacht werden können. Deshalb habe man vor kurzem mit der Hauptabteilung Finanzen über eine materielle Besserstellung der ukrainischen Lehrerschaft verhandelt, die am meisten betroffen sei, da die Leiterstellen in der polnischen Zeit meistens von Polen besetzt gewesen seien. Man hoffe, demnächst zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

21.5.1943

Ministerialrat Rhetz bemerkt, daß die Frage des Schutzes der Landarbeiter in den Liegenschaftsverwaltungen vor der Erfassung durch ein Übereinkommen mit der Hauptabteilung E.u.L. geklärt worden sei. Arbeiter, die zum Stammpersonal gehörten, dürften der Liegenschaftsverwaltung nicht genommen werden.

Was die Frage der Angliederung der Arbeitsämter an die Kreisverwaltung angehe, so sei dafür eine Kriegsnotwendigkeit oder Dringlichkeit vorerst nicht zu erkennen, nachdem eben ein Kreishauptmann ausgeführt habe, in welcher freien Entschlußfähigkeit er in der Lage sei, die Arbeitseinsatzfragen in seinem Kreise zu gestalten. Die Übertragung der Initiative auf die Kreishauptmänner habe im allgemeinen sehr befriedigt; aber es würde ein schlechtes Licht auf die Arbeitsämter werfen, wenn er die Behauptung unwidersprochen ließe, daß seitdem ein wesentlicher Aufstieg festzustellen sei. Bis zum Zeitpunkt der Übertragung der Initiative auf die Kreishauptmänner seien im Distrikt Galizien in 12 Monaten 25o ooo Mann erfaßt worden. In den folgenden 9 Monaten seien es leider nur noch 5o ooo gewesen. Man könnte sagen, die Arbeitsämter hätten so tatkräftig gewirkt, daß keine Kräfte mehr vorhanden seien. Dazu stehe aber in einem gewissen Widerspruch die Ausführung des Kreishauptmanns Dr. Gorgon, nach welcher sich bis zum 15. Juni 11 ooo Freiwillige zur SS-Schützen-Division gemeldet hätten.

Bei seinem neulichen Aufenthalt im Generalgouvernement habe sich Gauleiter Sauckel besonders mit der für den Distrikt Galizien wichtigen Frage der Gestellung von 5o ooo Bergarbeitern befaßt und dem Generalgouvernement eine entsprechende Auflage gemacht.

21.6.1943

Da gerade der Distrikt Galizien in der Vermittlung von Arbeitskräften für das Reich in letzter Zeit sehr zurückhaltend gewesen sei, habe die Arbeitsverwaltung geglaubt, diese 5o ooo Bergarbeiter vielleicht aus diesem Distrikt herausholen zu können. Weder Gauleiter Sauckel noch die Hauptabteilung Arbeit hätten zu diesem Zweck irgendwelche besonders harten Maßnahmen angeordnet; man habe vielmehr immer wieder darauf hingewiesen, daß jede Härte zu vermeiden sei und man bestrebt sein müsse, möglichst freiwillige Meldungen zu erhalten. Andererseits sei aber auch gesagt worden, daß es mit der Freiwilligkeit allein selbst bei der Erfassung für die SS-Schützendivision nicht zu schaffen wäre. Man könne nicht einfach sagen: die Arbeitsämter hätten Arbeitskräfte zugewiesen, diese seien aber nicht gekommen. Dann habe eben kein Druck dahinter gestanden. Wenn wie im Kreise Czortkow Tausende von geworbenen Arbeitskräften auf dem Transport verloren gegangen seien, so sei das eben auf eine gewisse Fahrlässigkeit bei der Erfassung zurückzuführen. Es bestänaen keine Bedenken dagegen, daß die Kreishauptmänner die von ihnen erfaßten Kräfte vollzählig in einem Lager halten würden. Wenn gesagt werde, daß keine Polizeikräfte zur Verfügung ständen, so verfüge ja auch die Arbeitsverwaltung nicht darüber. Wenn man gewisse unpopuläre Maßnahmen etwa in Gestalt der Zwangsrekrutierung ergreife, dann entsprächen solche Musterungen nicht nur dem von Kreishauptmann Kujath gegebenen Beispiel, sondern insbesondere den Vorschlägen, die der ukrainische und die polnischen Hauptausschüsse der Arbeitsverwaltung gemacht hätten, und zwar mit dem Hinweis, man möge nach diesen Grundsätzen der Einheitlichkeit und Gerechtigkeit verfahren. Man habe daher für die Aufgabe der Erfassung dieses Jahrganges eine Musterung als Beispiel genommen und in Übereinkunft

mit der SS-Werbung die Jahrgänge 1914 bis 1919 gemustert, die von der SS-Werbung zunächst freigestellt werden sollten. Bei dieser Gelegenheit habe sich nach Durchmusterung von rd. 62 ooo Mann ergeben, daß für den Arbeitseinsatz im Reich lediglich 2o ooo in Frage kämen; 27 ooo seien auf ihren bisherigen Arbeitsplätzen im Distrikt Galizien geblieben, und 8 ooo hätten eine anderweitige Verwendung gefunden. Der Distrikt Galizien solle auch schon im Hinblick auf die Abgabe von Männern an die Waffen-SS weitgehend von weiteren Belastungen verschont bleiben; aber gewisse kleine Kontingente würden wohl auch nach übereinstimmender Meinung der Kreishauptmänner stellbar sein.

Präsident Dr. Emmerich nimmt zu der Frage der Übertragung von Industrien aus dem Reich in den Distrikt Stellung und weist darauf hin, daß die Voraussetzungen für eine stärkere Industrialisierung Galiziens an sich nicht besonders günstig seien. Die Stadt Lemberg sei aus verschiedenen Gründen nicht besonders geeignet, Industrien aufzunehmen. Vor allem fehle es an Wasser. Chemische und Textilindustrie seien in Lemberg nicht anzusetzen, und Industrien in Gegenden zu bringen, in denen es überhaupt noch keine Voraussetzungen für industrielle Anlagen gebe, sei unter den gegenwärtigen Kriegsverhältnissen besonders schwierig. So sei denn kaum anzunehmen, daß sich die Industrialisierung in besonderem Maße gerade auf den Distrikt Galizien erstrecken werde.

Präsident Gerteis teilt mit, daß seitens der Ostbahn eine Anordnung des Inhalts ergangen sei, daß zwar die Werbung von Freiwilligen für die SS-Schützendivision im Bereiche der Ostbahn nicht hintangehalten

21.6.1943

werden solle, daß die Verwaltung sich aber die Entscheidung darüber vorbehalten müsse, ob sie Leute abgeben könne. Die Ostbahn verfüge zur Zeit nicht über zuviel Personal, wenn man berücksichtige, daß in den nächsten Monaten Bahnhofsteile und Ausbesserungswerke in Betrieb genommen werden müßten und das Personal rechtzeitig angelernt werden müsse. Der ukrainische Personlabestand sei auch besonders gering, weil in der russischen Zeit hochwertige Arbeitskräfte abgezogen worden seien und man nur wenige Arbeitskräfte aus dem Altgeneralgouvernement habe erlangen können. Ebenso wie im Reich müsse es in Zukunft Sache der Ostbahn sein, zu bestimmen, welche Kräfte abgegeben werden könnten. Völlig unmöglich sei es, Kräfte abzugeben, die als gelernte Eisenbahner anzusprechen seien, Betriebspersonal und vor allem Handwerker. Weiter müsse darauf Rücksicht genommen werden, daß in der nächsten Zeit eine größere Zahl von Juden, die als Handwerker bei der Ostbahn arbeiteten, aus ihr entfernt würden und nur schwer ersetzt werden könnten.

Oberst a.D. Bisanz bemerkt als Leiter des Wehrausschusses, er habe dem Personalreferenten der Direktion Lemberg zugesagt, daß alle Freiwilligen, die sich aus dem Bereich der Ostbahn meldeten, auf 6 Monate bzw. solange u.k. gestellt würden, bis Ersatz geschaffen sei.

Gouverneur Dr. Wächter kann dem Herrn Generalgouverneur melden, daß die Verwaltung des Distrikts Galizien sich in den letzten 10 Monaten intensiv bemüht habe, in engster Zusammenarbeit aller Beamten und Angestellten voranzukommen. Sowohl die eigentliche Hoheitsverwaltung wie die SS und Polizei und wie die einzelnen Fachabteilungen wie auch die Gliederungen, die außerhalb

21.6.1943

der Verwaltung ständen, hätten sich immer wieder unter dem einheitlichen Gesichtspunkt zusammengefunden, daß nur bei enger Zusammenarbeit aller Deutschen in diesem Raum ersprießliche Arbeit geleistet werden könne. Man habe gerade unter den Schwierigkeiten der politischen und militärischen Verhältnisse der vergangenen Winterzeit mehr und mehr erkannt, wie sehr es bei jeder deutschen Arbeit um politische Arbeit gehe. Man habe daher auch den Kontakt zwischen der Verwaltung und der Partei in jeder dieser Phasen inniger gestaltet. Jede Maßnahme, von wem immer sie zu treffen sei, sei eine politische Maßnahme. Man müsse sich immer dessen bewußt sein, daß dem Generalgouvernement und dem Reich nicht mit Stoßerfolgen gedient werden könne, sondern mit ruhiger Vorwärtsentwicklung. Die Distriktsverwaltung habe sich insbesondere auf dem Sektor der Arbeitererfassung bemüht, das Möglichste an Erfolgen zu erreichen und gleichwohl die politische Situation zu schonen. Die Behauptung, daß der Distrikt Galizien mit der Arbeitererfassung noch etwas im Rückstande sei, müsse er mit der gleichen Entschiedenheit zurückweisen, mit der er es dem Gauleiter Sauckel gegenüber getan habe. Galizien marschiere mit über 3lo ooo Arbeitskräften, die in anderthalb Jahren zur Verfügung gestellt worden seien, an der Spitze aller Distrikte. Das sei ein stolzer Erfolg, in den sich die allgemeine Verwaltung mit den Männern der Arbeitsverwaltung und sämtlichen beteiligten deutschen Dienststellen teilen.
Man werde auch in Zukunft bemüht sein, weitere Erfolge zu erzielen. Immer aber müsse vor dieser Spezialaufgabe die Gesamtaufgabe stehen, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in diesem Raum aufrecht zu erhalten. Man sei gut damit gefahren, daß man den Verhältnissen des Raumes Rechnung getragen und sich gegen jedes pauschale Sühneverfahren gewehrt habe. Man habe vor allem die ältere

21.6.1943

Generation im Alter von über 4o Jahren geschützt, die noch den Weltkrieg im Verbande der deutschen Armee mitgemacht habe. Hier habe die politische Führung öfter ein Veto einlegen und danach trachten müssen, draußen mit den politisch maßgeblichen Repräsentanten eine Linie durchzuhalten. Auf Grund der von der Regierung des Generalgouvernements herausgegebenen Richtlinien habe man sich bemüht, die Bevölkerung dazu zu bringen, daß sie eine gewisse Existenzsicherung für sich im Generalgouvernement und eine entsprechende menschliche Behandlung gegeben sehe.

Was die Sicherheitslage angehe, so lägen hier die Gefahren weniger im Inneren als in Einflüssen, die von außen kämen. Es werde immer leichter sein, brachiale Einbrüche abzuwehren als seelische Einbrüche, die durch eine völlig anders geartete politische Verwaltungspraxis erwüchsen. Im Sinne einer seelischen Aktivität sei daher auch die Aufstellung der SS-Schützen-Division zu werten. Es gehe weniger darum, dem Reiche eine Division zur Verfügung zu stellen, als darum, vom Distrikt Galizien aus einen aktiven Schlag gegen die lähmende Fremdpropaganda, die sich auch in diesem Raume von Tag zu Tag in steigendem Maße bemerkbar mache, zu führen. Daß es gelungen sei, davon habe man sich bei der Besichtigungsreise überzeugen können. Die Gefahren seien damit noch nicht beseitigt; aber man könne auf diesem Wege unter Erfassung der seelischen Werte des Volkstums der Propaganda aktiv entgegentreten. Er sei dankbar für das große Verständnis, das die einzelnen Verwaltungen gerade dieser entscheidenden Maßnahme entgegenbrächten, was wesentlich zu dem Erfolge beigetragen habe. Naturgemäß werde jede einzelne Fachabteilung von dieser Freiwilligenmeldung betroffen. Es gebe auch im Distrikt Galizien keine freien Arbeitskräfte mehr, die man in die Division

hineingeben könne. Alle diese Kräfte seien entweder in der Landwirtschaft unentbehrlich, oder sie kämen für die Arbeitererfassung in Frage oder seien bei der Ostbahn oder für andere wichtigen Aufgaben eingesetzt. Die Leiter der einzelnen Ressorts müßten Verständnis dafür haben, daß es um den großen und sicherlich richtigen Gedanken gehe, die Bevölkerung dieses Gebietes aktiv in die geschlossene Gemeinsamkeit des europäischen Bewußtseins gegen den Bolschewismus einzuschalten. Das gelinge zum mindesten auf diesem Boden, wo sich die Bevölkerung als Freund zur deutschen Verwaltung und Führung gestellt habe. Wenn die Bevölkerung noch gewillt sei, mit der Waffe in der Hand für die deutsche Führung einzutreten, so sei das ein Zeichen der außerordentlich aktiven Bereitschaft, für die großen Ziele Deutschlands sich einzusetzen.

Am Schluss der Sitzung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort. Er führt aus:

Eine Reise der Regierung in die Distrikte ist etwas verwaltungsgeschichtlich völlig Neuartiges. Ich halte sie nun doch für eine Einrichtung, die für das Generalgouvernement typisch ist und hoffentlich einmal, wenn auch nicht für das Reich, so doch wenigstens für gewisse Bereiche des Reiches typisch werden wird, die noch einigermassen überschaubar organisiert sind.

Nach Ablauf von fast vier Jahren hat das Generalgouvernement nun schon eine Geschichte. Aus Dreck, Chaos, Not und Sorgen ist es zu einem immerhin stabilen Faktor der Sicherheit geworden. Ich kann ruhig sagen, dass wir so, wie wir heute ein Nebenland des Deutschen Reiches darstellen, ein Experiment vollführt haben, das uns bis jetzt noch niemand nachgemacht hat.

Dass gerade der Distrikt Galizien im Bereiche des Generalgouvernements diese Bedeutung hat, liegt an den natürlichen, politischen, sozialen und allgemeinen Bedingungen dieses Raumes. Immerhin ist uns im Distrikt Galizien ein solches Wertstück zur Betreuung gegeben worden, daß mit ihm das Generalgouvernement erst ein Gebilde wurde, dessen Zukunft, dessen Eigenkraft, dessen Eigenleben auch für die Geschichte des Reiches von großer Wichtigkeit sein wird. Der Distrikt Galizien hat daneben angesichts der hervorragende Führung, die Sie, Herr Gouverneur Dr. Wächter, den Dienstgeschäften vom ersten Augenblick an gegeben haben, auch verwaltungsmäßig eine ungewöhnliche Bedeutung erlangt. Ich bin froh und stolz und dankbar für die Arbeit, die hier geleistet worden ist und weiter geleistet wird.

Herr Gouverneur Dr. Wächter, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Erschwernisse des Distrikts Galizien immer wieder beim Vergleich von Leistungen dieses Distrikts mit denen des Altgeneralgouvernements in Ansatz gebracht werden müssen. Vielleicht haben die Herren Mitglieder der Regierung diesen Vergleich nicht immer gebührend in den Vordergrund gesetzt. Ich möchte doch bitten, daß es in Zukunft geschieht. Man muß dem Distrikt Galizien immer wieder einräumen, daß er nicht etwa nur einen Krieg, sondern zwei oder drei Kriege hat überstehen müssen. Daß nun allerdings die Interessenzone des Reiches sich in einer so ungeheuren sich geradezu turbulent überschlagenden Weise vom Erdöl über das Getreide bis zur Arbeitererfassung gerade auf diesen Distrikt erstreckt, ja, daß in Berlin die Meinung entstand, mit dem Distrikt Galizien allein könne schon der Krieg wirtschaftspolitisch gewonnen werden, das ist eine geradezu anmaßende Irrlichterei, die allmählich in den Gehirnen Berliner zentraler Systeme abzubauen wir unentwegt be-

schäftigt sind.

Andererseits hat der Distrikt Galizien ein Kontingent auferlegt erhalten, das, wenn es nur annähernd erfüllt wird, für die Ernährungssituation des Reiches von allergrößter Bedeutung ist. Ich freue mich eigentlich, aus Ihrem etwas kargen Widerspruch gegen diese Kontingentsauferlegung die Hoffnung in mir erstehen zu sehen, daß Sie mit Ihren Leistungen zu der geforderten Zahl kommen können. Es ist klar, daß, wenn es gelänge, diese Zahl auch nur annähernd zu erfüllen, wir dann das durchsetzen können, was in den nächsten Monaten eines der größten politischen Ereignisse im Generalgouvernement sein wird: die Sicherstellung einer möglichst ausreichenden Ernährung für einen möglichst gro sen Teil der Gesamtbevölkerung dieses Raumes. Die Ernährungssituation der Gesamtbevölkerung dieses Raumes ist sozusagen das Geheimnis, das über allen Dingen hier liegt. Damit hängt alles zusammen, in großem Umfange auch die Sicherheitslage, ganz entscheidend auch die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft und Arbeitswilligkeit der Bevölkerung, nicht zuletzt die politische Frage der allfalsigen Einreihbarkeit dieser Fremdbevölkerung in das europäische System Adolf Hitlers. Ich glaube, daß der Appell an den Distrikt Galizien, mir bei dieser meiner Aufgabe zu helfen, den günstigsten Widerhall finden wird.

Auch bei der Aufstellung der ukrainischen Division bin ich vor allem mit von dem Gedanken ausgegangen, eine möglichste Intensivierung der Aufgeschlossenheit der uns Deutschen am nächsten stehenden ukrainischen Bevölkerung für unsere Belange herbeizuführen, sie als Energiequell bis zum äußersten in das Gemeinschaftsschicksal einzuschalten und in dieses Programm einzureihen.

Die allgemeinen Gesichtspunkte, nach denen das Generalgouvernement regiert wird, sind uns allen bekannt. Immer wieder wird das Beispiel der Kolonialverwaltung auf das Generalgouvernement angewendet. Wir sind keine Kolonie; wir sind ein Nebenland des Großdeutschen Reiches und bleiben es. Gegenüber all' dem Gerede davon, was sich an der Struktur des Generalgouvernements im Verhältnis zum Reich ändern werde, kann ich Ihnen nur authentisch die beruhigende Erklärung abgeben, daß die Struktur des Generalgouvernements völlig unverändert aufrechterhalten wird. Wir sind keine extensive Verwaltung, die nur so von unten über die Dinge hinhuscht und sich bemüht, eine Verwaltung unter einer Art von Protektoratsregime aufrechtzuerhalten, - nein, wir sind eine völlig intensive Staatsverwaltung, allerdings mit völlig eigenen Formen.

Deshalt ist es auch lächerlich, wenn da und dort von jenen Kritikastern dieses Raumes der Begriff des Herrenvolkes in den Vordergrund gerückt wird. Dieser Ausdruck ist eigentlich töricht und müßte verboten werden. Wir sind kein Herrenvolk, sondern das führende Volk Europas. Herrenvolk sind wir vielleicht kraft der rassischen Situation, in der wir uns naturgesetzlich bewegen. Herr ist ein Einzelner, und der Begriff des Herrenmäßigen ist etwas völlig Individuelles. Es ist ganz klar, daß wir mit Menschen, die sich unter Berufung auf ihr Herrentum hier einschleichen und ihre Faulheit dahinter-stecken, daß sie auf Kosten der Arbeit anständiger deutscher Menschen leben wollen und durch Versklavung der einheimischen Bevölkerung ihren Beitrag liefern zu können glauben, nichts anfangen können. Das Generalgouvernement ist kein Platz für Vertreter des Herrentums. Aber wir werden dieses törichte

Geschwätz vom Herrenvolk usw. in nüchterner sachlicher Führungsmission trotzdem überwinden.

Zu dieser Führungsaufgabe gehört eben die vorbildliche Arbeit, wie sie der Distrikt Galizien auch in völkstümlicher Beziehung geleistet hat. Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wächter, gebührt meine ganz besondere Anerkennung. Was ich gestern an Volksverbundenheit mit der Führung dieses Raumes erlebt habe, ist der großartigste, schlagendste Gegenbeweis, gegen eine ganze Welt von Lügen in der Propaganda gegen die deutsche Berufung in diesem Raum. Wenn es möglich wäre, die Woge der Verfemung des Generalgouvernements einmal zu überwinden, dann müßte man eigentlich einen Tonfilm etwa von der gestrigen Kundgebung in Stryj oder Drohobycz bringen. Man könnte ja sagen: irgendwo im Osten - vielleicht geht's dann.

Ich sage also nochmals, daß wir mit diesen großen Sprüchen vom Herrenvolk gar nichts anfangen können. Die positive Arbeit, die sie hier geleistet worden ist und wie sie - das will ich aus Gerechtigkeitserwägungen absolut zugeben - auch in den anderen Distrikten geleistet wird, ist das Charakteristische, das Neuartige, das Neugeformte, was das Generalgouvernement darstellt. Dieses Generalgouvernement ist ein echtes Gebilde. Da und Dort wird die Meinung vertreten, daß die Regierung des Generalgouvernemenets nur so eine Art Pseudekonstruktion mit Übergangscharakter wäre, in die jeder nach Belieben hinein schalten und walten, von der man nach Belieben Stücke herausreißen kann und über deren Zuständigkeiten man sich nicht zu ergehen braucht wenn man sich nur mit der nötigen Brachialgewalt irgendwelche Zuständigkeitsgebiete an-

eignet. Dem-gegenüber sage ich: der totale Führungsanspruch des Generalgouvernements in diesem Raum ist unbestreitbar. Wer sich dagegen vergeht, wird in zunehmendem Maße in die Zone der Illegalen versetzt. Die Regierung des Generalgouvernements ist keine Scheinregierung; wir machen vor niemandem Kotau, und wir kennen nur einen Mann, der für uns maßgebend ist, das ist der Führer, der uns als ureigenste Verwaltung hier aufgebaut hat. Daher kann auch der totale Führungsanspruch nur vom Führer über den Generalgouverneur, den Gouverneur, den Kreishauptmann und die ihnen beigegebenen Organe gehen.

Diese Einheit der Führung hat es uns ermöglicht, diesen Raum mit seinen kaum glaubhaften und heute kaum mehr vorstellbaren Schwierigkeiten zu meistern. Wie sehr sich dieser Anspruch bewährt, den wir immer erheben und in die Tat umsetzen werden, zeigt ein Vergleich des Generalgouvernements mit anderen Bezirke n des Reiches. Wir scheuen ja vor keinem Vergleich zurück. Aber wenn nach den amtlichen Zahlen das Generalgouvernement allein 63 Prozent der Gesamtlieferungen von Nahrungsmitteln, die aus dem Osten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer kamen, an das Reich geleistet hat, wenn Sie bedenken, daß das Generalgouvernement mit einer Fläche von 15o ooo qkm nur ein Zehntel des Territoriums der übrigen Ostgebiete umfasst, dann ergibt sich daraus, daß wir weit über die Hälfte dessen geliefert haben, was von drüben geliefert worden ist. Das Gleiche gilt von der Arbeitererfassung und anderen Dingen. In diesem Zusammenhang danke ich Ihnen, Gouverneur Dr. Wächter, für die Klarlegung, die Sie uns vorhin gebracht haben. Ich wünsche nicht, daß der Eindruck mitgenommen werden kann, als ob der Distrikt Galizien in der Arbeitererfassung rückständig gewesen wäre. Diese Frage ist also geklärt.

Die Einheit der Verwaltung und Führung wird immer wieder von dem Begriff der Autorität getragen, auch einem der Begriffe, die eigentlich von niemandem mehr so richtig verstanden werden. Autorität bedeutet nämlich nicht, daß ich, gestützt auf Sie, jede Zusammenarbeit ablehne. Heute ist leider einm merkwürdiger Zug in der Führung auch allgemeiner Dinge im Deutschen Reich spürbar: man hat an die Stelle der früher angeblich das Reich so sehr zersetzt habenden Territorien heute eine noch viel schlimmere Zersetzungsquelle gesetzt, nämlich die der Institutionen. Diese Entwicklung darf unter keinen Umständen weitergehen. Daher bin ich froh, daß wir im Generalgouvernement wenigstens die Hoffnung haben können, mit diesem Problem auf di e Dauer fertig zu werden. Der Mangel an Zusammenarbeit ist es: jeder will bloß kommandieren, befehlen, sich mit den Ellbogen vorwärtsarbeiten und sich den Teufel darum schweren, was links oder rechts von ihm geschieht, ist aber jederzeit bereit, wenn es nicht weitergeht, jammernd und klagend und beschwerdeführend dann doch an den andern heranzutreten. Dazu sind wir uns zu gut, daß nun, nachdem wir nach schwerer Mühsal in vier Jahren alles aufgebaut haben, die Nutzniesser unserer Arbeit kämen, Stück um Stück den Verwaltungskuchen aufteilen und uns sozusagen nur den Rest dieser Torte lassen würden. Sie kennen mich, - es ist ein schwerer Kampf, den ich zu führen habe: es ist der Kampf um die Aufrechterhaltung dessen, was man früher die Staatsautorität nannte. Die Staatsautorität ist etwas, was über jedem Teil steht. Wir sind nicht in Argentinien, wo einer nur deshalb, weil er Waffen hat, über den, den keine Waffen hat, zu herrschen vermag, sondern wir sind hier ein Gemeinschaftsgefüge vernünftiger deutscher Männer der Führung und Verwaltung, die auf einer klaren Zuständigkeitsebene zusammenarbeiten. Welchen Gewinn trägt schon einer hier davon,

wenn er einem andern eine Zuständigkeit wegschnappt oder sich selber feingeistig herausscheidet und sagt: jetzt bin ich fein heraus, jetzt bleibe ich zwar im Lande fett und dick, aber ich kann machen, was ich will. Ein solcher Mensch zersetzt und zerstört doch nur, er hat aber auch erst den Schaden zu tragen; denn die Volksgemeinschaft vergißt das nicht.

Der Staat und die Autorität, die wir hier aufgerichtet haben, ist die Heimat aller Deutschen, die hier im Namen des Führers und des Reiches arbeiten wollen. Und wir sind für das Reich, wir sind nicht etwa deshalb gegen das Reich, weil wir Vollmachten haben, die außerhalb des Reiches sind. Ich habe schon gesagt: die Sonderstellung, die wir innehaben, belastet uns außerordentlich. Man würde sich in manchen Zentralen des Reiches umsehen, wenn man plötzlich die bequeme Methode, alle Schwierigkeiten auf die Regierung des Generalgouvernements abzuwälzen, nicht hätte, wo alles Positive dieses Raumes auf die Rechnung von Außenreichsfaktoren, alles Negative auf die Rechnung von Binnenfaktoren gesetzt wird. Diese heimtückische Schwarzweißtechnik ist allerdings publik genug geworden, als daß sie noch lange fortgesetzt werden könnte. Das Kesseltreiben von Neidinstinkten und Minderwertigkeitsempfindungen wird bald überwunden sein. Im übrigen gehört es ja zur Verwaltungsgeschichte aller großen Reiche, daß das erste imperiale Hinaustreten über das eigentliche Reich immer mit großen Erschwerungen der Arbeit in den neuen Gebieten durch die Heimat verbunden war.

So glaube ich denn, daß Sie sich hier im Distrikt Galizien mit Stolz auf Ihre Arbeit berufen können. Und ich bin dessen gewiß, daß sich diese Ihre Arbeit weiter bewähren wird. Sie können überzeugt sein, daß ich Ihr Inter-

esse an Ihrer Arbeit mit dem Einsatz meiner ganzen Kraft vertreten werde. Wenn ich Sie daher auffordere, in den kommenden Monaten, die zweifellos ernsteste Schwierigkeiten mit sich bringen werden, nunmehr gerade den kollegialen Ausgleich aller Interessen ohne Rücksicht auf Zuständigkeitsfragen, sondern nur im Hinblick auf das große Gemeinschaftsziel in den Vordergrund zu rücken und in allem Ihrem Gouverneur Dr. Wächter als einem der größten Männer des Generalgouvernements und der verdientesten Vorkämpfer der deutschen Führung im Osten überhaupt zu folgen, so tue ich das in dem vollen Bewusstsein, daß Sie dieser Aufforderung nachkommen werden. Ich danke Ihnen allen für das, was Sie hier Vorbildliches geschaffen haben.

Mit einem von Gouverneur Dr. Wächter ausgebrachten Siegheil auf den Führer wird die Regierungssitzung geschloßen.

14^{00} Schluß der Regierungssitzung

14^{10} Mittagessen im Kasino Lemberg.

15^{30} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in die Wohnung des Gouverneurs Dr. Wächter.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Führerschule des Ukrainischen Heimatdienstes.

17^{05} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs vor der Führerschule des Ukrainischen Heimatdienstes.

Oberstarbeitsführer Hinkel meldet dem Herrn Generalgouverneur die angetretene Mannschaft der Führerschule.

Baudienststabsleiter Topp berichtet dem Herrn Generalgouverneur über Aufbau und Zweck der Führerschule und gibt dann einen Überblick über den Einsatz des Ukrainischen Heimatdienstes im Distrikt Galizien.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt sodann die Unterkunfts-, Aufenthalts- und Unterrichtsräume der Schule.

17^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Statthaltereigebäude.

17^{35} Beginn der Dienstbesprechung im Sitzungssaal des Statthaltereigebäudes mit den Politischen Leitern und Standortführern des Distrikts Galizien.

Die Dienstbesprechung wird durch Distriktstandortführer Gouverneur Dr. Wächter eröffnet. Er begrüßt den Herrn Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Leiter des Arbeitsbereichs der NSDAP namens der zu der Tagung versammelten Standortführer und Leiter der einzelnen Abteilungen und Referate. Zweck der Tagung sei, so führt Distriktstandortführer Dr. Wächter aus, dem Herrn Generalgouverneur einen Einblick in die Arbeit der Distriktstandortführung zu geben.

Es referieren dann:

Stabsamtsleiter Lemmer über
Hauptarbeitsgebiete und Organisationsfragen

Oberbannführer Otten über die
Arbeit der Hitlerjugend

Frau Weichselbaum über die
Arbeit der Frauenschaft

Standortführer Kreishauptmann Nehring-Kamionka über
Führungsaufgaben der Partei.

21.6.1943.

Am Schluß der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Ich kann Ihnen nur mit wenigen Worten für die Arbeit danken, die Sie, Distriktstandortführer Dr. Wächter, Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hier leisten.

Die Partei hat es in unserem Gebiet einerseits sehr schwer, andererseits ist aber auch ihre Aufgabe wieder sehr schön. Ihre Aufgabe scheint deshalb schwierig, weil die Zahl der Deutschen in diesem Lande unverhältnismäßig gering ist; nach der Volkszählung machen die Deutschen knapp 1,5 Prozent der Bevölkerung aus. Da wir uns aber nicht zahlenmäßig werten, sondern mit Recht einen anderen Wertmaßstab anlegen, müssen wir sagen, daß diese 1,5 Prozent umso wichtiger sind, weil sie eine so gigantische Millionenmaße von Fremdvolkischen zu beherrschen haben. Und die Aufgabe der Partei ist deshalb so schwierig, weil die wenigen, die sich hier im Lande imSinne des Urprogramms des Führers betätigen sollen, nun doch irgendwie absolut eine positive Auslese sein müssen. Ich glaube auch, in den vergangenen vier Jahren, seitdem wir im Lande sind, hat sich fortgesetzt dieser Ausleseprozess vollzogen. Alles, was feige, müde, käuflich, verderblich war, hat sich restlos ausgeschaltet und wird sich weiter ausschalten. Übrigbleiben wird eine Elite von harten, erprobten, klaren, zielsicheren, politisch erfahrenen Nationalsozialisten, die diesen Raum für alle Zukunft der deutschen Führung erhalten werden.

Schwierig ist diese Aufgabe, weil sie auch ohne jede Voraussetzung angepackt werden muß. Wie für den Staat Generalgouvernement, so gibt es auch für den Arbeitsbereich Generalgouvernement kein Vorbild. Als ich mir seiner-

zeit den Gedanken nahebrachte: wie organisiere ich in diesem Lande die Partei? - kam mir der Einfall, den Arbeitsbereich zu gründen. Damals wurde dieser Plan aufgenommen, und ich muß sagen, er hat sich bewährt. Wir können uns nicht als Gau gerieren; dazu sind wir zu wenige Deutsche im Raum. Wir können aber - das muß sein - den totalen weltanschaulichen Führungsanspruch über die Deutschen im Raum mit desto größerem Nachdruck durchführen.

Wenn so die Aufgaben der Partei über zahlreiche örtliche, zeitliche und menschliche Bedingungen hinaus schwierig sind, dann sind sie andererseits aber auch herrlich und unvergleichlich strahlend. Wenn irgendwo, dann wird in diesem Raum des Ostens gewiß auch keine Form von Parteimüdigkeit entstehen. Denn wir sind die lebendigen Zeugen dafür, daß dieses Aufbauwerk überhaupt nur auf der Grundlage der nationalsozialistischen Bewegung möglich ist. Wir können jedem Deutschen, vor allem auch jedem Soldaten sagen, daß er sich nur vorzustellen brauche, was aus diesem Gebiet geworden wäre, wenn statt der einen großartig geführten und klar ausgerichteten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei der alte Schlendrian von 47 Parteien, von Weltanschauungen, Konfessionen und derartigen Dingen im Reich maßgebend gewesen wären. Wir können sogar rückschauend verstehen, warum alle deutschen Führungsaufgaben in diesem Raum schließlich durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder zerstört werden konnten, nur weil eine einheitliche Führung in der Heimat nicht vorhanden war. Und Sie, Parteigenossen, die Sie hier im Distrikt am Werke sind, können von sich sagen, daß Sie mit zu den Pionieren der Weltreichsarbeit der NSDAP berufen sind.

Gerade im Distrikt Galizien ist die Arbeit unter besonders schwierigen Umständen begonnen

worden. Ich freue mich, aus den Referaten entnommen zu haben, daß Sie auf allen Gebieten einheitlich ausgerichtet, frisch, treu und kameradschaftlich zusammenarbeiten. Wir wollen nicht debattieren, nicht kritisieren und über Möglichkeiten der oder jener Art uns den Kopf zerbrechen, sondern wollen schlicht, treu, tapfer und sachlich wie bisher allen Verleumdungen und allen Gegnerschaften zum Trotz unseren Weg fortsetzen. Die Wahrheit siegt, und sie wird eines Tages zeigen, daß eine kleine Schar von absolut bewährten deutschen Männern und Frauen hier etwas Unmögliches möglich gemacht hat.

Daß die Partei vom ersten Augenblick von mir eingeschaltet wurde, war für mich als Nationalsozialisten selbstverständlich. Auch das hat sich bewährt. Ich könnte mir heute die Partei aus dem Leben des Generalgouvernements nicht mehr hinwegdenken, sondern muß sie vom staatlichen Sektor aus gerade immer wieder rufen und bin glücklich, daß sie da ist.

Eine Gefahr besteht, daß nämlich die Einheit der totalen Bewegung vielleicht durch ein Überwiegen der Gliederungsarbeit zerrissen werden kann. Das darf nicht sein. So, wie ich im Staat darauf sehe, daß die Einheit der Verwaltung und Führung gewährleistet ist, weil ich ein Mann des Reiches bin und nicht einer Gliederung oder eines Staatsteiles, genau so sehe ich in der Partei darauf, daß die Partei als solche in Erscheinung tritt und daß erst dann die Gliederungen und angeschlossenen Verbände kommen. In erster Linie sind wir Parteigenossen, dann erst sind wir etwas anderes, Angehörige von Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden. Das entspricht auch dem Ziel, das ich mir gestellt habe und dessen Richtigkeit der Führer wiederholt bestätigt hat, zuletzt

in der Unterredung, die ich mit dem Führer am 9. Mai dieses Jahres gehabt habe. An diesem Programm wird nicht gerüttelt und gedeutelt.

Aber auch hinsichtlich der Führung in Staat und Partei können wir hier keine Zweigleisigkeit vertragen. Wir sind viel zu wenige Deutsche im Raum, als daß wir uns in Interessencliquen aufteilen dürften oder die Gefahr für solche Aufspaltungen oder Bildung übersteigerter Sondergrüppchen entstehen könnte, durch die das einheitliche Bild verwischt würde. Wenn heute der Krieg gewonnen ist, dann wird die endgültige Form des Aufbaues des Ostens irgendwie vom Führer geschaffen werden. Aber bis dahin bleibt es bei der bisherigen Ordnung. Bisher hat sie sich so bewährt, daß ich niemanden wüßte, der sie uns nachgemacht hätte.

Das Generalgouvernement, so beschimpft und verleumdet es manchmal wurde, steht heute da als einer der großen unvergleichlichen Leistungsträger im Kriegsgeschehen. Das sage ich nicht aus Stolz oder Einbildung, sondern weil es wahr ist. Das muß auch Euch, Parteigenossen im Distrikt Galizien, mit besonderem Ehrgeiz erfüllen. Ich wünsche, daß von diesem Land auch in das Reich und die Heimat hinaus ein Fanatismus strahlt, der jeder Form von Pessimismus und Miesmacherei und Schwarzseherei sich entgegenstellt. Wir wollen diesen Leuten sagen: wenn ihr nichts anderes zu tun habt, als Euch in den Haaren zu liegen, so kommt zu uns, wir haben für jeden von euch überreiche Beschäftigung, und dann wird euch schon die hämische Lust des gegenseitigen Kampfes vergehen. Hier steht einer allein mit wenigen deutschen Männern auf einer Fläche, die die Grösse eines Reichsgaues hat, wie wir das aus dem Referat des Pg. Nehring gehört haben. Unter Hunderttausenden Fremdvölkischer hat sich eine Handvoll Deutscher hier bewährt. Da kann

man nicht in bürokratische Schwäche verfallen oder in Dünkelsucht oder Kadavergehorsam, sondern da muß man hart auf hart mit den Dingen fertig werden. Die Führung muß sich durchsetzen, vor allem im Kampf mit den Dingen und nicht nur mit ihren Erscheinungen. Die Meinung über die Dinge ist ganz gleichgültig. Hier kommt es nur auf den Erfolg an.

Die Partei im Generalgouvernement ist ein echtes Kriegskind. Bei meiner Fahrt durch Lemberg und durch Galizien habe ich gesehen, wie Ihr überall am Werke seid, wie die Jugendorganisationen erstehen. Ich müßte kein Nationalsozialist vom Jahre 1919 sein, wenn mich nicht eine Ergriffenheit packen würde darüber, wie ähnlich dieses Leben unserer Bewegung dem ist, das wir damals in München aufgebaut haben. So haben wir damals im Reich begonnen, so beginnen wir hier. Ich danke Ihnen, Gouverneur Dr. Wächter, und allen Ihren Mitarbeitern, daß Sie in diesem klaren Sinne eindeutig, hart und sachlich den beschrittenen Weg weitergehen. Meine besten Wünsche begleiten Sie.-

Distriktstandortführer Dr. Wächter gelobt namens der Politischen Leiter der Distriktstandortführung weitere ernste Arbeit und weiteren freudigen Einsatz für Bewegung, Führer und Reich entsprechend der Parole des Herrn Generalgouverneurs.

Mit dem von Distriktstandortführer Dr. Wächter ausgebrachten Siegheil auf den Führer findet die Dienstbesprechung ihren Abschluß.

18^{45} Schluß der Dienstbesprechung.

21.6.1943

19[05] Parteikundgebung im Schauspielhause zu Lemberg.

Nach Begrüssungsworten des Distriktsstandortführers Gouverneurs Dr. Wächter ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Männer und Frauen! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Liebe Kameraden! Als wir vor nunmehr zwei Jahren den Distrikt Galizien in den Bereich des Generalgouvernements aufgenommen haben, da war die uns gestellte Aufgabe sehr schwer, es war vielleicht die schwerste Aufgabe, die auch mir damals gestellt werden konnte, sollte doch dem Alt-Generalgouvernement ein neuer Distrikt angefügt werden, ein Distrikt, der zwar von der Natur reich gesegnet, aber doch durch eine jahrzentelange Misswirtschaft der sogenannten polnischen Republick und dann durch die fast 2jährige Schreckensherrschaft gegangen war. In diesem Lande waren als Folge des Kriegsgeschehens fast alle Brücken zerstört, die Städte brannten, die Felder waren nicht bestellt, die Bevölkerung befand sich in voller Flucht und Auflösung, jede Ordnung war dahin, Verzweiflung, Hunger, Chaos, Elend, Mord und Brand waren in diesem Lande. Unter der Schreckensherrschaft des Bolschewismus waren Hunderte, ja Tausende unschuldiger Menschen hingemetzelt worden.

21.6.1943

Es war nun gewiss nicht einfach, nur mit dem Auftrag, hier Ordnung, Ruhe und Sicherheit im Lande aufzurichten, allein geleitet von nationalsozilastischem Pflichtbewusstsein und von dem Empfinden als deutsche Menschen, diesen Raum für Grossdeutschland zu gewinnen. Unsere unvergleichliche Wehrmacht hatte das ihre getan, um mit herrlichen Heldentaten dieses Land für Deutschland zu erobern. Nun war es Ihre Aufgabe, Männer der Partei und der Verwaltung, für Ordnung und für den Wiederaufbau zu sorgen. Heute muss ich feststellen, dass Ihr diese Aufgabe erfüllt habt. Im Namen des Führers und des Reiches danke ich Euch dafür. Unsagbare Schwierigkeiten waren hier zu bewältigen. Dazu stellte der Krieg auf allen Gebieten ungeheuer sich steigernden Anforderungen. Die Möglichkeiten zum Wiederaufbau waren allüberall beschränkt: man konnte nicht bauen, wie man wollte und wie es notwendig war, man hatte nicht die Arbeitskräfte, die man brauchte, man konnte nicht jedes Haus, jede Wohnung wieder so herstellen, wie es deutschen Bedürfnissen entsprochen hätte. Darüber hinaus musste die Ernte hereingebracht, mussten die Felder wieder bestellt werden. Es galt auch, das Vertrauen in die Währung, in die Gesetzlichkeit der Dinge, den Glauben an das deutsche Siegesschicksal wieder zu erwecken. Alle diese Schwierigkeiten waren von Euch zu überwinden.

Aber Ihr habt es geschafft. Ich sehe nunmehr - das ist mein Eindruck -, dass sich dieser Distrikt in zunehmendem Masse in die Gesamtaufgabe des Ostens eingefügt hat. Die Felder blühen, die Ernte steht vor der Tür, und ein Blick über die segensreichen Fluren dieser Gefilde kann uns beglücken.

21.6.1943

Welch ein herrliches Land ist mit Galizien unserem deutschen Vaterland zurückgegeben worden! Zurückgegeben - jawohl; denn es ist seit 1774 im Reichsgefüge der damaligen österreichisch-ungarischen Monarchie doch mit deutscher Führungskunst österreichischer Prägung aufgebaut und durchsetzt worden. Hier entstanden deutsche Siedlungen von deutschen Beamten, von deutschen Männern und Frauen; hier haben deutsche Bauern schon im Jahre 1780 gesiedelt und damit den alten Blutsstrom der Deutschen nach dem Osten fortgesetzt. Erst gestern hatte ich Gelegenheit, eines dieser Dörfer zu besichtigen, in denen nunmehr wieder deutsche Bauern friedlich in diesem Raume leben. Die deutsche Führung hat somit sich durchgesetzt. Was ich billigerweise fordern konnte und musste, ist auch eingehalten worden. Ich erwarte, dass Sie, Parteigenosse Dr. Wächter, und alle Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht müde werden, dieser segensreichen Arbeit zu obliegen. Dass diese Arbeit von Erfolg gekrönt sein wird, weiss ich.

Die Ernte steht vor der Tür. Das deutsche Volk, der deutsche Soldat und auch die deutschen Menschen des Generalgouvernements schauen auf Galizien als einen unserer wertvollsten, fruchtbarsten Gebietsteile. Ich erwarte mir unzählige Waggons von Getreide, die Galizien uns zur Verfügung stellen wird. Um nichts wird dadurch dieses Land geschmälert werden. Ich wünsche, dass sich die Arbeiter und Bauern von Galizien in ihrer Lebenshaltung immer mehr dem Lebensstatus derer nähern, die für Deutschland arbeiten und die unseren ganzen Schutz und unsere Fürsorge verdienen.

Herr Gouverneur Dr.Wächter, Sie haben hier den Geist in die Verwaltung hineingebracht und gleichzeitig mit den Nationalsozialismus die Dis-

ziplin, die Kameradschaft, die Führungstreue und die Autorität hergestellt. Wenn manns heute die Jungen und Mädchen sieht, wie sie durch die Stadt ziehen, dann kann man beglückten Herzens sagen: alle die Arbeit schlägt auch bereits deutlich lebendige Wurzel. Wir werden dieses Land ebenso wenig wie irgend ein anderes Gebiet im Osten jemals wieder räumen.

(Lebhafter Beifall)

Und der Bolschewismus wird hier nie mehr sein Schreckensregiment ausüben. Lemberg, die alte deutsche Reichsstadt, wird als eine der wichtigsten Städte des grossdeutschen Machtbereiches blühen und gedeihen und ein Wahrzeichen deutscher Pionier- und Aufbauarbeit sein.

(Lebhafter Beifall)

Ihr, meine Parteigenossen und Volksgenossen, habt zu bewähren, dass der deutsche Mensch, der in diesem Raume steht, sich schon durch seine Haltung, seine Lebensführung, durch sein vorbildliches Wirken überall so zeigt, dass der Führer mit Recht auf uns stolz sein kann. Wir wollen es unseren Soldaten gleichtun. Wie sie das Letzte für unser Leben opfern, so soll auch der zum Aufbau der eroberten Gebiete berufene deutsche Mensch sich dessen bewusst sein, dass auf ihn nicht nur die Heimat, sondern auch die Millionenmasse der von uns geführten Völkerschaften schaut; denn in diesem Lande wird auch der Fremde weilen.

Freilich muss ich immer mahnen und fordern, ich bin ein unentwegter Mahner und Forderer. Ich muss immer wieder <u>Leistungen</u> fordern, muss immer wieder zur letzten Anstrengung, zum Einsatz der äussersten Energie aufrütteln. Ich würde es auch besser und bequemer finden, könnte ich

mit einem Füllhorn von Gaben vor Ihnen erscheinen. Aber ich muß Sie im Namen des kämpfenden Reiches bitten, immer daran zu denken, daß auch dieses Land an der Erringung des Sieges mithelfen muß und daß auch Galizien nur blüht, wenn das ganze Deutsche Reich blüht.

(Lebhafter Beifall)

Und dieses Deutschland steht in einem unendlich harten Kampf. Als wir 1939 in diesen Krieg hineingezwungen wurden, da waren manche vielleicht der Meinung, dieser Krieg würde in kurzer Zeit entschieden und siegreich beendet sein. Damals hatte man Polen in 18 Tagen zertrümmert, und nachdem Belgien, Holland, Norwegen besiegt waren, wurde auch mit Frankreich in kurzer Zeit Schluß gemacht. Es schien, als ob nun die Wendung zu einem schnellen Ende kommen könnte. Da trat die russische Drohung an uns heran, Jugoslawien mußte niedergekämpft werden, weil es sich in die Kampffront der Gegner Deutschlands einreihte. Und dann kam die gigantische Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus.

Nicht, weil der Nationalsozialismus da ist, ist der Krieg über Deutschland gekommen, - der Krieg wäre so oder so über das deutsche Volk gekommen - aber weil Adolf Hitler und seine Bewegung und seine Wehrmacht da ist, werden wir diesen Krieg gewinnen.

(Stürmischer Beifall)

Für uns hier im Osten, die wir mitten in den Dingen des Lebens, in den Nöten und Sorgen des Raumes stehen, die wir nicht großartige Theorien aufstellen können und dürfen, sondern die wir mit den Dingen des Lebens, unmittelbar sie anpackend, fertig werden müssen, ist keine Zeit, lange über alles Mögliche nachzudenken und zu sinnieren. Unsere Stunden sind Arbeitsstunden, so ausgefüllt, daß wir wissen: die Aufgabe, die uns der Führer gestellt hat, überall seine getreuesten Soldaten zu sein, wird von uns auch gemeistert werden.

Für uns gibt es keine Miesmacherei, kein Hin- und Herlavieren, kein Wenn und Aber, - für uns gibt es nur eines: bedingungslos hinter Adolf Hitler stehen bis zum Endsiege.

(lebhafter Beifall)

Deutsche Männer und Frauen, Sie haben ja hier auch immer noch Gelegenheit, den Bolschewismus zu studieren, und die noch nicht überwundenen Auswirkungen seiner Schreckensherrschaft zu sehen. Aber was wäre aus uns geworden, wenn etwa Städte Städte wie Breslau oder Königsberg, Posen oder Dresden, in die Hände der bolschewistischen Armeen gefallen wären! Dieser Krieg gegen das bolschewistische Reich war die Voraussetzung für die Wiedergewinnung deutschen Lebens überhaupt. Und es ist nicht an dem, daß man fragen kann: warum und wieso war das notwendig, - mußte das sein? Das weiß der ewige Herrgott selber, warum er den Menschen den Krieg mit auf den Weg gegeben hat. Der Krieg wird als Geißel der Menschheit bezeichnet. Er ist zweifellos von ungeheuersten Schwierigkeiten, Belastungen und Opfern begleitet. Das Elend ist uns nicht erspart geblieben. Wer heute in die unzähligen Familien schaut und die abgehärmten, leidverzerrten Gesichter der Menschen in Deutschland sieht, wer an die schmerzlichen Opfer denkt, die sie in diesem Ringen zu bringen haben, wer die Massen derer sah, die vor dem Bombenhagel verbrecherischer Engländer flüchten mußten, wer es miterlebte, Bibliotheken, Kirchen, Krankenhäuser, Kinderheime zertrümmerte, der weiß, daß dieser Krieg eine Geißel ist. Adolf

Hitler hat ja auch bis zum Äußersten mit seiner Opferbereitschaft den Krieg vermeiden wollen.

Mit dem Aufrütteln der Menschen zum Pflichtbewußtsein im Dienste des Führers und Reiches muß notwendig immer wieder der Appell an die klare fundamentale geistige Einstellung des Einzelnen zu den Problemen dieses Krieges verbunden sein. Lassen wir uns nicht von dieser dünnflüssigen sogenannten Pseudopropaganda der anderen irgendwie irritieren. Die wissen schon, warum sie uns fürchten, warum sie den Nationalsozialismus zerstören wollen, warum sie mit ihren Parolen kommen. Aber das deutsche Volk von heute ist nicht mehr das deutsche Volk von 1918. Gerade wir im Osten wissen es, wessen der einzelne Deutsche fähig ist. Wenn ich der Churchill wäre, dann würde ich auch das deutsche Volk fürchten; denn dieses Volk ist unbesiegbar in seiner Stärke und Geschlossenheit. Wer will uns dieses Reich

21.6.1943*

noch einmal nehmen, das nun von den Pyrenäen bis zum Nordkap und bis hinein in die Weiten des fernen Ostens reicht? Glaubt vielleicht jemand, daß die deutschen Soldaten schlechter werden? Sie werden besser von Tag zu Tag.

(Lebhafter Beifall)

Oder glaubt jemand, daß die deutschen Waffen schlechter würden? Auch sie werden besser von Tag zu Tag.

Die Hoffnung der Gegner, daß jemals die Kraft dieses Volkes wieder zerstört werden könnte, ist vergeblich. Denn dieses deutsche Volk von heute weiß, was der Erfolg wäre, wenn wir jemals die Fahne streichen würden. Es würde dann überhaupt kein deutsches Volk und keinen deutschen Staat in der Zukunft mehr geben. Wir sind daher auch in diesem östlichen Vorfeld unserer Heimat entschlossen, diesen Führungsanspruch mit allen Mitteln durchzusetzen. Ich freue mich, gerade im Distrikt Galizien feststellen zu können, daß hier eine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den loyalen Teilen des ukrainischen Volkes besteht. Die Ukrainer sind ja ein braves, harmloses, gutmütiges Volk, das friedlich einem nationalen Ziel entgegenstrebt, das in keiner Weise dem des Großdeutschen Reiches zuwiderläuft. Als ich den Aufruf an die Ukrainer zur Meldung für die SS-Freiwilligendivision erließ, war es überraschend, zu sehen, mit welchem Feuereifer diese jungen ukrainischen Männer sich zu dieser Legion meldeten. Über 7o ooo haben sich gefunden, die bereit sind, mit der Waffe in der Hand für die von Adolf Hitler geführte europäische Ordnung gegen den Bolschewismus zu marschieren.

(Lebhafter Beifall)

Und das ist eines der schönsten Zeichen dafür, wie das deutsche Volk unter Adolf Hitler es bereits versteht,

21.6.1943

andere Volkstümer zum eigenen Vorteil zu geleiten. Ich weiß, daß auch eine Fülle der anderen Volkstümer dieses Raumes in zunehmenden Maße bereit war, loyal mit der deutschen Führung zusammenzuarbeiten. Hunderttausende und Überhunderttausende arbeiten in unseren Betrieben, in unseren Verkehrs- und Staatseinrichtungen pflichtbewußt für ihre Aufgabe. Diese Loyalität wird auch durch loyales Verhalten seitens der Behörden beantwortet werden. Ab 1.September ds.Jrs. wird die Lebensmittelverteilung an die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes, an Polen wie Ukrainer, so gestaltet werden, daß nicht nur das Existenzminimum, sondern ein ausreichendes, die Arbeitskraft sicherndes Dasein gewährleistet sein wird.

(Lebhafter Beifall)

Auch dies ist ein Erfolg der Gemeinschaftsarbeit in diesem Raum.

Es ist klar, daß uns das alle mit Genugtuung erfüllt. Denn hiermit wird auch eine Frage gelöst, die viele Deutsche, wenn auch nicht gerade in diesem Distrikt, so doch im Generalgouvernement immer wieder beschäftigt: das sogenannte Sicherheitsproblem. Ich möchte mit allem Nachdruck erklären, daß da, wo sich wirklich deutschfeindliche Elemente fänden, die sich, irgendwelchen antideutschen Parolen folgend, zu rebellischen oder sonstigen deutschfeindlichen Handlungen hinreißen lassen, der deutschen Energie keine Grenzen gesetzt sind, um die Ordnung und Sicherheit in diesem Raume aufrecht zu erhalten. Wo geschlagen wird, wird zurückgeschlagen, und zwar verdoppelt und verdreifacht. Wir weichen in diesem Raum keinem Heere, bestimmt aber auch nicht fremden Banditen. Und nicht wir kommen in Gefahr in diesem Raum, sondern nur das Polentum. Das mögen sich alle gesagt sein lassen, die glauben, uns mit diesen Mätzchen unsicher machen zu können. Der

21.6.1943

Deutsche ist diesen Zustand jetzt gewöhnt. Daß wir mitten im Kampf um unsere Existenz stehen, bedeutet, daß auch jeder einzelne Deutsche in seiner Existenz mit bedroht ist. Aus diesem Krieg geht entweder das ganze deutsche Volk als Sieger hervor oder kein Deutscher bleibt mehr übrig. Und daher wissen wir auch, daß diese Gemeinsamkeit unseres Schicksals uns trotz jeder Gefahr nicht beugen wird. Der Deutsche ist hier in Galizien noch nie bedroht gewesen. Ich möchte zur Ehre der Bevölkerung dieses Raumes feststellen, daß sie in friedlicher loyaler Arbeit mit den Deutschen zusammenleben. Wo aber versucht werden sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, da wird jetzt mit großen Aktionen zurückgeschlagen. Ich bin vom Führer ermächtigt, jede Maßnahme zu ergreifen, die der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet dient, und ich bin willens, von diesen Vollmachten restlos Gebrauch zu machen. Wir sind daher in diesem Lande auch entschlossen, jeden zu treffen, der uns treffen will, aber auch jeden zu fördern, der uns fördern will.

Ich freue mich, gerade hier im Distrikt Galizien immer wieder feststellen zu können, daß die Loyalität seiner Bevölkerung vorbildlich ist. Die Ukrainer haben es wirklich verdient, daß wir ihnen den Weg zu ihrer eigenen kulturellen Entwicklung geben. Was sie unter Polen und Bolschewiken gelitten haben, ist ein einzigartiges Matyrium.

Inzwischen ist das Leben im Generalgouvernement nun in allen diesen Jahren auch allen den Schwankungen unterworfen gewesen, die das deutsche Volksleben heute überhaupt kennzeichnet. Aber auch wir haben 1939 in frischer, fröhlicher Fahrt unsere Arbeit begonnen. Wir haben auf diesem Wege Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gefunden; nicht zuletzt hatten wir auch Schwierigkeiten mit Menschen. In diesem Lande haben sich da

und dort gewisse Erscheinungen breit machen wollen. Wer aber glaubt, daß der Sieg, den unsere Soldaten mit der Waffe in der Hand unter Einsatz ihres Lebens erfochten haben, ein Sieg plutokratischen Erwerbsstrebens gewesen wäre, der irrt sich, und jedermann soll wissen, daß das Generalgouvernement nicht dazu da ist, privaten Bereicherungsabsichten zu dienen.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen hier vor unseren Soldaten bestehen. Und jeder, der sich hier hinein schmuggelt und glaubt, er würde von mir vergessen oder nicht erkannt, der soll sich darauf verlassen, daß ich bis jetzt schon soviele erkannt und beseitigt habe, daß auch der Rest in Zukunft mir nicht entgehen wird. Ich dulde hier nicht die ekelhafte etappenartige Geschäftemacherei. Jeder soll es wissen: wir werden gerade als Nationalsozialisten dafür sorgen, daß der anständige Deutsche anständig leben kann, aber der unanständige Deutsche hier mit besonderem Nachdruck bestraft werden wird.

(Lebhafter Beifall)

Das muß ganz offen gesagt werden, und ich scheue mich auch nicht, es persönlich zu betonen.

Ich möchte aber gleich hinzufügen, daß gerade der Distrikt Galizien in diesem Punkt keinen besonderen Anlaß zur Kritik gibt. Es handelt sich bei solchen Dingen ja um eine allgemeine Erscheinung des Krieges. Trotz alledem darf ich auch sagen, daß alle Vorgänge dieser Art verhältnismäßig so geringfügig sind, daß ich an der Gesamthaltung der Deutschen in diesem Raum keinerlei irgendwie geartete ernste Kritik zu üben brauche. Im Gegenteil, was Tausende von deutschen Männern im Einzelkampf um ihr Deutschtum, um ihr Wesen und ihre Aufgaben geleistet haben, das wird für alle Zukunft ein stolzes Blatt in der Geschichte des Deutschtums des Ostens sein.

21.6.1943

Im übrigen ist es klar, daß die Sorgen nicht abbrechen. Wir dürfen heute nicht sagen: wir haben schon soviel geschaffen, jetzt müssen die anderen heran. Im Gegenteil, wir werden immer weniger, und die Männer, die noch da und dort in der Verwaltung und Führung tätig waren, werden auch noch zur Wehrmacht geholt. Und so muß ich denn meinen besonderen Appell an die Frauen und Mädchen richten. Die deutsche Frau und das deutsche Mädchen haben in diesen Jahren einen großartigen Anteil an dem Aufbauwerk im Osten gehabt. Tapfer, wirklich selbstlos und mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft haben sich die deutsche Frau und das deutsche Mädchen in diesem Raum bewährt. Auch sie haben daher ein Recht, sich als berufene Pioniere des großdeutschen Freiheitskampfes zu bezeichnen. Ich werde darum jetzt auch einige im Dienst verwundete deutsche Frauen und Mädchen für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes vorschlagen.

Für mich ist aber nun auch die schönste Freude - und dafür danke ich auch im Namen des Führers und Reiches - daß die Kinder, unsere lieben deutschen Kinder, in diesem Raum ihre Heimat finden. Es ist ergreifend, zu sehen, wie diese kleinen tapferen Jungen und Mädchen im völlig fremdvölkischen Raum mit der ganzen Haltung des Erwahhsenen stramm und siegessicher durch die Straßen marschieren, wie ihre Augen strahlen, wie sie den jungen Morgen einer werdenden Zukunft unseres großen Volkes begrüßen. Diese köstlichste Blüte am Baumee unseres Volkes sollten uns allen die heilige Mission dieses Raumes sein. Jeder Soldat, der hier verwundet wurde, der seine Schmerzen durch dieses Land trägt, soll in diesem Kind den Sendboten der Zukunft sehen, ~~das~~ der ihm sagt: auch du, Kamerad, sei dessen gewiß, dein Opfer war nicht umsonst!

21.6.1943

Hier lebt bereits ein neues deutsches Volk des Ostens, ein neues deutsches Volk einer großen unvergleichlichen Zukunft. Es ist eine ernste, aber auch herrliche große Zeit. Wir alle, die wir diesen Winter mit seinen Schrecknissen, mit seinen grauenhaften Transportschwierigkeiten und Rückschlägen erlebt haben, wissen es, daß Adolf Hitler der ganzen Welt zum Trotze die Größe des deutschen Volkes durchsetzen wird. Was wir schon leisten und in uns tragen an Sorgen und Nöten, ist nichts gegenüber dem, was Adolf Hitler an Sorgen und Nöten für uns alle trägt. Es ist leicht, wenn schwarze Stunden kommen, schwarz zu sehen; dazu gehört nichts Groß aber ist es, wenn die Schwärze einer Not herabsinkt, durch das Grauen eines Kampfes hindurch den Sonnenstrahl der göttlichen Hoffnung in sich zu bewahren. Wir haben einen Mann an der Spitze unseres Volkes, der diesen unbeirrbaren Glauben in sich trägt und für uns alle hält.

(Stürmischer Beifall)

Die Zeiten werden kommen und vergehen, die Völker auf diesem Planeten werden erstehen, die Generationen unseres Volkes werden wachsen und vergehen, aber ein Name wird ewig bleiben: der Name Adolf Hitler.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Auch wir wären ohne ihn und ohne seine stürmische Entschlossenheit, das deutsche Schicksal zu meistern, nicht in diesem Saal. Wenn da und dort die Müdigkeit kommen will und wenn man sagt: ja, die Feinde mit ihrer Überzahl, mit ihrer Übermacht, mit ihren gewaltigen Rohstoffen, - alles ist gegen uns, - wie werden wir es schaffen? - Dann sage ich, meine deutschen Volksgenossen: der Weg, der uns von Versailles nach Lemberg geführt hat, ist schwerer als der, der jetzt noch vor uns liegt.

(Lebhafter Beifall)

21.6.1943

Wir waren damals ein verlorenes Volk. Wir hatten die Waffen sinken lassen, und die Waffen der anderen hatten uns das letzte abgepreßt. Da kam ein Mann, der uns die Waffen wieder in die Hand gab, und niemand wird und diese Waffen wieder jemals aus der Hand reißen.

Ich weiß, meine lieben Volksgenossen, daß Ihr gerade in diesem östlichen Vorfeld besonders fanatische Bekenner dieses Glaubens seid. Und wenn einer von Euch ins Reich kommt, da soll er jeden niederschmettern, der nur mit den Augen zwinkert, wenn vom deutschen Siege die Rede ist. Wir müssen die großen Träger der Zukunft sein. Wir haben auch das Recht dazu; denn wir stehen im neuen Lande. Wir stehen als der erste Kern unseres Volkes hinter der Wehrmacht, um zu erreichen, daß das, was die Waffen erobert haben, nicht wieder durch Schwäche verloren geht. Auf den Soldaten der Wehrmacht folgt der Soldat der Bewegung. Beide sind aber der Vortrupp des deutschen Volkes.

Heute ist die Krisis vorbei. Alles, was in diesem Winter schwer war, ist verklungen. Alle die großen Helden, die für dieses Land und dieses Reich im vergangenen Winter gefallen, in Gefangenschaft geraten sind oder in Lazaretten liegen, sollen wissen, daß das deutsche Volk durch ihr Opfer noch entschlossener, härter und siegessicherer wurde.

Es ist die Zeit, da Gott beginnt zu wägen. Er wägt nicht am Anfang. Wenn der Mensch im Zustand der Begeisterung flammt, ist es leicht, dem Sieg zu huldigen. Gott wägt in den schweren Stunden, da die Mühlen schwerer zu mahlen beginnen. Da zeigt sich die Beharrung, da zeigt sich der Glaube.

Ihr, meine Deutschen von Lemberg, seid alle, alle beschworen zu diesem Bund der Deutschen, die angesichts des ewigen Himmels im Bewußtsein der Größe unserer Geschichte und im Hinblick auf die Gräber der Gefallenen vor Gott hintreten und sagen: Herr, dieses Volk ist dein, gib ihm Größe und Freiheit!

(Anhaltender stürmischer Beifall).

21.6.1943

Mit der Führerehrung und den Liedern der Nation findet die Kundgebung ihren Abschluß.

20^{05} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause des Gouverneurs Dr. Wächter.

23^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Lemberg.

23^{30} Abfahrt des Sonderzuges vom Hauptbahnhof Lemberg.

Dienstag, den 22.Juni 1943

10^{58} Ankunft des Regierungssonderzuges auf dem Krakauer Hauptbahnhof.

11^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

13^{00} Besprechung mit SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern Ausdruck, dass Dr.Schöngarth im jetzigen schweren Augenblick und bei der brenzligen Sicherheitslage von ReichsführerSS Himmler abberufen worden sei. Er ersucht Dr. Schöngarth, seinen Nachfolger über die Probleme und aktuellen Gegebenheiten genau zu informieren.

13^{15} Feierliche Verabschiedung des bisherigen Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement SS-Brigadeführers Dr. Schöngarth im Königssaal der Burg.
Anwesend sind: Mitglieder der Regierung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr.Boepple an der Spitze, der Stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Hauptabschnittsleiter Stahl sowie viele höhere Führer der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur widmet SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth folgende Abschiedsworte:

Dienstag, den 22.Juni 1943

10^{58} Ankunft des Regierungssonderzuges auf dem Krakauer Hauptbahnhof.

11^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

13^{00} Besprechung mit SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern Ausdruck, dass Dr.Schöngarth im jetzigen schweren Augenblick und bei der brenzligen Sicherheitslage von ReichsführerSS Himmler abberufen worden sei. Er ersucht Dr. Schöngarth, seinen Nachfolger über die Probleme und aktuellen Gegebenheiten genau zu informieren.

13^{15} Feierliche Verabschiedung des bisherigen Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement SS-Brigadeführers Dr. Schöngarth im Königssaal der Burg.
Anwesend sind: Mitglieder der Regierung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr.Boepple an der Spitze, der Stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Hauptabschnittsleiter Stahl sowie viele höhere Führer der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur widmet SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth folgende Abschiedsworte:

22.6.1943

Herr Dr.Schöngarth! Meine Herren! Ich habe Sie hier zusammengebeten, um in der üblichen Weise von einem Mitglied der Regierung Abschied zu nehmen, dem Parteigenossen Dr. Schöngarth, der zum Wehrdienst zurückkehrt.

Herr Dr.Schöngarth! Sie sind als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement schon vor geraumer Zeit zu uns gekommen und haben sich in dieser Eigenschaft grösste Verdienste um die Sicherheit und die Durchsetzung unseres Führungsanspruches in diesem Raum erworben. Ich verabschiede Sie sehr ungern mit dem Hinweis, dass es heute notwendig ist, dass jeder Mann, der dazu im Stande ist, seinem Vaterland unmittelbar mit der Waffe dient. Ich habe aber die starke Hoffnung, dass Sie in Ihr ureigenstes Gebiet, in die Sicherheitsbetreuung in deutschen Landen zurückkehren werden. Ich hoffe, dass Sie uns in absehbarer Zeit besuchen werden und innere Verbindung mit diesem Raum mit seinen schweren und harten aber auch schönen Aufgaben halten werden.

Das geistige Niveau, auf dem sich Verwaltungs-und Führungsarbeit in diesem Raum bewegen, ist ungewöhnlich. Es verlangt die Betreuung einer völlig neuartigen Struktur, die insbesondere durch zwei Umstände zusätzlich ausserordentlich kompliziert ist.
Erstens muss diese Arbeit geschehen mitten im schwersten Krieg, der dem deutschen Volk jemals auferlegt war. Sie ist damit in eine elementare Ewigkeitsgeballtheit hineingebaut, sodass man oft vor dem Berg von negativen und düsteren

22.6.1943

Schatten verzweifeln möchte. Aber wir haben die Arbeit gemeistert, denn im Kriege hilft einfach die Notwendigkeit mit, die hinter den Überlegungen steht und die alle wenn und aber beiseite räumt und uns weiterreisst. Das zweite aber, was unsere Aufgabe besonders schwierig macht, ist, dass wir nicht nur uns Kriegsaufgaben aufgebürdet haben, sondern darüber hinaus auch eine Durchsetzung nationalsozialistischer weltanschaulicher Probleme. Dieses letzte ist mitten im Kriege, wo es um den Sieg geht und wo alle Tatsächlichkeiten das Gewicht des letzten Arguments besitzen sollten , ein ungeheuer schwieriges Problem. Wie soll - lautet immer wieder die Frage - mit der Notwendigkeit etwa, mit dem fremden Volkstum zusammen zu arbeiten, der weltanschauliche Gesichtspunkt der - sagen wir einmal - Ausrottung des polnischen Volkstums vereinbar sein? Wie soll mit der Aufrechterhaltung der Arbeitsleistung in den Betrieben verbunden werden etwa die Vernichtung des Judentums, die notwendig ist? Wie sollen wir - das ist das dritte Problem - im Gesamtrahmen dieses Aufbaues mit dem Leben und Treiben negativer Art unserer lieben Deutschen in diesem Raume fertig werden ohne dass die Autorität unserer Führung leidet?

In allen diesen Aufgaben haben Sie, Herr Dr.Schöngarth, im Verein mit den Dienststellen der Regierung versucht, Ihr Bestes zu leisten. Es ist Ihr Verdienst, dass wir in der Regierung und in der Verwaltung einigermassen die Führung innehalten konnten;

insbesondere an der in den letzten Monaten eingetretenen ausserordentlichen Erschwerung der Sicherheitslage tragen Sie am wenigsten Schuld. Es ist für mich klar, dass hier Probleme menschlicher, persönlicher Art dahinterstecken, die mich nicht tangieren können. Ich will dafür sorgen, dass nicht etwa der Eindruck entsteht, dass da, wo früher die Territorien das Reich aufgespalten haben, jetzt institutionelle Aufspaltungen des Reiches kommen, wo eine Gruppe die andere zu vernichten trachtet. Der Staat steht über uns und das Reich ist uns als heiliges Vermächtnis aus Jahrtausenden einer grossen Geschichte anvertraut. Diesem Reich diene ich und diesem Reich dienten auch Sie, Herr Dr. Schöngarth. Indem ich Sie im Namen des Führers und des Reiches aus den Diensten des Generalgouvernements und aus den Reihen seiner Regierung auf Ihren Antrag hin entlasse, verbinde ich damit meine grösste Anerkennung für Ihre Wirksamkeit in diesem Raum.

Ich muss aber diesen Anlass, der mir Gelegenheit gibt, mit den Männern der Sicherheit den Kontakt aufrecht zu erhalten, auch dazu benützen, um auch Ihrer Kameraden zu gedenken. Bei meinen Reisen durch das Generalgouvernement habe ich mich davon überzeugt, in welch unsagbar mühevoller Einsatzbereitschaft gerade die Männer der Sicherheitsdienste in diesem Raume kämpfen. Eine erschütternde Anzahl von Toten ist der sicht-

22.6.1943

bare Ausdruck des harten Kampfes und Ringens gegen einen unerbittlichen Gegner. Es bedarf der ganzen hohen staatsmännischen Fähigkeiten, angesichts dieser Tendenz die Gesamtlinie aufrecht zu erhalten und vorwärts zu bringen. Aber gerade diese Toten aus Ihren Reihen, die gefallenen Kameraden der Sicherheitsdienste und Sicherheitspolizei sollen uns eine Mahnung dafür sein, dass wir alles das, was an Schwierigkeiten auf uns liegt, gemeinsam meistern müssen.

Herr Dr. Schöngarth! Wir gedenken Ihrer immer und werden Sie immer herzlich in unserer Mitte begrüssen. Als äusseres Zeichen meiner Anerkennung und meines Dankes überreiche ich Ihnen ein Originalbild aus einer unserer Ausstellungen im Generalgouvernement.

Dr. Schöngarth dankt dem Herrn Generalgouverneur für die anerkennenden Worte seiner Arbeit und bittet, dass das gleiche Vertrauen, das ihm seine schwere Aufgabe erleichtert habe, auch auf seinen Nachfolger übertragen werden möge.

13^{30} M i t t a g e s s e n

23^{36} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit dem Salonwagen nach Warschau.

Krakau

Mittwoch, den 23.Juni 1943

Am 23.Juni 1943 hat sich der Herr Generalgouverneur, begleitet von Staatssekretär Dr. Bühler, Hauptabteilungspräsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh, in die Feldkommandostelle des Reichsführers SS Heinrich Himmler in Ostpreußen begeben. Er hat dort Gelegenheit gehabt, einige Stunden mit dem Reichsführer SS Himmler zunächst unter vier Augen und dann in Anwesenheit der obengenannten Herren, zu denen auch noch Staatssekretär Krüger gekommen war, über die Gesamtlage des Generalgouvernements im Hinblick auf das Verhältnis Staat und Polizei zu sprechen.

Gegenstand der Besprechung sind hauptsächlich vier Punkte gewesen:

1. Die Frage der Zusammenarbeit von Staat und Polizei in der Form, daß die Exekutive die Autorität des Staates Generalgouvernement zu fördern und anzuerkennen, nicht aber gegen sie anzutreten habe. Dieser Kampf gegen das Generalgouvernement könne auch nicht unter dem Vorwand eines persönlichen Kampfes gegen den Generalgouverneur geführt werden.
2. Die Frage des grundsätzlichen Verhältnisses von Verwaltungshierarchie und Polizeiaufbau.
3. Die Funktionen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums.
4. Die allgemeine Sicherheitslage des Generalgouvernements.

In allen diesen Punkten ist den vom Herrn Generalgouverneur vorgebrachten sehr ernsten Argumenten durch Reichsführer SS Himmler verständnisvollst Rechnung getragen worden. Staatssekretär Krüger ist in

23.6.1943

Anwesenheit aller Herren aufs strengste angewiesen worden, nunmehr mit den Dienststellen der Regierung loyal und kameradschaftlich zusammen zu arbeiten, die Autorität der Regierung des Generalgouvernements in jeder Form zu vertreten und sich der Befehle des Generalgouverneurs gegenwärtig zu halten. +)

In den übrigen Punkten ist volles Verständnis für die Situation der Regierung des Generalgouvernements erzielt worden.

+) Anmerkung:

Als erster Erfolg dieser Besprechung ist die völlige Umstellung des Verhaltens des SS-Obergruppenführers Staatssekretärs Krüger gegenüber dem Herrn Generalgouverneur zu bezeichnen. Eine Vereinbarung zwischen den Staatssekretären Dr. Bühler und Krüger, die nach Genehmigung durch den Herrn Generalgouverneur am 15.Juli im Verordnungsblatt des Generalgouvernements veröffentlicht werden wird, bildet das äußere Kennzeichen dieser Einigung. - Ebenso ist die Abberufung des völlig unmöglich gewordenen SS- und Polizeiführers Globocnik vom Distrikt Lublin ein Erfolg dieser neuen loyalen Zusammenarbeit.

IX/6 Donnerstag, den 24.Juni 1943

6^{58} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Krakauer Hauptbahnhof.

7^{05} Ankunft auf der Burg

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{30} Fortsetzung der Besprechung in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple.

11^{40} Besprechung mit Bevollmächtigten Dr.Heuber und Pressechef Gassner.

15^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs mit dem Kraftwagen nach dem Tschirmersee in der Slowakei zur Teilnahme an der Sitzung des Grossen Rats der Internationalen Rechtskammer.

642

Slowakei

Freitag, den 25.Juni 1943

Tagung des Großen Rats der Internationalen Rechtskammer am Tschirmersee in der Slowakei mit einer Rede ihres Präsidenten Generalgouverneurs Reichsministers Dr. Frank.

17^{00} In den Räumen des Staatshotels Hviezcoslav in Strbské Pleso (Hohe Tatra) Slowakei tritt der "Große Rat" der Internationalen Rechtskammer zu einer Sitzung zusammen.

Der Präsident der Internationalen Rechtskammer Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank eröffnet die Sitzung und begrüßt den slowakischen Justizminister Dr. Fritz und den kroatischen Staatsminister, Staatssiegelbewahrer Dr. Puk. Er nimmt dann in grundsätzlichen Ausführungen zur Arbeit der Internationalen Rechtskammer Stellung und führt aus:

Die Internationale Rechtskammer sei ihren Aufgaben, die ihr von den Gründern zugewiesen worden seien, treu geblieben. Sie sei der Zusammenschluß von Repräsentanten nationaler Organisationen und habe das Ziel, die Rechtskultur aller Völker zu fördern. Arbeit in der Internationalen Rechtskammer sei Dienst an der Gerechtigkeit. Diese Arbeit werde durch die hinter den Repräsentationen der einzelnen Länder stehenden Einrichtungen des Rechtswesens und der Gesetzgebung unterstützt. Sie stelle nicht ein Propagandainstrument für eine bevorzugte weltanschauliche oder sonstige Einrichtung dar, in der Internationalen Rechtskammer würden vielmehr die einzelnen Repräsentationen lediglich im Rahmen ihrer Leistung und ihrer Interessiertheit völlig gleichwertig gewertet. Dort gebe es keine Großmacht und keine kleinen Mächte, keine großen oder kleinen Völker, sondern man kenne dort nur die Repräsentationen von Völkern, die geneigt seien, die

Bedürfnisse ihres Volkes mit den Interessen anderer Völker gemeinsam aufzubauen, zu sichern und zu entwickeln.

Deshalb stelle auch die Internationale Rechtskammer gerade in diesem Zeitpunkt des Ringens um die Freiheit Europas ein grandioses Friedensinstrument dar und habe Aufgaben von größter Bedeutung. Ein Volksleben sei nur möglich in Anwendung kultureller Rechtsprinzipien. Die einzige Voraussetzung für die Aufnahme eines Landes in die Internationale Rechtskammer sei, daß es diesen Rechtsprinzipien nicht absolut und grundsätzlich entgegenhandele. Mit letzterem sei vor allem der Bolschewismus gemeint. Er sei der Ausdruck der völligen Rechtsvernichtung eines Volkes und eines Staatssystems. Die Internationale Rechtskammer werde auf diese Weise die Front derer stärken, die die Rechtskultur gegen die absolute Rechtsvernichtung durch den Bolschewismus verteidigen wolle und werde.

Jetzt gehe es vor allem um die Durchsetzung aktueller Rechtsaufgaben. Er werde wahrscheinlich noch im Laufe des Jahres die Delegierten der Internationalen Rechtskammer zu einer großen zentralen Sitzung zusammenrufen, um das bisherige Gesamtwirken der europäischen Öffentlichkeit zu unterbreiten. Über der Welt solle ein Hoffnungsleuchten aufsteigen, das alle mit Zuversicht erfüllen werde. Die Arbeiter der Internationalen Rechtskammer seien als eins der wichtigsten Mittel auf dem Gebiete der Rechtsentwicklung anzusehen.

"Der Bolschewismus kann uns nicht überrennen" - dieses Bekenntnis könne durch nichts erschüttert werden.

25.6.1943

Er werde in der nächsten Zeit den Arbeiter der Internationalen Rechtskammer sein besonderes Interesse widmen. Die Internationale Rechtskammer sei keine nebensächliche, rein akademische Organisation; in ihr sei vielmehr eine der Lebensfunktionen des Glückes der Völker, nämlich der Gerechtigkeit, verankert. Er lasse an alle den Appell zur gemeinsamen Rechtserfüllung ergehen, und keiner dürfe sich diesem Appell verschließen. Alle Delegierten müßten für die große Idee, die durch die Gründung der Internationalen Rechtskammer Gestalt angenommen habe und durch sie verkörpert werde, werben. Nur in gemeinsamer Arbeit und Pflichterfüllung im Dienste der Rechtsbewegung sei dieses Ziel der Gerechtigkeit zu erreichen, dem sich kein gesittetes Volk entziehen könne.

Im Laufe der Sitzung wird auf Antrag des Präsidenten der Internationalen Rechtskammer Generalgouverneurs Dr. Frank dem Ministerpräsidenten und Außenminister Professor Dr. Tuka durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder des Großen Rates Rang und Stellung eines Vizepräsidenten der Internationalen Rechtskammer verliehen. Dabei weist Generalgouverneur Dr. Frank darauf hin, daß gerade dem Ministerpräsidenten Prof.Dr.Tuka dieses Amt in Anerkennung seiner staatspolitischen Persönlichkeit und wegen seiner Leistungen und Verdienste um das internationale Recht wie kaum einem anderen gebühre. Prof.Dr. Tuka, der um seines Kampfes willen 11 Jahre im Zuchthaus verbracht habe, sei als einer der größten Rechtslehrer der europäischen Geistesgeschichte anzusehen.

Zu dem von der Landesvertretung Slowakei durch Rechtsanwalt Dr. Ravasz gestellten Antrag auf Bildung einer Sektion "Internationale Schiedsgerichtsbarkeit" erklärt Generalgouverneur Dr. Frank es handle sich dabei um sehr bemerkenswerte Vorschläge, die aber erst

noch überprüft werden müßten. Eine Kommission solle die Schiedsgerichtsbarkeit in den einzelnen Ländern genau untersuchen.

Generalgouverneur Dr. Frank schließt die Sitzung etwa mit folgenden Worten:

Die Mitglieder der Landesvertretung würden in den nächsten Wochen das erste Heft des Archivs "Recht der Nationen" erhalten. Jede Sprache sei darin gleichberechtigt. Es sei wünschenswert, daß sich in allen Ländern eine arteigene Rechtsprache entwickele. Das "Recht der Nation" solle zu einem Verkündungsblatt des Präsidiums der Internationalen Rechtskammer werden. Die Landesvertretungen würden gebeten, das Generalsekretariat durch möglichst lückenlose Adressenangaben und Angaben von Adressenänderungen der Delegierten zu unterstützen. Es sei beabsichtigt, noch im laufenden Jahre eine Sitzung des Großen Rats, vielleicht in Verbindung mit einer Sektionssitzung - evtl. "Völkerrecht" - in einer europäischen Hauptstadt durchzuführen.

Nach-dem Generalgouverneur Dr. Frank den slowakischen Gastgebern seinen herzlichen Dank für die gewährte großzügige Gastfreundschaft zum Ausdruck gebracht hat, läßt er seine Schlußworte in den Ruf ausklingen:

"Meine Herren, es lebe das Recht!"

Krakau

Sonnabend, den 26.Juni 1943

11^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

14^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 29.Okt.1941 über die Einführung eines Ausweises für Deutschstämmige im Generalgouvernement
2. einer Verordnung zur Aufhebung der Verordnung über die Errichtung von Hilfsstellen der Gesundheitsverwaltung
3. einer Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und dem Arbeitsschutz im Generalgouvernement
4. einer Zweiten Verordnung über das Wohnungswesen
5. einer Verordnung über die Auflösung der "Volksdeutschen Gemeinschaft" im Generalgouvernement
6. eines Erlasses über die Erledigung verwaltungspolizeilicher Dienstgeschäfte durch die Kreis- und Stadthauptleute
7. einer Verwaltungsanordnung über die Distrikts-, Kreis- und Ortspolizeibehörden im Generalgouvernement
8. einer Verwaltungsanordnung Nr. 6 zur Verordnung über die Einheit der Verwaltung vom 1.Dez.1940

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

26.6.1943

Der Herr Generalgouverneur äußert sich dann kurz über seinen Besuch beim Reichsführer SS Himmler. Die Besprechung habe eine völlige Bereinigung des gegenseitigen Verhältnisses sowohl in persönlicher wie in sachlicher Beziehung erbracht. Die Richtung sei jetzt klar: im Generalgouvernement gebe es nur die Führung des Generalgouverneurs. Er sei nicht ein Gefolgsmann Himmlers und Himmler nicht ein Gefolgsmann des Generalgouverneurs, sondern beide seien sich wesentlich ergänzende Gefolgsleute Adolf Hitlers in der Durchsetzung des Führerwillens zum Wohle Deutschlands. In Zukunft werde es unmöglich sein, daß im Generalgouvernement eine Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums direkt oder indirekt gegen den Generalgouverneur arbeite oder umgekehrt eine Dienststelle des Generalgouvernements gegen die Arbeit des Reichskommissars. Himmler werde berücksichtigen, daß der Generalgouverneur eine totale Autorität im Lande benötige, auf der anderen Seite werde der Generalgouverneur berücksichtigen, daß im Generalgouvernement die Polizeipolitik auf die im Reichsinteresse notwendige Gesamtpolitik der Polizei ausgerichtet sein müsse. Sollten sich in irgendeiner Frage Differenzen ergeben, so genüge eine kurze telefonische Unterredung zwischen ihm und dem Reichsführer SS zu ihrer Klärung.

Ministerialrat Dr. Weh weist darauf hin, daß der Reichsführer SS zur Klärung von Fragen, bei denen nicht unbedingt die beiden obersten Chefs eingeschaltet werden müßten, seinen persönlichen Referenten Brandt beauftragt habe. Analog dieser Einrichtung sei es wünschenswert, daß der Herr Generalgouverneur ebenfalls für die Erledigung dieser Aufgaben einen persönlichen Referenten ernenne.

26.6.1943

Der Herr Generalgouverneur überträgt diese Funktion Ministerialrat Dr.Weh mit folgendem Schreiben:

In allen Angelegenheiten, das Sicherheits- und Polizeiwesen sowie die Angelegenheiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums betreffend, insbesondere zum Zwecke der unmittelbaren Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen Reichsführer SS Himmler und mir berufe ich Sie zu meinem persönlichen Referenten.

Staatssekretär Dr. Bühler trägt dann laufende Regierungsgeschäfte vor und holt die Stellungnahme des Herrn Generalgouverneurs ein.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt, daß Staatssekretär Dr. Bühler bis Donnerstag, den 12.August 43 in Urlaub geht, und überträgt die Regierungsgeschäfte an Staatssekretär Dr. Boepple, der sie in engster Fühlungnahme mit Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh erledigen solle. Er selber werde ab 5.Juli für die Dauer der Abwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler in Krakau anwesend sein. Staatssekretär Dr. Boepple könne dann ab 12.August Urlaub nehmen.

16^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Salonwagen)

Sonntag, den 27. Juni 1943

bis

Mittwoch, den 30. Juni 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

Schätzung der verausgabten Beträge aus Besatzungskosten-
für Schwarzmarkt-Käufe:

1) Verausgabt vom 1.Juli bis 30.November 1942
(gemäß Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan, Oberstlt. Veltjens, vom 15.Januar 1943)

RM 930 000 000.-

2) Bedarf für Dezember 1942
(siehe Aktennotiz vom 27.November 1942
über Sitzung im Vierjahresplan)

RM 350 000 000.-

3) Verausgabt Januar 1943 - 1/--1945
(siehe 5.Tätigkeitsbericht S.11)

RM 1 100 000 000

4) Verausgabung Juli 1944 bis Juli 1945
vorsichtig geschätzt auf monatlich
20 Mio RM

RM 220 000 000.-

insgesamt RM 2 600 000 000.-

Bei dieser Schätzung sind die Ausgaben des Vierjahresplans für Schwarzmarktkäufe für die Zeit vor dem 1.Juli 1942 überhaupt nicht berücksichtigt, da Zahlenmaterial hierüber nicht vorliegt. Ebenso fehlen jegliche zahlenmässige Angaben über die direkten Schwarzmarktkäufe der Wehrmacht aus Besatzungskostenmitteln. Der im 6.Tätigkeitsbericht S.12 erwähnte Betrag von 3 Milliarden RM ist daher eher niedriger als zu hoch gegriffen.

1/45